Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Mitteldeutscher Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.), 210 47 (Verlag).

Mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte, 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonte: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, 3. Februar 1931 | 11. Jahrgang Nr. 28

Nazis auf den Knien vor Young

Die Nazis für den Völkerbund — Hitler läßt mit den Stimmen der Nationalsozialisten kommunistischen Antrag auf Austritt aus dem Völkerbund ablehnen

Heute darf der Reichstag wieder mal zusammentreten

Berlin, 3. Februar. (Eig. Drahtm.)

Im Anschluß der gestrigen Debatte im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages über den Bericht des Außenministers Curtius über die Genfer Völkerbundstagung wurde ein kommunistischer Antrag, den sofortigen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu vollziehen, gegen die Stimmen einschließlich der Nationalsozialisten abgelehnt. Bezeichnend versuchten die Nationalsozialisten, die Kriegshetzer Hitlers vor dem Völkerbund und den imperialistischen Geldgebern, den Fronvögten des Young-Planes, durch abzuschwächen, daß sie nach der Ablehnung des kommunistischen Antrages einen eigenen Antrag einbrachten, Deutschland möge seine „Kündigung" beim Völkerbund erklären. Was diese leere Geste in Wahrheit bedeutet, hat durch den nationalsozialistischen Redner selbst sofort erhellt, der darauf hinwies, daß die Kündigung zwei Jahre laufe, daß man während dieser Zeit selbstverständlich weiter im Völkerbund arbeiten müsse und daß man sich ja überlegen könne, ob man nach dieser zwei Jahre ja überlegen könne, ob man die Kündigung vor Ablauf der Frist wieder zurückziehen könne (!!).

*

Am Tag vor der Eröffnung der entscheidenden Reichstagssitzung, die in den nächsten Tagen über den Etat beraten soll, beweisen die Nationalsozialisten aller Oeffentlichkeit, insbesondere aber der Oeffentlichkeit des Auslandes, daß sie nicht die geringste Gefahr für die Durchführung der Young-Politik, der Politik der Versklavung und Knechtung des deutschen Volkes darstellen. Heute, die im Reichstagswahlkampf die Zerreißung des Young-Planes, die immer und immer wieder den Austritt aus dem Völkerbund gefordert haben, liegen auf den Knieen vor den imperialistischen Mächten, vor den Fronvögten der Young-Sklaverei und versichern ihnen, daß auch jede nationalsozialistische Regierung die Garantie für die Reparationszahlungen für die weitere Knechtung und Versklavung des deutschen Volkes übernehmen würde.

So wie die Nazis im Ruhrkampf und in Oberschlesien als offene Streikbrecher ihre Parole „Generalstreik gegen Young" als niederträchtigste Demagogie entlarvten, so haben sie gestern durch die Ablehnung des kommunistischen Antrags auf sofortigen Austritt aus dem Völkerbund **endgültig ihr gesamtes außenpolitisches Programm verraten.** Die ganze Erbärmlichkeit dieser Volksverräter zeigte sich dann in dem lächerlichen Ablenkungsmanöver, das sie dieser ihrer eigenen Abstimmung folgen ließen. Niemand, sie selber am wenigsten, können einen Antrag ernst nehmen, Deutschland möge innerhalb der Zweijahresfrist seine Mitgliedschaft im Völkerbund kündigen und inzwischen friedlich weiter mitarbeiten, um sich dann noch zu überlegen, ob man nicht doch die Kündigung besser zurückziehen wolle. Jeder sieht diesem Antrag von weitem die schlotternde Angst der Hakenkreuzler vor ihrer Entlarvung in den Augen ihrer Anhänger an.

Den nationalsozialistischen irregeführten Arbeitern aber sagen wir Kommunisten in dieser Stunde: In dem Augenblick, wo die Elendswelle immer höher steigt, wo Hunger und Verzweiflung die Massen erfaßt, verrät die Partei, die angeblich den einzigen Weg zu „Freiheit und Brot" zeigt, die Partei der ausgehaltenen Knechte des Unternehmertums, ihre Anhänger an das ausländische Young-Kapital.

Es gibt nur eine Partei, die den wirklichen Volkskampf gegen Young, die wirkliche Volksrevolution gegen die Ausbeutergesellschaft und für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes führt, das ist die Kommunistische Partei.

„Einst kommt der Tag für Sowjetdeutschland"

Programmatische Rede des Genossen Thälmann am Grabe des Genossen Geick

Hamburg, 3. Februar (Eig. Drahtm.)

Gewaltige Massen demonstrierten am gestrigen Montag gegen Faschismus und Polizeiterror bei der Beerdigung des von der Polizei in Gerthacht erschossenen Genossen Geick. Ein ungeheurer Menschenzug wälzte sich hinter dem Sarg, dazwischen über hundert rote Fahnen und zahllose Kranzdelegationen. Die Straßen standen dicht gedrängt voll Menschen. Tausende erwarteten den Zug auf dem Ohlsdorfer Friedhof, wo in der Halle eine kurze Trauerfeier stattfand, bei der Genosse Gundelach das Wort ergriff. Am offenen Grabe, um das weit über 12 000 Proletarier standen, um dem Klassenkämpfer eine letzte proletarische Ehrung zu erweisen, hielt der Führer des deutschen Proletariats, Genosse Thälmann, eine programmatische Rede, in der er ausführte:

„Wenn die Bourgeoisie mit den Mitteln der brutalen Gewalt und der rücksichtslosen Diktatur versucht, den Kampf der Arbeiterklasse aufzuhalten, so werden wir zur gegebenen Zeit ihr zu antworten wissen.

Die Arbeiterschaft wird niemals dulden, daß in die roten Hochburgen, die politisch und strategisch von außerordentlicher Bedeutung sind, die reichsfeindlichen Mordhorden mit Hilfe der Polizeiuniformen eindringen. Das hat man in Geesthacht versucht.

Die Vorgänge in Geesthacht zeigen deutlich, daß die Bourgeoisie versucht, mit allen Mitteln dieses System, das auch innerlich morsch und verfault ist, gegen den gewaltigen Ansturm der werktätigen Massen mit Hilfe brutaler Waffengewalt zu halten.

Die heutige Situation ist ähnlich der von 1923, wo die Inflation die kapitalistische Wirtschaft erschütterte.

Wir haben heute auch nicht eine Inflation in dem Maße haben, aber die doch einen immer stärkeren Verfall der kapitalistischen Wirtschaft, während sich in der Sowjetunion der gewaltige Aufbau des Sozialismus vollzieht, ein gewaltiges Anwachsen der revolutionären Klassenkräfte, die der kapitalistischen Herrschaft ein Ende bereiten wird.

Hier am Grabe schwören wir, daß wir im Sinne unserer Genossen Geick und Beuthin weiter kämpfen werden, gegen den mörderischen Faschismus und die kapitalistische Ausbeutung.

Einst kommt erst der Tag, wo das Proletariat gemeinsam mit allen anderen Schichten des werktätigen Volkes die Ausbeuterherrschaft besiegen und ein Sowjetdeutschland errichten wird."

Glänzende Solidaritätsbeweise für den roten Konsum

Das Vertrauen der Massen zur KPD unerschüttert — Erwerbslose sammeln 140 Mark

(Eig. Drahtmeld.) Schraplau, 2. Februar.

Eine heute stattgefundene Mitgliederversammlung der KPD-Ortsgruppe hatte nach eingehender Aussprache den Beschluß gefaßt, eine Sammlung für den vom sozialfaschistischen Terror bedrohten roten Konsumverein Halle durchzuführen. Trotzdem über die Hälfte der Mitglieder schon aus der Erwerbslosenunterstützung ausgesteuert ist, ergab diese Sammlung den Betrag von 80 Mark.

In einer am gleichen Abend stattgefundenen öffentlichen Versammlung, in der Genosse Riegel aus Halle über die Angriffe der Sozialfaschisten und Renegaten gegen den ARV sprach, wurde unter größtem Beifall beschlossen, die von der KPD-Ortsgruppe eingeleitete Sammlung fortzusetzen.

Diese ergab dann insgesamt den Betrag von 140 M. Die Genossen gelobten, mindestens 200 M. auf diesem Wege aufzubringen.

Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die der Verwaltung des ARV das vollste Vertrauen ausspricht und in der sich die Versammelten bereit erklären, jedes Opfer zu bringen, um den roten Arbeiterkonsum zu erhalten. Weiter wurde die Verwaltung beauftragt, bei dem gerichtlichen Ausgleich auch die Rechte der Sparer zu vertreten.

Die Schraplauer Arbeiter richten den Appell an die Arbeiterschaft ganz Deutschlands, in gleicher Weise Solidarität zu üben.

Durchbruch für Leuna!

Erste Anfänge einer Wendung

Halle, den 3. Februar.

W. K. Die ganz überragende, politische Bedeutung des Leunawerkes für die deutsche Bourgeoisie, für Krieg und Frieden, für Bürgerkrieg und faschistische Diktatur, ist bisher nur allzu sehr als Phrase behandelt worden. Die Leunakonferenz, die am Sonntag in Merseburg tagte, läßt endlich hoffen, daß der Schritt von der begeisternden radikalen Phrase zur systematischen revolutionierenden Kleinarbeit getan wird. Fast alle eingeladenen Ortsgruppen hatten Vertreter entsandt, die in gedrängten Worten über die bisherige Tätigkeit berichteten und die nächsten Aufgaben behandelten.

Ortsgruppe und Betrieb waren bisher noch Gegensätze. Die Ortsgruppe führte ihr Eigenleben. Außer der Erledigung örtlicher Arbeitserangelegenheiten gab es allenfalls noch allgemeine Agitation und Propaganda für die kommunistische Bewegung. Die Ortsgruppen und Straßenzellen führten ein internes Dasein. Wenn sie ihr Wohngebiet durchgearbeitet hatten, dann folgte die Stagnation, das „Auf-der-Stelle-treten". Die Ortsgruppen und Stadtorganisationen hatten kein neues Ziel, keinen aktiven Ausweg, keinen Konzentrationspunkt für den weiteren Vormarsch. Das war die Folge der traditionellen Wahlvereinsarbeit aus der alten SPD.

Unsere Partei versucht seit Jahr und Tag diese Ortsgruppen-Einstellung zu überwinden. Sie versucht seit Jahr und Tag, alle Straßenzellen und Ortsgruppen auf die ihnen benachbarten großen Betriebe politisch umzustellen. Wir haben das manchmal volkstümlich als die Wendung vom Kirchturm zum Fabrikschornstein bezeichnet. Jetzt ist die Hoffnung, daß die Mitglieder und Sympathisierenden der Ortsgruppen und Straßenzellen langsam begreifen, wo für sie die revolutionäre Kleinarbeit liegt, welche Stoßrichtung die Organisation bekommen muß, worauf der Vormarsch zu richten ist, wenn wir siegen wollen.

Der Riesenbetrieb Leuna ist jetzt so umgestellt und durchorganisiert, daß ein umfassender Angriff an allen nur möglichen Punkten innerhalb und außerhalb des Werkes erfolgen muß, wenn wir das strategische Ziel, die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterschaft, hier nicht nur erreichen, sondern auch sicherstellen wollen. Nur in einem allzu umfassenden Angriff von innen und von außen werden wir Leuna zur roten Hochburg gegen den Faschismus machen.

Auf der Konferenz vom Sonntag traten das erstemal Vertreter einzelner Hallischer Stadteile und Vertreter der Ortsgruppen auf der ganzen Strecke bis Naumburg heran mit positiven Mitteilungen und positiven Vorschlägen für die Bearbeitung der Leuna-Belegschaft auf. Aber die Mitteilungen und Vorschläge zeigten auch gleich, daß wir noch im Anfangsstadium dieser wirklich revolutionären Arbeit stecken. Ueberall zeigten sich Halbheiten und Schwächen.

Von den mehr als zwanzig Ortsorganisationen waren leider nur drei der Anweisung nachgekommen, ihre wirklich leitenden Funktionäre der politischen, organisatorischen und gewerkschaftlichen Arbeit zu entsenden. Die weitaus meisten Ortsgruppen hatten nur einen dieser leitenden Funktionäre geschickt, was eine Unterschätzung des zentralen Problems Leuna bedeutet. Von dem schlimmsten politischen Versagen zeugt es aber, daß einige Hallische Stadtteile, der wichtigste Merseburger Stadtteil und einige entscheidende ländliche Ortsgruppen nicht vertreten waren.

Eine Anzahl von Ortsgruppen und Stadtteilen ließ durch die Entsendung nur eines mehr oder weniger verantwortlichen Genossen erkennen, daß sie diese Sache ganz organisatorisch oder disziplinmäßig behandelten. Das gilt für Halle-Zentrum, Ammendorf, Merseburg, Weißenfels, Großlehna und andere kleine Orte. Die überragende politische Bedeutung des Leunakampfes kam in der Entsendung der Einzeldelegierten dieser Organisationen nicht genügend zum Ausdruck. Als Kuriosum eines disziplinierten Arbeiters, gepaart mit völliger politischer Verständnislosigkeit, sei verzeichnet, daß eine Ortsgruppe an diesem kritischen Sonntage ihren politischen Leiter zu einer Samariterveranstaltung nach Leipzig, ihren organisatorischen Leiter zur Konsumkonferenz nach Merseburg und nur ein einfaches Parteimitglied zur Leunakonferenz entsandte.

Auch im übrigen war die Arbeit sehr differenziert und durchweg noch viel zu schwach. In den meisten Fällen betraf sie nur die Verteilung des „Leuna-Prolet" und gelegentlicher Flugzettel. In einigen Fällen war der selbständige Versuch zur Veranstaltung von Leunaversammlungen durch Ortsgruppen oder Stadteil-Organisationen gemacht worden. Es stellte sich heraus, daß die Vorbereitungen dazu meist viel zu kurzfristig und nicht genügend eindringlich waren. Das ist eine ernste Lehre, die in jedem Falle erneut zu beachten ist. Hier darf es kein Experimentieren geben, das Versager und schwere Rückschläge nach sich ziehen muß.

Andere Aufgaben, die fast an keiner Stelle wirklich erfüllt wurden, sind darüber hinaus der systematische Broschürenvertrieb, die intensive Werbung für den „Klassenkampf", für die RGO und für die Partei, die planmäßige Bearbeitung der Leunaarbeiter für jede Kampagne als wichtigste Arbeitergruppe, die systematische Hausagitation zum Zwecke der politischen Diskussion, das systematische Heranschaffen von Betriebsbeschwerden und sonstigem Betriebsmaterial aus den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310203-19/fragment/page=0001

Kreisen der Leunaarbeiter für die Partei und die allgemeine Agitation. Die Erfüllung dieser Aufgaben zu organisieren, ist jetzt Pflicht aller auf der Leunakonferenz anwesenden Ortsgruppen und erst recht derjenigen, die nicht vertreten waren.

Diese intensive und umfassende Arbeit ist ein Teil unserer Antwort an Matny, den Leuna-Staatsanwalt. Dieser Mann, der der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei in Halle ist, ist die Spitze des Terror-Regimes in Leuna. Er stützt sich dabei auf das gelbe Gesindel und die sozialfaschistischen Funktionäre. Daß aber in den letzten zwei Jahren das Terror-Regime so verschärft werden konnte, ist in ausschlaggebender Weise darin begründet, daß das Leunawerk jetzt nach Beendigung der Bauarbeiten völlig abgeriegelt werden konnte. Mehr als 10 000 Bauarbeiter, die in früheren Jahren in und um Leuna tätig waren, das war nicht nur ein Unruhe-Element, sondern der Grundstock für aktive Vorhöfe und feste Kampfesstimmung.

Jetzt müssen wir das durch gutes Zusammenwirken der Arbeit innerhalb und außerhalb des Werkes ersetzen. Ueber die entscheidende Rolle, die bei dieser Zusammenarbeit unsere Genossen, die RGO-Anhänger und die Sympathisierenden im Betriebe spielen, wollen wir heute nicht ausführlich sprechen. Ohne ihre Initiative, ihre revolutionäre Kleinarbeit und ihren politischen Schwung wird uns keine Außenarbeit etwas nützen. Sie sind und bleiben die in erster Linie ausschlaggebende Kraft!

Aber wie wir den Faschismus nur durch umfassende Massengewinnung, nur durch die Volksrevolution schlagen können, so können wir auch eine solche entscheidende Position wie Leuna nur erstürmen, wenn wir um den entscheidenden Kern weitere aktive Kolonnen scharen. So wie wir den Faschismus nur durch eine tiefgreifende Umwälzung der Massenstimmung überwältigen können, so können wir auch den Kampf um Leuna nur siegreich führen, wenn wir nicht nur im Werk, sondern in allen Städten und Dörfern um Leuna herum in der gesamten Bevölkerung die notwendige Kampfstimmung schaffen.

Kommunisten, an die Front, das bedeutet für Mitteldeutschland: Kämpft im Frontabschnitt Leuna! Organisiert die Revolution, das heißt in Mitteldeutschland, organisiert die Eroberung von Leuna! Krieg dem imperialistischen Kriege, das heißt in Mitteldeutschland: Kampf um die Beherrschung von Leuna, der größten Giftbütte.

Hier liegt die einzigartige revolutionäre Arbeit der gesamten werktätigen Bevölkerung aller Städte und Dörfer rund um Leuna. Hier ist es in die Hand aller Werktätigen gegeben, mit der Eroberung der Leuna-Belegschaft für die entscheidenden Schlachten der Zukunft schon jetzt politisch und organisatorisch den Sieg zu sichern.

Schluß mit dem faschistischen Mordterror!

Wichtige Beschlüsse des Kampfbundes gegen den Faschismus in Berlin

Berlin, 3. Februar. (Eig. Drahtm.)

Die Empörung der Berliner Arbeiterschaft über den neuen Arbeitermord der Goebbels-Banden ist ungeheuer. In den Betrieben und auf den Stempelstellen herrscht nur eine Stimmung: **Es muß Schluß gemacht werden mit dem faschistischen Mordterror!**

Der vorbereitende Kampfausschuß gegen den Faschismus nahm zum Mordterror der Nazis und dem Demonstrationsverbot des Sozialdemokraten Grzesinski Stellung und fordert die Arbeiter auf, alle Kräfte für die Durchführung folgender Maßnahmen zu mobilisieren:

1. In allen Betrieben Stellung nehmen zur Durchführung des befristeten Proteststreikes am Tage der Beerdigung, zur Schaffung und Verstärkung der roten Betriebswehren, für die sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbotes, für die Entfernung der nationalsozialistischen Mordhetzer aus den Betrieben.

2. An den Stempelstellen Kundgebungen gegen den faschistischen Mordterror, schnellste Verstärkung der Erwerbslosenkassen, Entfernung der nationalsozialistischen Mordhetzer von den Stempelstellen.

3. In den Wohngebieten Mobilisierung der Werktätigen durch Haus-, Hof- und Straßenversammlungen und Agitation.

4. In allen Arbeiter-Massenorganisationen zu den Kampfmaßnahmen der Arbeiter gegen den Faschismus Stellung nehmen.

Während die Arbeiter zur gemeinsamen Aktion gegen die mordenden Goebbels-Banden rüsten, beantwortet die Grzesinski-Polizei die Nazimorde mit Polizeiüberfälle auf Arbeiterlokale.

So stürmten am Montag abend zwei Ueberfallkommandos mit entsicherten Revolvern ein Arbeiterlokal in Charlottenburg, um ausgerechnet hier nach Waffen zu suchen. Natürlich verlief diese Aktion ergebnislos.

Zu neuen Kämpfen bereit!

Zweite Bezirkskonferenz der RGO Niederrhein 100 Frauendelegierte treten in die KPD ein

(Eig. Meldung.) Düsseldorf, 2. Februar.

Am Sonntag fand die zweite Bezirkskonferenz der RGO Niederrhein in Wuppertal statt. Aus den Betrieben und Stempelstellen waren 866 Delegierte erschienen. Von den Delegierten waren 675 Männer und 191 Frauen. Die Rede des Vertreters des Reichskomitees der RGO über die Lehren der Kämpfe am Niederrhein und die des Vertreters der KPD wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der gelobt wird, die zweite Streikwelle am Niederrhein zu organisieren. Zum Zeichen der engen Verbundenheit der Delegierten mit der KPD und in Anerkennung der Führerrolle der KPD im proletarischen Klassenkampf formierte sich auf der Konferenz aus Arbeiterinnen eine rote Hundertschaft, die ihren Eintritt in die KPD erklärte.

Wuchtiger Kampfkongreß gegen den Faschismus in Essen

Essen, 2. Februar. (Eig. Drahtm.)

Am Sonntag fand in Essen der Kampfkongreß gegen den Faschismus statt. 2100 Delegierte und Hunderte von Gästen aus dem ganzen Ruhrgebiet nahmen an dem Volkskongreß teil. Unter ihnen befanden sich 26 SPD-Arbeiter, 4 SAJ-Mitglieder, 12 christliche Arbeiter, 850 Parteilose, 5 Demokraten, 3 USPD-Mitglieder, 9 ehemalige Nationalsozialisten und 5 ehemalige Mitglieder anderer faschistischer Organisationen, 3 Stahlhelm- und Werwölfleute, 646 Mitglieder der Kommunistischen Partei und 135 des Kommunistischen Jugendverbandes. Unter den Delegierten befanden sich 288 selbständige Handwerker, 22 Angestellte, 11 Techniker und 3 Lehrer. Weiter 285 Frauen.

Mit minutenlangem Beifall begrüßt, ergriff der Genosse Remmele, der Vorsitzende des Kampfbundes gegen den Faschismus, das Wort, der in instruktivem Referat die Gefahr des Faszismus und den Weg zur Niederringung desselben aufzeigte.

Die sich dann anschließende Diskussion, an der sich Arbeiter, selbständige Handwerker, Kleingewerbetreibende, Angestellte und auch ein Nazimann beteiligten, zeigte den Willen der werktätigen Bevölkerung, zur Führung des Kampfes gegen den Faschismus unter der politischen Leitung der Kommunistischen Partei.

Am Nachmittag fand eine gewaltige Demonstration und Kundgebung statt, an der sich insgesamt 20 000 Menschen beteiligten.

SPD gesteht ihr Verbrechen am A

Weil er eine Organisation des proletarischen Klassenkampfes wurde, soll er zerstört Schaumburg und seine feigen Spießgesellen verkriechen sich in eine SPD-Fraktionsversa

Halle, den 3. Februar.

Zu heute hatte die SPD eine öffentliche Versammlung angekündigt, in der Schaumburg, Werksdirektor der Werke der Stadt Halle mit 18 000 Mark Gehalt und einer der Anführer im Feßeltreiben gegen den roten Konsum „Aufklärung" über die Lage im ARV geben wollte. In der Hoffnung, daß sie wie Sozialdemokraten und Nazis feige kneifen würden waren die Vorstandsmitglieder des roten Konsums, die Genossen Ertinger, Bernard, Koenen und Härtel zu dieser Versammlung eingeladen worden, damit sie sich „verantworten". Die Genossen erklärten nun öffentlich, daß sie die Gelegenheit benutzen und zu den sozialdemokratischen Arbeitern über das ungeheuerliche Verbrechen der Sozialfaschisten am Hallischen ARV sprechen würden. Das erzürnte die SPD-Führer und bekamen einen Schreck. Gestern, bei der abermaligen Bekanntmachung der „öffentlichen" Versammlung teilt deshalb das „Volksblatt" mit: „Als Ausweis dient das Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte des Allgemeinen Konsumvereins und Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Partei." Mit keinem Wort mehr wird erwähnt, daß unsere Genossen Ertinger, Bernard, Koenen und Härtel zu der Versammlung eingeladen seien.

Die „öffentliche Versammlung" ist also aus bloßer Furcht vor der Auseinandersetzung mit den Kommunisten in eine Fraktionsversammlung für SPD-Genossenschaftsmitglieder verwandelt worden.

Offener und gleichzeitig erbärmlicher konnten die Schaumburg, Möller und Co. ihren politischen Bankrott nicht eingestehen.

Dieser politische Bankrott der SPD kann auch nicht aufgehoben werden durch den gestrigen „Volksblatt"-Artikel, der mit einigen Kürzungen und zwar als Leitartikel auch vom Zeiger „Volksboten" gebracht wird. Er stammt anscheinend aus dem Büro der GEG in Hamburg. Auch dieser Artikel ist ein wertvolles Schuldgeständnis. Da ist nicht mehr die Rede von den angeblichen schlechten „moralischen" Eigenschaften der Vorstandsmitglieder des ARV. Da ist nicht mehr die Rede von der nicht ganz rechtzeitigen Zahlung der Hypothekenzinsen. Da ist nicht mehr die Rede von einer unsauberen geschäftlichen Leitung des ARV. Wie ein roter Faden aber geht es durch den Artikel: Weil der ARV Halle von der Mehrheit seiner Mitglieder in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes gestellt wurde, weil er seinem eigentlichen Zweck als Kampforganisation für das Proletariat nutzbar gemacht wurde, deshalb wollen sie, die sozialfaschistischen GEG-Bonzen ihn zerstören. Hier die bezeichnendste Stelle des Artikels:

„Nach der berechtigten Auffassung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat sich aber der Allgemeine Konsumverein Halle unter der kommunistischen Leitung durch die Verfolgung politischer Zwecke außerhalb der Gesetze und mit zugleich der Satzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und seiner Organisationen gestellt. Die zwingende Folge des gesetzmäßigen Verhaltens der Konsumvereinsleitung war der Ausschluß aus dem Revisionsverband im Frühjahr 1930. Eine selbstverständliche Begleiterscheinung dieser Ausschließung war die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG), der zentrale Einkaufsverband der auf dem Boden des Gesetzes und Satzungen stehenden Konsumvereine die Belieferung der Vereins einstellte."

Es ist dann weiter die Rede davon, daß jahrelange Rückstände und Rückstände aus ähnlichen Verhältnissen bestehen, daß deshalb die Hypothek der Pensionskasse der GEG [illegible] werden mußte. — Zum besseren Verständnis: Die für die langen Steuerrückstände verantwortlichen, von den [illegible] davongejagten ehemaligen Geschäftsführer, die Renegaten [illegible] und Schöbel hat die GEG in anderen leitenden Stellen [illegible] bracht.

Fünfmal wird in dem Artikel die Behauptung aufgestellt, der Hallische Konsumverein politischen Zwecken diene und [illegible] ungesetzlich sei. Noch lauter kann der Schrei nach der [illegible] Klassenjustiz kaum ausgestoßen werden. Zu dem Angriff [illegible] mühsam aufgebaute Eigentum der Hallischen Arbeiterschaft [illegible] also noch die offene freche Denunziation!

„Volksblatt" und „Volksbote" behaupten in ihren Artikeln, die kommunistische Leitung des ARV. tyn politischen Zwecken dienbar mache. Also werden die unter sozialdemokratischen [illegible] stehenden Konsumvereine wohl unpolitische Vereine [illegible] bar gemacht? Vielleicht sind die Zeitungen, die das schreiben, „Volksblatt" und „Volksbote" unpolitische Zeitungen? Vielleicht [illegible] SPD eine unpolitische Vereinigung? Mitnichten! [illegible] ist eine Partei, der zwar nach manche Arbeiter, die den [illegible] ertreten, als Mitglieder angehören. Sie verteidigt aber [illegible] Mitteln — mit allen politischen Mitteln — den bürgerlichen und die paktalistische Ausbeuterordnung. Das tut sie auch [illegible] „unpolitischen" Massenorganisationen, die sie beherrscht. [illegible] auch in den unter ihrer Leitung stehenden Konsumvereinen [illegible] des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft [illegible] deutet Kampf gegen das revolutionäre Proletariat. [illegible] seiner Organisationen. Deshalb der sozialfaschistische [illegible] die kommunistisch geleiteten Konsumvereine Halle und [illegible]

Die Sozialfaschisten wollen verhindern, daß die Arbeiterhilfe ihres Konsums streikende Klassengenossen unterstützen, es durch den ARV Halle in beispielgebender Weise schon Mansfeldstreikes geschah. Dafür bewilligen sie mit den Kapitalisten der Mansfeld A.-G., den Otto Wolff und Goldschmidt Millionen um Millionen — jetzt 7 Millionen.

Die Sozialfaschisten in der GEG, die feige kneifenden [illegible] Schaumburg, Möller und Komp. haben [illegible] ten Zeit ihre Karten aufgedeckt. Die Arbeiter werden ihnen entschiedener antworten als bisher. Sie werden [illegible] Kommunistische Partei geschärft ihren roten Kompaß [illegible] teidigen. Sie werden unter Führung der KPD kämpfen [illegible] Lohn- und Gehaltsraub, gegen Steuerraub, gegen Zollraub [illegible] Unterstützungsraub an den Erwerbslosen und Kranken, [illegible] faschistische Diktatur samt ihren sozial- und nationalistischen Stützen, für die Befreiung des gesamten [illegible] tigen Volkes!

Roske verhängt Belagerungszustand über Streikgebiet

Verbot von Versammlungen in geschlossenen Räumen

In Peine sind seit 3. Januar einige tausend Walzwerkarbeiter ausgesperrt, weil sie sich einen Lohnraub von 8 Prozent nicht gefallen lassen wollten. Seitdem wurde der Terror der Genering-Polizei ununterbrochen im Streikgebiet gesteigert, die Streikposten werden ohne Grund von der Polizei auseinandergehauen. Jetzt hat der Oberpräsident für die Provinz Hannover, Roske, sogar Versammlungen in geschlossenen Räumen verboten. Das Verbot richtet sich selbstverständlich nur gegen Versammlungen der KPD und RGO, wenn auch dadurch einige ausgekündigte Versammlungen der SPD und der Nazis mitbetroffen werden.

Belagerungszustand gegen Arbeiter, die sich gegen einen unerträglichen Lohnraub wehren. Das ist das wahre Gesicht der sozialdemokratischen Führer.

3.2.31

Nazi-Abgeordneter in der Landtagsknei

So kümmern sich die Nazis um die Not der Bauern — Wegen angeheiterter Stimmung m Rednerliste gestrichen

Der Genosse Willi Kaspar, MdL, schreibt uns:

In den Versammlungen auf dem Lande behaupten die Nazis immer wieder mit frecher Stirn, daß nur sie allein auch in den Parlamenten die Forderungen der Bauern und der Landarbeiter vertreten würden. Sie heiligen damit bewußt das Landvolk. Das hat sich in den letzten Tagen wieder deutlich gezeigt. Drei Tage lang wurden im Preußischen Landtag die Etats der Landwirtschaft, Domänen und Gestüte behandelt. Die Großgrundbesitzer aus den verschiedenen Parteien redeten stundenlang von ihrer angeblich großen Not. Der wirklichen Not der schaffenden Bauern und Landarbeiter nahmen sich nur die Kommunisten an. Nur die Kommunisten stellten Anträge mit Forderungen für die Kleinbauern, Pächter, Siedler und Landarbeiter.

Endlich, am dritten Tage, meldete sich auch der Nazimann Lohse (Altona) zum Wort. Als ihm das Wort erteilt wurde, saß er mit seinen Kumpanen in angeheiterter Stimmung im Landtagsrestaurant, so daß der nächste Redner das Wort bekam.

Im Berliner „Angriff" vom 30. Januar schwindelt diese Lügengesellschaft der Oeffentlichkeit vor, die Nazis hätten zum Landwirtschaftsetat nicht das Wort genommen, weil das Haus nicht genügend besetzt gewesen sei. „Man soll bekanntlich die Perlen nicht vor die Säue werfen", schreibt der „Angriff". Eine Sauerei ist es allerdings, wenn die „Ritter des Dritten Reiches" bei der Besprechung der unvergleichlichen Not des schaffenden Landvolkes im Parlament sitzen und sich besaufen.

In diesem Zusammenhang gewinnt eine andere Meldung [illegible] Bedeutung. Es liegt ein offizieller Bericht über eine Sitzung [illegible] Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung [illegible] beitslosenversicherung vor. In dieser Körperschaft sitzen [illegible] Unternehmer als auch Gewerkschaftsvertreter. Wir entnehmen [illegible] sen Bericht folgende Sätze:

„Da das Reich im neuen Haushaltsjahr weder Zuschüsse geben will, müssen die Beitragseinnahmen und die Unterstützungsausgaben ausgeglichen werden. Bei [illegible] zent Beitrag werden die Einnahmen 1,68 Milliarden betragen. Der durchschnittliche monatliche Aufwand auf den Kopf [illegible] beitslosen wird mit 70,50 M. geschätzt gegenüber 80 M. [illegible] letzten Reform. Aus den Einnahmen werden 1,7 [illegible] lionen Hauptunterstützungsempfänger [illegible] durchschnitt unterstützt werden können."

Millionen sollen verdungern! Das ist der Sinn [illegible] Beschlüsse. 1,75 Millionen Unterstützte bei gegenwärtig [illegible] onen Erwerbslosen! Vielleicht eine halbe Million in der [illegible] sorge. Und die andern?

Millionen für Kriegsrüstungen, Millionen [illegible] Polizei. Für euch, ihr hungernden, für eure Frauen [illegible] Pfennig. Für eure hungernden Kinder nichts!

Marschiert am 25. Februar in allen Städten in allen Orten gemeinsam auf gegen die Hungeroffensive der Brüning-Regierung!

Kämpft gegen den Hungertod!

Besondere Kommission von Brüning ernannt „Kein Geld", sagt die Reichsanstalt — Heraus am 25. Februar zum Kampftag!

Halle, den 2. Februar.

Die Brüning-Regierung hat eine Kommission zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" berufen, deren Aufgabe es sein soll, der Reichsregierung in kurzer Zeit ein „Gutachten" über Wege und Mittel zur Revidierung der Arbeitslosigkeit vorzulegen. Die Kommission setzt sich aus den reaktionärsten Arbeiterfeinden zusammen, u. a. als Vorsitzenden den ehemaligen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, den Großgrundbesitzer und Faschisten Patzki. Der „Vorwärts", das Zentralorgan der SPD bringt es fertig, dieser Kommission die ehrliche Absicht zu unterstellen: „Kampf gegen die Wirtschaftskrise".

Sieg Magdeburger Notstandsar

In Magdeburg sind die Notstandsarbeiter einm[illegible] stelle in den Streik getreten, weil ein Nationalsozialist [illegible] schaft unerhört provoziert hatte und die Sta[illegible] Turnhalle nicht entlassen wollte. Beim Streik machten [illegible] und Reichsbannermitglieder mit. Der Erfolg [illegible] kes war, daß die Stadtverwaltung den nationalsozialistischen [illegible] beitermörder entlassen mußte. Nach Wiedereinstellung [illegible] konnten 25 Aufnahmen für die RGO gemacht werden.

Der Notstandsarbeiterstreik in Magdeburg [illegible] Beispiel für ganz Deutschland. Wo flammende Worte [illegible] mißleiteten proletarischen Anhängern der Nazipartei in [illegible] kommen, sollen sie versuchen, durch politische Diskussion [illegible] letarier aufzuklären. Wo es sich aber, wie im Magdeburger [illegible] um einen ausgesprochenen faschistischen Banditen handelt, [illegible] droht hatte, mit 20 bis 25 SA-Leuten unter der Bedingung [illegible] zurückzukommen", da muß es überall so gemacht werden [illegible] Magdeburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310203-19/fragment/page=0002

„Lügen und Verleumdungen"

Russische Ingenieure über die „Zwangsarbeit" in der Sowjetunion

Moskau, 1. Februar. Eine Gruppe ausländischer Ingenieure und Fachleute, die in verschiedenen Wirtschaftsorganen und Betrieben der Sowjetunion arbeiten, hat an alle in der Sowjetunion tätigen Fachleute folgenden offenen Brief:

„Wir Ingenieure und Fachleute aus Deutschland, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, die in Wirtschaftsorganen und Betrieben der Sowjetunion arbeiten, haben mit Entrüstung die von einigen Zeitungen in verschiedenen Ländern verbreiteten Lügen und Verleumdungen über die sogenannte „Zwangsarbeit" in der Sowjetunion zurück. Wir arbeiten mitten im Industrieleben der Union und kommen täglich in Berührung mit sowjetrussischen Angestellten, Arbeitern und Technikern. Niemand von uns hat etwas gesehen, was im entfernten an Zwangsarbeit erinnert. Dafür sahen und sehen wir, mit welcher Begeisterung die sowjetrussischen Arbeiter mit ganzer Kraft für die Festigung der Wirtschaftsmacht ihres Landes einsetzen, wie sie miteinander in der Arbeit wetteifern, wie die Stoßarbeit jeden Tag neuer Anhänger gewinnt.

Wir protestieren gegen die Lügenkampagne über „Zwangsarbeit" in der Sowjetunion und fordern alle in der Sowjetunion tätigen ausländischen Fachleute auf, sich unserem Protest anzuschließen und von den Presseorganen ihres Vaterlandes die Einstellung dieser schändlichen Verleumdungskampagne zu verlangen. Wir bitten alle Zeitungen der Sowjetunion um die Veröffentlichung dieses Offenen Briefes. Wir bitten die sowjetrussische Telegraphenagentur um Uebermittlung dieses Briefes ins Ausland."

Der Offene Brief trägt die folgenden Unterschriften: Prof. Architekt Ernst May (Frankfurt)-Zelomdank. Architekt Hooper (Dessau)-Malfjarstroi. Ingenieur Falk (USA.)-Stalinogsk. Ingenieur S. Roerup-Olsen (Detroit, Michigan)-Orgcmetall. Ingenieur Dr. Otto Krull (Hannover)-Chimprojekt. Dipl. Ingenieur G. Better (Deutschland)-Chimprojekt. Ing. Dr. Gustav Lueitgen (Deutschland)-Chimprojekt. Dipl. Ingenieur Odelga (Deutschland)-Chimprojekt. Dipl. Ingenieur Fröhlich (Berlin)-Kalitrust. Ingenieur Georg Balog (Budapest)-Stahltrust."

Die Kriegsgerichte „arbeiten" in Indochina

Barbarische Zuchthausstrafen für revolutionäre Arbeiter

Paris, 2. Februar. Das Kriegsgericht in Französisch-Indochina hat in Kie-Kan (Provinz Tonking), eine große Anzahl von Eingebornen abgeurteilt, die wegen revolutionärer „Umtriebe" unter Anklage standen. Vier wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, zwei zu Zwangsarbeit von zehn und zwanzig Jahren; andere erhielten Gefängnisstrafen und zwar zehn Jahre, 19 fünf Jahre, vier drei Jahre, einer zwei Jahre und einer ein Jahr. 140 Angeklagte wurden zur Deportation verurteilt und 17 freigesprochen.

Kommunisten rufen von der Parlamentstribüne zum Massenaufmarsch am 25. Februar

Prag, 2. Februar. In der Sitzung des Parlaments brachte der kommunistische Abgeordnetenklub einen Gesetzantrag auf allgemeine Arbeitslosenunterstützung in der Höhe des letzten Lohnes auf Kosten des Staates und der Unternehmer sowie auf die gesetzliche Einführung der sechs- bzw. siebenstündigen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ein.

Zum Antrage sprachen die Abgeordneten Genossin Kuhn und Genosse Krosnar, der in seiner Rede darauf hinwies, daß die Entscheidung über die kommunistischen Anträge nicht im bürgerlichen Parlamente, sondern in den Betrieben und auf den Straßen fallen werde. Weiter brachte er einen Aufruf der KPTsch., der Roten Gewerkschaften und des Prager Arbeitslosenausschusses zur Verlesung, in dem das tschechoslowakische Proletariat zu Massendemonstrationen am internationalen Kampftage gegen die Arbeitslosigkeit am 25. Februar aufgerufen wird.

Bezeichnend für den Grad der Faschisierung in der Tschechoslowakei ist die Tatsache, daß aus der Rede und aus dem Aufrufe vom Parlamentspräsidium, in dem drei Sozialfaschisten sitzen, alle Teile konfisziert wurden, die sich mit der Verteidigung der Erfolge des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion und mit der Propagierung des politischen Massenstreiks befassen.

Arbeitslose besetzen Budapester Rathaus

Budapest, 2. Februar. Am Jahrestage der vorjährigen großen Arbeitslosendemonstration, am 26. Januar, gegen Arbeitslose gruppenweise von den Gewerkschaften und Vermittlungsstellen zum Rathaus und überfüllteten den Korridor vor dem Zimmer des Bürgermeisters. Als ihre Zahl auf ungefähr 500 angewachsen war, fingen sie an zu demonstrieren: **„Arbeit und Brot! Wir verhungern! Gebt uns Arbeit oder Arbeitslosenunterstützung!"**

Eine ähnliche Demonstration im Rathaus fand am nächsten Tage, am 27. Januar, statt. In den Mittagsstunden erschienen in den Korridoren wieder Arbeitslose und forderten laut die Arbeitslosenunterstützung: „Wir hungern!" „Man wirft uns aus unseren Wohnungen!" Es gelang wieder nur der Polizei, die Demonstranten zu entfernen; sie wurden die Treppen hinuntergestoßen und bis zu den Toren gejagt. Die Arbeitslosen sammelten sich vor den Toren wieder und demonstrierten weiter. „Was wird aus unseren Familien?" „Arbeit und Brot!" Schließlich wurden sie auseinandergejagt und 30 Demonstranten verhaftet.

Beispiellos in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung

Spaltung im Textilarbeiterverband von Lancashire

Delegation der Ortsausschüsse protestiert bei Macdonald gegen die „Einigungs"verhandlungen der Gewerkschaftsführer — „Offene Mißachtung des Willens der Mitgliedschaft"

London, 2. Februar. Die Lage im Textilarbeiterstreik in Lancashire hat heute durch ein unerwartetes, aber um so bedeutsameres Ereignis eine neue Zuspitzung erfahren. Innerhalb des Textilarbeiterverbandes ist ein Konflikt ausgebrochen, der einer offenen Spaltung nahekommt.

Eine aus 21 Mitgliedern bestehende Delegation der Ortsausschüsse des Textilarbeiterverbandes hat sich unter dem unmittelbaren Druck der Arbeitermassen nach London begeben, um bei der Regierung gegen die „Einigungs"verhandlungen, die in der vorigen Woche in London stattgefunden haben und ergebnislos verlaufen sind, Einspruch zu erheben. Die Delegation erklärt, daß die Gewerkschaftsführer, die an diesen Verhandlungen teilgenommen haben, von der Mitgliedschaft keinerlei Vollmacht für die Aufnahme der Verhandlungen hatten. Die Textilarbeiter hätten sich in der Urabstimmung mit überwältigender Mehrheit für die Fortsetzung des Kampfes und gegen Verhandlungen ausgesprochen. Wenn die Gewerkschaftsführer trotzdem unter dem Vorsitz Macdonalds mit den Unternehmern verhandelten, so sei das eine offene Mißachtung des Willens der Mitgliedschaft. Diese Verhandlungen seien also völlig nichtig.

Diese Aktion, die in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung beispiellos dasteht, hat in der englischen Oeffentlichkeit **großes Aufsehen** erregt. Die große bürgerliche Presse widmet diesem Ereignis, das symptomatisch ist für den Grad der Revolutionierung der englischen Arbeiterschaft, spaltenlange Berichte. Man rechnet mit einer außerordentlichen Verschärfung der Lage in Lancashire.

Eine Niederlage der Hetzer

„Iswestija" warnt die deutschen Kapitalisten

WTB. Moskau, 2. Februar. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) „Iswestija" gibt in einem Artikel der Meinung Ausdruck, dadurch, daß Macdonald den Antrag des Konservativen Hilton Young habe ablehnen müssen, die Sowjetholzeinfuhr unter dem Vorwand zu verbieten, es handle sich um Zwangsarbeit, sei der Antisowjetkampagne ein Schlag versetzt worden. Der englische Ministerpräsident habe damit zugegeben, daß die Behauptung von der „Zwangsarbeit" eine glatte Erfindung sei.

Ebenso schroff habe der Handelsminister der Vereinigten Staaten, Lamont, diese Kampagne zurückgewiesen, indem er erklärte, daß dem Ministerium keine Beweise für die Anwendung von „Zwangsarbeit" in der Sowjetunion zur Verfügung stehen, und auf die Notwendigkeit der natürlichen größtmöglichen Entwicklung des amerikanischen Handels mit der Sowjetunion verwies.

„Iswestija" sagt, daß sich offizielle Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika veranlaßt gesehen hätten, im Interesse der Entwicklung der russisch-amerikanischen Handelsbeziehungen von der Kampagne abzurücken, die auf die Lahmlegung dieser Beziehungen hinzielte und letzten Endes die Vereinigten Staaten nicht minder, wenn nicht mehr schädigen könnte als die Sowjetunion. Der Schlag gegen die Sowjetausfuhr sei auch ein Schlag gegen die Ausfuhr der kapitalistischen Länder.

Das sollten sich auch, so fügt „Iswestija" hinzu, diejenigen deutschen Kreise merken, die sich in der letzten Zeit der Kampagne gegen die Sowjetausfuhr angeschlossen hätten.

bürgerlicher Professor über die Wirkungen der Krise in Amerika

„Das kapitalistische System in Frage gestellt"

Was denkt Ford? — Was denken die amerikanischen Arbeiter?

Die literarisch-politische bürgerliche Zeitschrift „Die neue Rundschau" veröffentlicht in ihrem Februarheft einen bemerkenswerten Artikel des bekannten bürgerlichen Oekonomen Professor R. J. Bonn über **„Sinn und Bedeutung der amerikanischen Krise"**. Der Artikel beschäftigt sich mit einigen charakteristischen Besonderheiten der amerikanischen Krise, er enthält eine Reihe kluger und treffender Bemerkungen über Ursprung und Rolle der Arbeiteraristokratie, vor allem aber gibt er ein anschauliches Bild von den Wirkungen, welche die Krise in den Reihen der Dollarkönige und der Massen angerichtet hat.

Wie hat der amerikanische Kapitalist ideologisch auf die Krise reagiert? Darüber sagt Professor Bonn:

„Die Wirkung des Zusammenbruches ist denn auch eminent gewesen. Ich habe des öfteren recht bedeutende Geschäftsleute kennengelernt, die, wie alle anderen von der Krise betroffen, sie mit schweren Verlusten bezahlen mußten. Sie waren völlig gebrochen, obwohl ihre wirtschaftlichen Verhältnisse in dieser Weise erschüttert waren ... Denn die Krise hat eines: sie hatte ihren eigenen Glauben an ihre politische Sendung erschüttert."

Und die Massen? — Hören wir wiederum Professor Bonn:

„Sehr viel ernster ist dagegen die Wirkung der Krise nach anderer Seite. Ein Erdbeben hat den Olymp erschüttert. Es ist den Gläubigen schon sehr ernüchternd, wenn die Götter zerbrechen und die Säulen splittern. Wenn aber die kürzesten Bretter der Tempel die Dächer der Hütten einschlagen und die berstenden Götter statt Schutz Vernichtung um sich verbreiten, dann erfaßt den Gläubigen nicht bloß Mitleid damit, daß auch die Götter sterblich sind, sondern bitterer Zweifel an blinder Huld. Welchen Sinn hat es dann, noch länger zu beten? Die Mittel, Nordbrand verursachende Arbeitslosen, die existenzlosen Zerstörten die Existenzen, die in den Vereinigten Staaten gegeben, ihren Folgen der Krise lagen nicht die einzelnen Unternehmer, die die Krise verursachten, sondern das System anzuklagen, das die Krise erzeugte. Von verlangt man, daß die Krise ernstlich des Reichs ... die Anträge von Herzen und ganz naiv erhebende Anträge ... System überhaupt nach ... die sie fragt: Hat dieses Land der Welt nicht ... Verteilung, wenn einer verhältnismäßig ... Demonstrationsopfer ... Ordnung, den Appell an ... einer Lösung ein Auskommen ... ernstlichen und ... Technik entwickelten ... wie es bei ... ohne daß von Zeit zu ... Bedürfnisse ...

Jetzt Millionen Menschen betteln gehen müssen und durch Suppenküchen und Obdachlosenasyle erhalten werden müssen?

Der Sinn und die Bedeutung der amerikanischen Krise besteht darin, daß heute nicht etwa nur die gegenwärtige amerikanische Wirtschaftsführung oder die herrschende amerikanische Wirtschaftspolitik, sondern daß das kapitalistische System als solches in Frage gestellt wird."

Diese Ausführungen eines bürgerlichen Gelehrten sind symptomatisch für die berechtigten Todesahnungen, die die Krise in den Hirnen der klügeren Kapitalisten wachgerufen hat. Die Massen aber ziehen aus der Krise nicht nur den Schluß, den Professor Bonn ihnen mit Recht zuschreibt, sondern sie ziehen auch den Vergleich zwischen dem kapitalistischen System und der Sowjetunion. Und die Schlüsse, die sie aus diesem Vergleich ziehen, sind für den Kapitalismus viel gefährlicher, als die einfache negative Erkenntnis der Sinnlosigkeit des kapitalistischen Systems. Soweit geht aber die Logik des Herrn Professors nicht!

Stalin über Antisemitismus

Die „Jüdische Telegraphenagentur" verbreitet die schriftliche Antwort des Genossen Stalin auf eine Anfrage des Moskauer Vertreters der Agentur über die Stellung des Bolschewismus zum Antisemitismus. Stalin erteilt, nach der Wiedergabe der „JTA", die folgende klassische Antwort, die wie ein Peitschenhieb ins Gesicht der Kapitalistenklasse wirkt:

„Nationaler und Rassenchauvinismus ist ein Ueberbleibsel der für die Aera des Kannibalismus charakteristischen unmenschlichen Sitten. Antisemitismus seine krasseste Ausdrucksform. Antisemitismus dient den Ausbeutern als Blitzableiter, mit dessen Hilfe sie dem von der Arbeiterschaft geführten Schlag auszuweichen wollen. Der Antisemitismus bedeutet für das arbeitende Volk, das er vom rechten Wege ab und in den Sumpf zu führen sucht, eine Gefahr. Als konsequente Internationalisten sind die Kommunisten überzeugte und unversöhnliche Feinde des Antisemitismus, der in der Sowjetunion als eine dem Sowjetregime feindliche Erscheinung streng verfolgt wird. Nach den Gesetzen der Sowjetunion steht streitbarer Antisemitismus unter Todesstrafe."

Diese Worte mögen sich die Herren Hitler und Goebbels ins Stammbuch schreiben!

Genosse Doriot — Bürgermeister

WTB. Paris, 2. Februar. Der kommunistische Gemeinderat von St. Denis, Arbeitervorstadt von Paris, hat gestern den kommunistischen Abgeordneten Doriot mit Stimmenmehrheit zum Bürgermeister gewählt.

Siegeszug der Kollektivierung bei den Wolgadeutschen

Pokrowsk, 1. Februar. In Pokrowsk wurde der Kongreß für die Vollendung der geschlossenen Kollektivierung in der Republik der Wolgadeutschen eröffnet. An dem Kongreß nahmen 250 Delegierte teil, darunter 60 Einzelbauern. Die überwältigende Mehrheit der Delegierten bilden Kollektivwirtschaftsbauern, die Stoßbrigaden angehören.

Der Kongreß richtete an das ZK der KPdSU eine Begrüßung, worin er darauf hinweist, daß die Republik der Wolgadeutschen 72 Prozent der Bauernhöfe in Kollektivwirtschaften vereinigt und die geschlossene Kollektivierung in vier Kantonen voll durchgeführt hat. Der Kongreß erklärte sich zur Stoßbrigade für die Vollendung der geschlossenen Kollektivierung in der Republik der Wolgadeutschen bis zum Frühjahr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310203-19/fragment/page=0003

Kampfstundgebung des Verbandes proletarischer Freidenker

Vor einigen Tagen fand eine solche im großen Saal des „Volkspark" statt. Wie stark das Interesse für die revolutionäre gottlose Propaganda bei der Arbeiterschaft in zunehmendem Maße vorhanden ist, bewies der außerordentlich starke Besuch der Veranstaltung.

Zunächst hielt der Genosse Behnke in zündenden Worten eine den Zweck und das Ziel des revolutionären Kulturkampfes beleuchtende Rede. Der altbewährte Propagandist und antireligiöse Satyriker Genosse Strselewicz aus Dresden verstand es dann ausgezeichnet, die Zuhörer zu fesseln durch die bildlichen und mimischen Darbietungen. Das Gezeigte umfaßt in beißender Kritik das ganze Leben der Bourgeoisie im Gegensatz des Proletariats. Für alle Darbietungen wurde ein brausender Applaus gezollt. Der Gesang der „Internationale" beendete den gutgelungenen Werbeabend des Verbandes proletarischer Freidenker.

38 Neuaufnahmen sind in dieser Veranstaltung erzielt worden.

Eine Wiederholung solcher Werbeabende für die Stadtteile Westen und Süden ist am Platze. Mögen auch diese dann dazu beitragen, die Massen von der nur dem Kapital dienenden Kirche zu lösen und sie dem Verband proletarischer Freidenker zuzuführen. Die Angriffe der Kulturreaktion im Zuge der Durchführung der faschistischen Diktatur erfordern höchste Kraftanstrengung im kühnen Gegenangriff des Proletariats.

Aus der Provinz

Landarbeiter und Arbeiterfrauen kommen zur Partei

A.-K. Die von der SPD einberufene öffentliche Einwohnerversammlung in Radegast war gut besucht. Es waren ungefähr 60 Personen erschienen, die den Worten der Genossin S. lauschten. Die Genossin verstand es vortrefflich, den Weg aus Not und Elend zu zeigen.

In der Diskussion meldete sich ein Genosse zu Wort, der noch einmal die Verräterpolitik der SPD brandmarkte.

Es wurden 8 Neuaufnahmen für die Partei gemacht

Es wäre wünschenswert, daß in Radegast des öfteren solche Versammlungen stattfinden würden, damit besonders die im März stattfindenden Landtags- und Kommunalwahlen ein gutes Resultat für unsere Partei bringen. Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, die die Interessen der Arbeiter und Mittelständler wirklich vertritt.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Radegast! Kämpft mit uns für ein besseres Dasein, schließt euch der Kommunistischen Partei an und seit und verbreitet den „Klassenkampf", damit wir es bald unseren russischen Brüdern nachahmen können.

„Hilfsbereitschaft" der Nazis unter sich

A.-K. Frenburg. Wie weit die Hilfsbereitschaft der großen Naziunternehmer gegenüber den kleinen Naziparteigenossen geht, können wir aus nachstehender Schilderung ersehen. Der kleine Naziunternehmer Spott wollte sich aus einer Zwangsversteigerung einen Lastkraftwagen kaufen, weil er ihn sehr notwendig braucht, um seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Spott fehlten aber die Moneten. Er stellte einen Antrag an die Stadt Frenburg, ihm ein Darlehn zu gewähren. Als im Magistrat über dieses Darlehen beraten wurde, war es ausgerechnet der Nazi-Großunternehmer, Beigeordneter Flemmig, der dem kleinen Nazimann durch seinen Einspruch die Bewilligung des Antrags zu Wasser machte.

So sieht die Hilfsbereitschaft im Dritten Reich aus. Die Naziparteigenossen müssen erkennen, daß sie von ihren „Genossen" im Stiche gelassen werden, wenn es gilt, einmal für sie einzutreten. Von den Führern haben sie nichts zu erwarten. Auch ihre einzige Rettung ist, mit der Kommunistischen Partei gemeinsam gegen das bestehende System, das ihnen die Existenzberechtigung abspricht, zu kämpfen.

Rentenempfänger, Achtung!

A.-K. Weißenfels. Durch die der Regierung zu bequemen Notverordnungen, welche vermittels des Kanzlerparagraphen 48 gegenüber den Steuerzahlern angewandt werden, sind besonders die Rentenempfänger betroffen worden. Dadurch, daß das nicht mehr zahlungsfähige, arbeitende Volk mit neuen Steuern und Zöllen belastet wird und dabei die Regierung vergißt, die nötigen Gelder von der Gesellschaftsklasse zu holen, welche allein in der Lage wäre, den Staat noch auf kurze Zeit über Wasser zu halten, ist in dem Reichshaushaltetat ein Milliarden-Defizit entstanden. Um nun im neuen Jahr wieder Ersparungen zu machen, will der Reichsfinanzminister Dietrich durch Abstriche vom Sozialetat in Höhe von zirka 500 Millionen den Etat in Ordnung bringen.

Rentner! Das bedeutet eine weitere Verelendung eurer Wirtschaftslage, bedeutet, daß ihr noch früher nach dem Friedhof hinausrationalisiert werden soll! **Am Freitag, dem 6. Februar, 20 Uhr, findet in Weißenfels im Saal des Tivoli eine öffentliche Rentnerversammlung statt.** Hedwig Krüger, Halle, wird zu den Rentnern über die Notverordnungen sprechen. Rentner, holt euch über diese wichtigen Verordnungen Aufklärung!

Alle Rentner, besonders die Mitglieder anderer Organisationen, sind dazu eingeladen. Eintritt frei! Hedwig Krüger erteilt von 19 Uhr an im Tivoli Auskunft über Rentnerangelegenheiten!

Wie arbeiten wir unter den Landarbeiterinnen und Kleinbäuerinnen

Die Arbeit unter den Landarbeiterinnen und Kleinbäuerinnen machte im Unterbezirk Torgau gute Fortschritte. In den Versammlungen der überparteilichen Organisationen und in öffentlichen Versammlungen haben wir Delegierte für ein Ortskomitee werktätiger Frauen gewählt und so besteht nun jetzt für den Kreis Schweinitz ein Komitee werktätiger Frauen.

Wir haben gefunden, daß gerade in den kleinsten Dörfern sich die Frauen und auch die Männer für alle Versammlungen sehr interessieren. Wenn wir dabei verstehen, einen ganz natürlichen, schlichten Ton zu finden, in dem wir sprechen, dann diskutieren auch die Landarbeiterinnen und die Arbeiter, die sich sonst niemals in einer öffentlichen Versammlung zur Diskussion herauswagen.

So haben wir vor kürzerer Zeit eine Reihe Versammlungen durchgeführt, wo eine junge Genossin, die in Rußland gewesen war, über ihre Eindrücke in der Sowjetunion berichtete. Die Frauen, die in unseren Versammlungen waren und die noch gar nichts von Politik und Klassenkämpfen wissen, auf sie wirkt es sehr, wenn man ihnen an Hand der Tatsachen ganz anschaulich schildert, wie es unter der Herrschaft von Arbeitern und Bauern aussieht. **Unsere Landarbeiterinnen und Kleinbäuerinnen wollten (wir haben die Versammlung nachmittags durchgeführt) am liebsten gar nicht heimgehen, trotzdem sie zum Füttern des Viehs heimgehen mußten.** Wir haben ihnen versprechen müssen wiederzukommen und ihnen noch mehr zu erzählen. Eine Arbeiterin sagte: Wenn sie daran dächte, daß sie ihre Kinder meist einschließen müsse wenn sie zur Arbeit ginge, während in Rußland die Kinder in sauberen Heimen unter guter Pflege untergebracht werden können, dann hätte sie eine solche Wut, daß sie nur noch wünschte, daß die Entscheidungskämpfe bald kämen. Sie wolle ganz gewiß dann ihren Mann stehen!

Genossinnen und Genossen! Wertet, wenn ihr in die Versammlungen hinauskommt, mehr die Verhältnisse im Arbeiter- und Bauernstaate aus!

Hier müssen wir anknüpfen. Den Kleinbäuerinnen müssen wir ausführlich klarmachen, was es mit der Kollektivisierung der Landwirtschaft auf sich hat. Mit dem bloßen Worte „Kollektivisierung" kann keine Bäuerin etwas anfangen. Wenn wir ihnen aber erzählen, daß das ein Zusammenschluß aller kleinen Bauern bedeutet, die durch diesen Zusammenschluß in der Lage sind sich die neuesten Maschinen zur Ackerbearbeitung und zum Ernten kaufen zu können, daß dadurch die Ernte eine viel höhere wird, und daß ferner durch die Kollektivisierung kein Kleinbauer mehr durch ungünstige Verhältnisse gerade auf seinem Stück Acker ruiniert werden kann, dann sind sie alle von einer Kollektivisierung begeistert. Alle für einen und einer für alle. Das ist die Losung in der Kollektive. Und für diese Losung begeistern sich auch die deutschen Kleinbauern und die Kleinbäuerinnen.

Bad Kösen. (Als Leiche ans Ufer gespült.) Von den Wellen der Saale wurde die Leiche einer unbekannten Frau ans Ufer gespült. Die Tote dürfte etwa im 25. Lebensjahr gestanden haben.

Mussolini und Naphtali

Wie sie sich die Aufgaben der Betriebsvertretungen vorstellen

Wir stellen vor: Gustav Bauer, führendes Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften seit 1903, Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes in der Regierung Max von Baden, dann Reichsarbeitsminister, Juni 1919 bis März 1920 Reichskanzler. Schwer kompromittiert im Barmat-Skandal, ausgeschlossen aus der SPD, aber von der Parteibürokratie bald „rehabilitiert". Jetzt Großpensionär der deutschen Republik und ehrenwertes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dieser Mann erklärte am 23. Juli 1919 in seiner Eigenschaft als Reichsarbeitsminister in der Nationalversammlung:

„Die Reichsregierung wird ein Gesetz über Arbeiterräte vorlegen... Das ist der große Gedanke dieses Gesetzes, daß es die Idee des Kapitalismus endgültig verneint. Es beseitigt nicht den Unternehmer, aber sein einseitiges Uebergewicht. Das Gesetz bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus."

Am 13. Januar 1920, bei der zweiten Lesung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung, demonstrierte das proletarische Berlin gegen dieses Gesetz. Das war eine Demonstration, die Berlin auch in den Revolutionstagen nicht gesehen hatte. Der damalige sozialdemokratische Polizeipräsident Eugen Ernst hatte im Einvernehmen mit den sozialdemokratischen Ministern Noske, dem General Lüttwitz den von ihm verlangten Schießbefehl auf die demonstrierenden Arbeiter. 42 Tote, 105 Verwundete bedeckten den Platz vor dem Reichstag. Das Betriebsrätegesetz, das „den Weg zum Sozialismus" genommen.

Wir stellen weiter vor: Fritz Naphtali, langjähriger Handelsredakteur der bürgerlichen „Frankfurter Zeitung", im Nebenberuf Spekulant auf der Frankfurter Börse, jetzt Pensionär, ehemaliger Redakteur der deutschen Gewerkschaften und der SPD, erklärte am 5. September 1928 auf dem letzten, der 14. Kongreß der freien Gewerkschaften: Die Betriebsräte müssen die Wirtschaftsdemokratie sein; das Betriebsrätegesetz muß ihnen die Möglichkeit, „den Einfluß auf die Wirtschaft auszuüben; die besten Leute müssen in die Betriebsräte hineingeschickt werden, die sich dort einarbeiten können".

Zuletzt trachten wir noch jemanden zu stellen, Benito Mussolini, ehemaliger Sozialdemokrat, jetzt faschistischer Diktator Italiens. Er duldet keine Betriebsrätefunktionen, die nach dem deutschen Betriebsrätegesetz Betriebsräte zu erfüllen haben, sind nach der Carta del Lavoro, dem italienischen Arbeitsgesetz, den faschistischen Gewerkschaftsfunktionen, den Syndikaten übertragen. Die Leitungen der Betriebsvertretungen in Italien nicht mehr die organisierten Mitglieder, die Gemeinschaftsgeschäften, so daß sie bis zu einem gewissen Grade die Funktionen der Betriebsräte erfüllen.

Das deutsche Betriebsrätegesetz, von einer sozialdemokratischen Regierung geschaffen, durch die Gewerkschaften und alle Mitteln verteidigt und zur Verwirklichung empfohlen, vor die Betriebsvertretungen diesselben Aufgaben wie die italienische Carta del Lavoro den Syndikaten stellt. Beweis:

„Der Betriebsrat hat die Aufgabe, die Betriebsleitung im Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für eine möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen."

Der Betriebsrat hat die Aufgabe, an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten." (Deutsches Betriebsrätegesetz, § 66, Punkt 1 und 2.)

„Die gesetzlich anerkannten Berufsvereinigungen haben rechtliche Gleichheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sie halten die Disziplin der Produktion und der Arbeit aufrecht und fördern deren Vervollkommnung". (Die italienische „Carta del Lavoro".)

Eine verblüffende Uebereinstimmung! Nur in Italien dort wird den Betriebsvertretungen die Aufgabe gestellt, „Vervollkommnung der Produktion", „an der Einführung neuer Arbeitsmethoden" mitzuarbeiten, „für einen möglichst hohen und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen. Was das in einfachem Deutsch bedeutet, wissen wir genau aus der Praxis reformistischer Betriebsräte. Es bedeutet: Hilfe der Betriebsräte bei Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen, bei der Ausbeutung der letzten Kraftreserven des Arbeiters, bei der Steigerung der Arbeitsintensität, bei Massenentlassungen und Massenlosmachung tausender Kollegen.

Zum Teufel mit solchen Betriebsräten: Wir brauchen andere! Betriebsräte, die das sozialdemokratische Parteiprogramm durchführen, „Vertreter der Arbeiter", wie sie sich Naphtali und Mussolini vorstellen, heißen in einfachem Deutsch Betriebsnehmerknechte!

Wir brauchen rote Betriebsräte, die nach dem Gebote des klassenfreiheitlichen Betriebsrätegesetzes durchführen, was der Willen der Kollegenschaft. Wir brauchen Betriebsräte, die nicht Filialen der Betriebsleitung sind, sondern Kampforgane der Belegschaften. Wir brauchen Betriebsräte, die sich keine Kopfschmerzen über die Erhaltung und Besserung der kapitalistischen Wirtschaft machen, sondern die in der Organisierung des Kampfes der Arbeiterschaft um ein Brot, um bessere Arbeitsbedingungen, um Besserung der Arbeiterherrschaft sehen.

Ein Menschewik, der von den siegreichen russischen Bolschewiken mit einem Fußtritt verjagt wurde und jetzt in Deutschland den Gewerkschaften das große Wort führt, Herr Dimitri Wojtinsky, macht im letzten Heft der Zeitschrift des ADGB „Die Arbeit", in dem leitenden Aufsatz ein offenbares Verständnis für die deutsche Gewerkschaftsbürokratie. Er schreibt: „Gegen das Abgleiten des Arbeitsnehmers bei der Wirtschaftsdepression gibt es kein Mittel." Es gibt kein Mittel, nach der Meinung der Gewerkschaftsbürokratie, weil ihre einzige Sorge die Rettung der deutschen Kapitalismus auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft ist.

Wir klassenbewußten Arbeiter wissen, daß es wohl Mittel gibt, „gegen das Abgleiten des Arbeitsnehmers", gegen das Absinken des Arbeitsnehmers zu kämpfen. Das ist das Mittel des revolutionären Klassenkampfes. Dabei sollen die Betriebsräte eine entscheidende Rolle in der Schaffung dieses Mittels gegen Lohnraub spielen. Das können nur Betriebsräte tun, die nicht auf Wojtinsky und Naphtali, auf den Kampfwillen der deutschen Arbeitermassen hören.

Deutscher Arbeiter, du hast zu wählen zwischen Barmat, die Barmat-Bauer, Fritz Naphtali und Mussolini genießen und zwischen roten Betriebsräten. Du hast zu wählen: Entscheide dich!

Invalidenversicherung

Zur Nachprüfung der Invaliden-Quittungskarten werden an nachstehend aufgeführten Tagen, von 9—10 Uhr, Sammelkontrollen abgehalten:

am 4. und 5. Februar 1931, im Gasthaus Teichicher Hof, Landsbergerstraße Nr. 68,

für Büchhofer-, Reichsfelder-, Freiimfelder-, Grimm-, Herbart-, Kroadorfer-, Landsberger-, Reichsburger-, Sagisdorfer- und Bishofstraße, Connewitzweg und Am Gitterchhofe.

am 9., 10. und 11. Februar 1931, im Hofjäger, Lindenstr. 78

für Benischlag-, Blücher-, Graefe-, Landmehr-, Linden-, Riemeyer-, Strecker- und Südstraße, Pfannerhöhe und Pfeifers Berg.

am 17., 18. und 19. Februar 1931, in Gesolds Restaurant, Charlottenstraße Nr. 19

für Anhalter-, Bismarck-, Charlotten-, Dorotheen-, Franck-, Gottesacker-, Hagen-, Leipziger-, Magdeburger-, Marien-, Park- und Röseristraße, Kurze Straße und Töpferplan.

am 25., 26. und 27. Februar 1931, im Münchener Löwenbräu, Ludwig-Wucherer-Straße Nr. 72

für Bismarck-, Bittenberger-, Goethe-, Hohn-, Kreitz-, Rudolph-, Ludwig-Wucherer-, Schiller-, Uhland- und Zillier-Schiffel-Straße.

Alle Bewohner, die in diesen Straßen wohnen oder eine Betriebsstätte haben und nicht mehr als 10 Personen beschäftigen, ebenso die freiwillig Versicherten werden gebeten, die Quittungskarten, die Aufschnungsbescheinigungen über die letzten beiden Karten und die Lohnnachweise in oben genannten Fällen vorzulegen oder durch eine erwachsene, mit den Lohn- und Beschäftigungsverhältnissen vertraute Person vorlegen zu lassen.

Bei den Kontrollen wird auf Verlangen auch Auskunft über Fragen aus der Invalidenversicherung erteilt.

Halle a. S., den 2. Februar 1931.

Kontrollamt der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

HANS BUCHHOLZ

HEUTE DONNERSTAG DEN 5. FEBRUAR GROSSES SCHLACHTFEST

HAUPTBAHNHOFS WIRTSCHAFT HALLE

Einheitspreis-Abteilung

in

Werkzeugen, Eisenwaren, Haus- und Küchengeräten

25 Pf. 50 Pf. 75 Pf. 1.– M.

Albert Bohrmann

Weißenfels

Stadt-Theater

Heute Dienstag, 20 bis 22¼ Uhr: **Roter Lampe** Komödie von G. Rosenow

Mittwoch, 20 bis 22¼ Uhr: Einmal. Gastspiel Paul Wegener mit eigenem Ensemble **Maria Magdalene** Trauerspiel von Friedrich Hebbel

Zahlung der ersten Stammsparen-Rate erbeten

Masken für Damen und Herren in groß. Auswahl b. 3.15 an

Zeugner & Riedel Ob. Leipziger Straße 61-62. Hof. 2 Treppen

Geht für die Rote Hilfe

WALHALLA

Sie müssen unbedingt

Die Faschingsfee

besuchen!

Kalmans erfolgreichste Operette

Zurück

W. Fellmann

Dentist Fernruf 23808

Gr. Ulrichstraße 11

Herabgesetzte Preise

Speisezimmer

in verschied. Hölzarten, wie Eiche, Nußb., Birke poliert

980.– 825.– 630.–

570.– 495.–

395.– Mark

Gebr. Jungblut

Albrechtstr. 27

Ledertreibriemenstücke

gebr., passend zu Sohlen empfiehlt **pro Paar von 50 Pf. an**

J. Sternlicht Alter Markt 11 (Goldene Kette)

Reines fertiges **Schmeerfett** 1 Pfund nur **62**

Ganz delikates **Bratenfett** 1 Pfund nur **58**

Alterfleisch, **Schweine-Leber, Schweinskopf** mit Backe

Feines **Eisbein**

Ganz zarter **Kaiser**

A. Knäusel Butter, Wurst, Fleischwaren

Bockwitz Empfehle meine Fleisch- und Wurstwaren

Fritz Thiemig, Fleischermeister

Besonders billige Schlafzimmer-Schränke

1 cm breit, mit Waschef. Mk. 78.—, 120 cm breit, mit Stellg. Ansicht und Wäschef. Mk. 98.—, 130 cm breit, mit Wäschef. u. Spiegel Mk. 118.—

Waschkommoden mit Spiegel von Mk. 80.— an

Nachtschränke von Mk. 17.— an

Bettenhaus Bruno Paris

Kl. Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9 A Mrs. vom Markt

Herabgesetzte Preise: **Schlafzimmer-Schränke**

Elsterwerda, die Fleischerei Roßschlächterei

Gustav Reinke

empfiehlt prima Fleisch- und Wurstwaren

Geschäft: **Elsterwerda** Berliner Straße 17

Werbt Abonnenten!

Zur Beerdigt. unserer lieben Entschlafenen

Frau Anna Hubert

sagen wir allen auf diesem unsern herzlichsten Dank für die Vereinigung.

Die trauernden Hinterbliebenen

Halle, Saalberg 22, den 2. Februar 1931.

Am Sonntag nachm. 1½ Uhr entschlief nach langem, geduldigem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Schwester, Schwägerin, Tante und Schwiegermutter

Frau Klara Mü

geb. Lieber

im Alter von 58 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrübt an die Hinterbliebenen

Thomas Müller

Die Einäscherungsfeier findet noch nachmittags statt.

Die Einäscherung erfolgt in aller Stille. Um Blumenspenden bittet der Verstorbenen

Steinstraße 5

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310203-19/fragment/page=0004

Aus der Arbeit der R.G.O.

Was die RGO auch kann!

Ein Vorfall, der Bände spricht

Firma Bühring AG in Landsberg ist eine richtige Lehrwerkstätte. Wie überall, versucht auch dieses Unternehmen unerfahrene Schikane aus den Jugendlichen besondere Extraarbeit herauszupressen. Das geht so seine drei bis vier Jahre, wenn eines guten Tages aus dem „Stift" ein Geselle wird, der einen Lohn fordert, den zu bezahlen die Herren Profitmacher eine Heidenangst haben. So auch bei der Firma Bühring.

Es ist es an einem Montagmorgen einem bald ausgelernten Lehrling ein, eine Minute zu spät auf der Arbeit zu erscheinen. Er denkt sich, diese Frechheit!) Der Betriebsleiter stand schon auf der Lauer und brüllte den ahnungslosen Lehrling wie einen Stier an. Nun war unser „Stift" nicht auf Kopf gefallen. Ein Wort gab das andere. Alle jahrelang aufgestaute Wut schleudert der Junge dem „Alten" in die Fresse. Was damit endet, daß der Betriebsleiter den Jungen kurzerhand auf die Straße schmeißt.

Alle Lehrlinge, die auch bald ausgelernt haben, erklären sich mit dem Gemaßregelten solidarisch. Der „Scheidige" Betriebsleiter verlegt sich aufs Bitten, dann aufs Drohen, es nützt nichts. Mit den Worten: „Mach deinen Mist alleene!" schieben die Jungens ab.

Es dauert erhalten alle sechs in einem eingeschriebenen Briefe Papiere mit der fristlosen Entlassung.

Was aber so ein richtiger „dufter" Komsomolze ist, der weiß sich zu helfen. (Fast alle Lehrlinge sind im Jugendverband und RGO.) Es wurde eine „Verschwörung" ausgeheckt, um vom Betriebsrat ein Gesellenzeugnis zu kriegen. Wofür hat man seine Jahre für die paar Pfennige geschuftet?

Jungen, eines Mittags erschien beim Portier der Firma ein junger Attentäter beladener „junger Mann" zusammen mit dem Betriebsrat der Firma und verlangte als Vertreter vom Betriebsrat der Werksleitung zu sprechen. Was, DMV Halle? Gleich ist das Telephon. „Der Herr Direktor läßt bitten!" Mit strahlendem Gesicht verläßt der verkappte RGO-Mann den Portier. Er wird im „Allerheiligsten" des Direktors empfangen. Er überaus höflich empfangen.

Sie kommen vom Metallarbeiterverband? Das ist ja ausgezeichnet! Nehmen Sie doch Platz." Unser RGO-Mann weiß nicht wie ihm geschieht. Er ist ganz platt vor soviel Liebenswürdigkeit. „Sie kommen wegen der Lehrlinge? Aber sehen Sie, das ist doch eine unerhörte Sache, die der Streik. Hat man Ihnen davon gehört, daß Lehrlinge streiken? Lächerlich!" — „In dem Tone geht's eine Stunde weiter. Bis denn schließlich der „DMV-Vertreter" mit dem „ernsten Gesicht" die feste Zusage in der Tasche hat, daß zwar die Wiedereinstellung der Jungen nicht in Frage käme, daß aber alle streikenden Lehrlinge ihr Gesellenzeugnis erhalten sollen.

Der „DMV-Vertreter" erhob sich. „Sie wollen schon gehen!", fragt der Direktor, „bleiben Sie doch noch ein wenig." — Und es wurde „großes Geschütz" aufgefahren. — „Wir zahlen unsere Kesselschmieden auf Grund eines besonderen Vertrages Zulage pro Stunde. Können Sie uns nicht davon bestimmen? Sie verstehen! Wir müssen bei der Kalkulation freie haben. Um überhaupt konkurrieren zu können, müssen wir niedrigsten Löhnen rechnen. Wir wären ihnen sehr dankbar ..." „Tut mir außerordentlich leid", entgegnet der „Gewerkschaftsvertreter", darüber bestimmt die Belegschaft, an einen Abbau ist nicht zu denken!" Betrembet starrt der Direktor — „Kann, das ist man doch sonst nicht gewöhnt? Ich Sie nicht ganz!

Mit Herrn König vom DMV bin ich neulich auf dem Arbeitsgericht glänzend ausgekommen, warum mit ihnen nicht?

Bringen, wie geht's Herrn Drescher, ist er noch krank? Ich doch mal mit ihm über die Sache der Kesselschmiedezulage. Sie selbst scheinen noch nicht lange im DMV tätig zu sein? Ja, mit den Lehrlingen, das regeln wir wie verlangt. Also auf Wiedersehen, **und vergessen Sie nicht, Herrn König zu grüßen!"**

Draußen vor dem Tor fielen die jungen Komsomolzen über den „DMV-Vertreter" her. „Na, wie war's?" Der prustete vor Lachen, in das die Jungens voller Freude einstimmten, als sie ihre Eingung erfuhren. Dann wurden sie nachdenklich. „Na", meinte, der Direktor kennt seine Pappenheimer. Die Grüße Herrn Drescher vom DMV lassen tief blicken. Dem Unterschied war nur darum zu tun, die Zulage abzubauen. Solche Antwort sollen sie haben."

Die Jungens werden in die RGO eintreten. — Tags darauf hatten alle entlassenen Lehrlinge erstklassige Gesellenpapiere, die sie voller Stolz auf dem RGO-Büro zeigten.

Sagt mal, Herr König und Drescher, das ist ein knorker Ding der RGO? Aber Scherz beiseite! Solche „kleine Erfolge" braucht ihr. Davon lebt ihr. Die kann man den Unterschied in Verhandlungen „abladen", das ist ja so billig und tut Arbeitern nicht weh. Aber Streiks gegen Lohnraub, die tut ihr nicht. Weil sie gefährlich sind und eure Sessel und Kassen Raubeuter ins Wanken bringen. Was euch heute noch gelingt, nämlich die Streiks abzuwürgen und aufs niederträchtigste die RGO zu hetzen, die allein den Kampf gegen das Lohnraubsystem organisiert — das wird morgen endgültig aus und vorbei sein. Mit verzehnfachter Energie werden wir an die Arbeit des Streiks organisieren und dieses ganze morsche System in Trümmer schlagen. Verlaßt euch darauf, wir schaffen's! S.

Zeitzer Holzarbeiter in der Klavier- und Möbelindustrie ausgesperrt

Die Lohnabbauoffensive der Unternehmer, die bei den Zeitzer Holzarbeitern einen Abbau von 16 Pf. pro Stunde vorsah, hat geführt, daß die Unternehmer die ganzen Belegschaften ausgesperrt, weil dieselben nicht auf den Lohnraub freiwillig eingingen. Die Verbandsbürokratie hat nicht das geringste unternommen. Sie überließ den Unternehmern vollkommen die Initiative. **Die Zeitzer Holzarbeiter müssen erkennen, daß sie sich Führung der RGO in einheitlicher Kampffront zusammenschließen und daß ihr Kampf eine Angelegenheit der gesamten Zeitzer Werktätigen ist.**

Der Pleitegeier flattert!

Die Firma Böttchers Söhne, Theißen, Häcksel- und Mehlmühle sowie Futtermittelgroßhandlung, ist in Konkurs ge-

Ein kluger Unternehmer

„Arbeitet billiger, dann habt Ihr Arbeit ..."

„Wegen dem schlesischen Konkurrenz-Konzern muß ich die Löhne herabsetzen, das tut mir natürlich sehr leid"

Die Werksleitung der Pianofabrik Kummerer in Zeitz händigte den Arbeitern ein Schreiben zur „Aufklärung" aus, dem wir folgendes entnehmen:

„Die wahre Ursache für die Herabsetzung der Löhne auf die in den Anschlägen bekanntgemachten Sätzen ist, daß meine Firma nur noch mit einer einzigen Konkurrenz, einem Mechanikfabrikanten-Konzern, in der kleinen Stadt Lüben in Schlesien, mit einem Spitzenlohn von 80 Pfennigen zu rechnen hat. Dieser Konzern ist hervorgegangen aus 5 zusammengelegten Großstadtfirmen aus Berlin, Leipzig und Stuttgart. Seit 4 Jahren sind von damals 20 Mechanikfabriken, 18 großstädtische Firmen, davon 4 in Berlin, zu einem Konzern vereinigt, welche im vorigen Jahr Konkurs machten. Drei weitere sind ebenfalls in Konkurs gegangen und nicht wieder erstanden. Fünf weitere bilden den obengenannten schlesischen Konzern mit heute ungefähr 500 Leuten (bis weit über 1000 können beschäftigt werden). Drei weitere sind stillgelegt und der Rest, der existiert, kämpft nach um seine Existenz gegen den schlesischen Konzern. **Dieser mit seiner in größerem Maße eingeführten Klein- und Teilarbeit, seinen vielen jungen Arbeitskräften, niedrigen Löhnen von 80 Pfennigen in der Spitze und entsprechenden Staffelakkorden zieht infolge seiner niedrigen Preise die noch existierende gute Kundschaft an sich und überläßt den noch übriggebliebenen Mechanikfabriken die „faulen Abnehmer"** (?) Da diese aber nur bei sofortiger Bezahlung Mechaniken erhalten, kaufen sie eben auch infolge der billigeren Preise beim schlesischen Konzern, so daß auch diese Aufträge mit entgehen. (?)

Seit Herbst v. J. habe ich zirka 600 deutsche fertige Mechaniken nicht in Auftrag bekommen wegen zu hohen Preisen gegenüber dem schlesischen Konzern, ungerechnet die vielen englischen Mechaniken und vielen Tausenden Satz fertige und rohe Glieder nach dem Ausland. Auslandsaufträge zu erhalten ist nur zu billigen Preisen möglich, um mit den Mechanikpreisen und Zölle der betreffenden Länder konkurrieren zu können.

Während der Lohnverhandlungen ist man mir auf meine Frage an die Gewerkschaftsvertreter, ob ich bei 108 Pfennigen Spitzenlohn gegen einen solchen von 80 Pfennigen, also um 35 Prozent mehr, Aufträge zu konkurrenzfähigen Preisen erhalten, Ware herstellen und verkaufen könne, eine klare Antwort schuldig geblieben.

Alle gegenteiligen Ausführungen zu meinen Begründungen für die herabgesetzten und angebotenen Löhne sind abwegig und hinfällig und scheitern an den geschilderten wahren Tatsachen, denen man sich nicht verschließen kann. Solange in meinem Betrieb wesentlich höhere Löhne als die schlesischen gezahlt werden, **wird der bisherige Zustand der dauernden Kurzarbeit, Teil- oder gar drohenden ganzen Stillegung des Betriebes bestehen bleiben. (!)**

Zu den bekanntgegebenen Löhnen kann Arbeit in großem Maße auf lange Dauer für das In- und Ausland angenommen werden. Den Beweis habe ich bereits durch die **volle Arbeit seit September v. J. bis heute,** hauptsächlich in dem Maschinenbetrieb und der Garnitrerei, erbracht. Die damals angenommen englischen Aufträge sind jetzt fertiggestellt und werden in den nächsten Tagen ausgeliefert, so daß auch für die bisher noch Vollbeschäftigten Arbeitsmangel eintritt. Neue Aufträge können nur angenommen werden, wenn die Herstellungskosten wesentlich gesenkt werden können. Anfragen aus In- und Ausland zur Ausführung von großen Aufträgen liegen vor.

Die in den Lohnverhandlungen von seiten der Gewerkschaften gemachten Einwendungen, daß z. B. England seine Zölle weiter erhöhen würde, wenn meine Firma Mechaniken nach dort liefere, treffen nicht zu, denn die jetzige englische Regierung ist bestrebt, die Zölle abzubauen. Auch die dortige Pianoindustrie hat bereits geeignete Schritte bei ihrer Regierung unternommen, damit deutsche Bestandteile, darunter Mechaniken, ermäßigte Zollsätze erhalten sollen.

Es trifft ferner nicht zu, wie die Gewerkschaftsvertreter meinen, daß dann, wenn ich zu konkurrenzfähigen Preisen liefern könnte, der schlesische Konzern, dessen Löhne ja auch herabgesetzt werden würden, meine Preise dann wieder unterbieten könne. **Wenn dort ein Lohnabbau eintritt, wird das nur in geringem Umfange der Fall sein (?)** und da mir nur an der Aufrechterhaltung des Betriebes und Beschäftigung der Leute liegt, (!) werden meine Verkaufspreise wie bisher auf das Mindestmaß herabgesetzt, um die Existenz- und Arbeitsmöglichkeit für den Betrieb und die Belegschaft zu erhalten.

Alles bezüglich der Verhältnisse der Mechanikfabriken, den Konkurrenzverhältnissen, nicht erhaltenen und in Aussicht stehenden Aufträgen habe ich dem Betriebsrat bzw. dem Betriebsobmann nachgewiesen und stelle jedem frei, in die Unterlagen Einsicht zu nehmen.

Ich weise nochmals darauf hin, daß ich bei den niedrigen Lohnsätzen meine gegenwärtige ganze Belegschaft voll beschäftigen und sogar noch mehr Arbeitslose, die zum großen Teil schon früher in meiner Fabrik beschäftigt waren, einstellen kann."

*

Wirklich, ein linger Unternehmer, er „weiß nach", daß ein Lohnabbau im Interesse der Belegschaft liegt. — Die Belegschaft kann aber da keinesfalls mitmachen, der Herr Unternehmer soll von seinen Profiten lassen, über die er bestimmt keine „Aufklärung" den Arbeitern gibt. Der Arbeiter muß wissen: Lohnabbau bedeutet Verelendung und der Unternehmer macht stets kein „Schnittchen" dabei. **Gegen jeden Lohnraub muß von der Belegschaft die Kampffrage aufgerollt werden!**

Rüstet zur Betriebsrätewahl!

Der Gesamtverband Naumburg hat bereits schon die erste Liste zur Betriebsrätewahl mit 5,60 Mark abgerechnet. Auf zum Wettbewerb! Eifert ihnen nach! Wer schnell sammelt, hilft zur Durchführung der Betriebsrätewahl am besten.

An allen Ecken und Enden des Leuna-Werks erscheint die Losung:

Leuna-Proleten, wählt rote Betriebsräte

Wo man im Leunawerk geht und steht und auch außerhalb des Werkes erschallen die Mahnungen der RGO. Neue Klebezettel werden sich mit folgenden Losungen an die Leunaproleten:

In den Siedlungen verhungern?

Miete kannst da jetzt nicht berappen,
Du hast es früher kaum gekonnt.
Kollege, sei kein Jammerlappen
Und kämpfe in der roten Front!

Wählt rote Betriebsräte! Kämpft gegen den Mietwucher!

Auch direkte Betriebsforderungen wurden propagiert. Ein roter Streifen lautete:

Leunakollegen, wir fordern!

Höheren Lohn und 40 Stunden,
Frühstückspause noch dabei;
Nicht mehr im Akkord geschunden
Und am Sonnabendmittag frei!

Wählt rote Betriebsräte! Kämpft unter Führung der RGO!

An die Gleichgültigen war auch gedacht. An jene Kollegen, die dahintrotten, die höchstens sich mal aufschwingen, die „Grüne Post" zu lesen. An die erging die Mahnung:

Heraus aus eurer Lethargie!

Zur Versammlung müßt ihr kommen,
Wenn ihr satt seid dieser Fron.
Habt ihr passiv euch benommen,
Kommt zur Peitsche noch der Hohn!

Ausbeuter und Bonzen machen sich über euch lustig!

Proletarische Kampfesgrüße aus dem Vaterlande der Arbeiterklasse

Ein russischer Schlosser wünscht Verbindung mit Hallischen Kollegen.

An die

Arbeiter von Halle.

Werte Genossen!

Als früherer Kriegsgefangener habe ich in Halle, Deutschland, in einer Eisengießerei und in mitteldeutschen Kalimecken gearbeitet und sende euch heute aus der Sowjetunion heiße proletarische Grüße.

Ihr werdet inzwischen von den Interventionsabsichten der Imperialisten unterrichtet sein, die unseren sozialistischen Aufbau stören und unser Land in eine Blutarena verwandeln wollten, ähnlich wie sie es im Jahre 1914 getan haben.

Genossen, seid mit uns auf der Hut vor den feindlichen Angriffen der Kapitalisten, tretet allen Verleumdungen, die sie über die Sowjetunion verbreiten, entgegen. Schreibt mir über Euren Lohn, Eure Arbeitszeit und Euren Kampf in den Betrieben. Sehr gern möchte ich mit Euch in einen ständigen Briefwechsel treten, antwortet darum bald!

Es lebe unser Fünfjahrplan in vier Jahren!
Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse!

Mit proletarischem Gruß

Der Schlosser der Lokomotivabteilung der Station Lisky.

Briefe sind zu richten unter „Moga" an das Büro für internationale Verbindungen der Arbeiterkorrespondenten, Moskau USSR., Twerskaja 48.

Was den „Siegfried"-Kumpels zugemutet wird

Bei den Arbeiten der Förderleute selbst zeigen sich die schlechtesten Zustände. Die Bahnen werden von dem Schichtlohner gelegt, einem Renegaten, der nach der Devise: „recht viel und schlecht" arbeitet, damit er recht gut bei seinen Vorgesetzten steht und andere Kameraden verschmusen kann. Aus diesen Gründen ist es manchen Kameradschaften nicht möglich, die vom Steiger Ackermann gewünschte Wagenzahl zu erreichen. Die Folge davon ist, daß die Kameraden als „nicht vollmertig" angesehen und danach behandelt werden. Steiger Ackermann und der Obersteiger Flügel gebrauchen bei jeder Kleinigkeit die „Kündigung".

Arbeiter von Siegfried, wehrt euch gegen die Schikanen! Schließt euch der RGO an und kämpft mit der Roten Gewerkschaftsopposition für ein menschenwürdiges Dasein!

Die den streikenden Holzarbeitern in den Rücken fallen

Während die Hallischen Holzarbeiter weiter im Kampf stehen, haben sich einige Leute gefunden, die den Kollegen in den Rücken fallen und schimpfliche Streikarbeit leisten. Es sind dies folgende:

Otto Arnhold, Bärgasse 3; Willi Happe, Im Winkel 32; Herm. Wagner (nebenbei noch Lohnkellner im „Krug"); August Lehmann, Weckstraße 3; C. n. Bodenstein, Huttenstraße 5; Karl Bestelmann, Willi Zimmermann, Reinhold Stoppe, Alfred Schmidt, Richard Teuber, Prinzenstraße 15.

Von den selbständigen Kellerkrautern sind noch folgende genannt:

Gebr. Brode, Kirchnerstraße 18a; Walter Tennemann, Gustav-Herzberg-Straße 1; Ernst Kalz, Röderberg 4; mit seinem Gehilfen Rudi Neugebauer, Weißenburger Straße 14; Schondorf & Söhne, Anterstraße; Möbius, Thüringer Straße; Lange, Brunowarte mit Walter Wiebach; Roseling, Ludwig-Wucherer-Straße.

Folgende Betriebe sind an der Aussperrung beteiligt. Jeder Zuzug ist fernzuhalten:

Reinicke & Andag, Klausstraße; Claus & Rühl, Völlberger Weg; Walter, Kellingstraße, Mensching, Huttenstraße; Preller, Swingerstraße; Thiele, Turmstraße.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310203-19/fragment/page=0005

HALLE

Dienstag, den 3. Februar 1931.

Schäbige Feigheit der sozialfaschistischen Konsumzerstörer

Die SPD hatte großmäulig eine öffentliche Versammlung zur Anklage gegen die kommunistische Verwaltung des ARB angekündigt und das Erscheinen der Geschäftsführer Ertinger, Koenen und Härtel gefordert. Inzwischen hat die SPD-Führung erfahren, daß die kommunistischen Geschäftsführer mit den Massen erscheinen wollten, um mit den Zerstörern Schaumburg und Konsorten gehörig abzurechnen. Ueber Nacht machte sie aus einer öffentlichen Versammlung eine SPD-Fraktionssitzung. In der neuen Einladung im „Volksblatt" vom Montag heißt es:

„Als Ausweis dient das Mitgliedsbuch oder die Legitimationskarte des Allgemeinen Konsumvereins und das Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Partei."

Nur hinter verschlossenen Türen können die Schaumburg, Möller, Peters ihr verlumpendes Treiben fortsetzen. Die Betrüger und Zerstörer können sich vor den Massen nicht mehr sehen lassen. Sie fürchten die Wut der Spater. Die öffentliche Abrechnung mit den sozialfaschistischen Konsumzerstörern erfolgt in den Versammlungen, die

heute abend 20 Uhr im „Wintergarten", im „Lindenhof" und in der Produktiv-Genossenschaft

stattfinden. Dort werden auch die kommunistischen Geschäftsführer des ARB zu den Massen sprechen. Wir fordern die Arbeiterschaft, die Mitglieder des ARB und die Spater auf, in diesen Versammlungen restlos zu erscheinen!

Die an der Pla'atsäule

Es ist nicht verwunderlich, daß bei der schwierigen Lage des ARB das gesamte Renegatentum wie Aasgeier über die KPD herfällt. Fast kein Mensch weiß etwas von der Existenz des Winkelblättchens, genannt „Volkswille", abgesehen von der sozialfaschistischen Presse, die sich aus Mangel eigener Argumente von dem zusammengerührten Lügenkrei des Renegatengruppchens, genannt „Leninbund" nährt. Diese herumgekommene Sippschaft läßt durch Anschlag an den Plakatsäulen in großen Schlagzeilen verkünden, daß der „Volkswille" der staunenden Mitwelt eine neue „Sensation" über den ARB unterbreiten werde. Der Leser, der in gespannter Erwartung sich versetzen ließ, das Schmutzblättchen zu kaufen, suchte entdeckt nach diesen „Neuigkeiten". Denn der die erste Seite füllende Artikel enthält allgemeine Lügen und Verleumdungen, die in der Hetzkampagne von den Leninbündlern und Sozialfaschisten in den letzten zehn Monaten gegen den ARB angewandt wurden. Die Herren in der Märkerstraße sind arg enttäuscht, denn auch beim besten Willen läßt sich aus diesen schmutztriefenden Anwürfen gegen die jetzige Leitung des ARB nichts machen. Man kann natürlich auch von dem Bäckerbundrat „Leninbündlern" nichts anderes erwarten, als daß sie der KPD die Schuld in die Schuhe zu schieben versuchen. Aber ehe sie zu dieser „Weisheit" gelangen, müssen sie selbst feststellen, daß die Genossenschaftsbürokratie und die SPD den Bankrott des ARB gewollt und planmäßig herbeigeführt hat. Dieses demagogische Märchen soll nur dazu dienen, ihren Teil der Schuld, den sie durch ihre gemeine und niederträchtige Hetze gegen die proletarische Mitgliedschaft des Hallischen Konsumvereins auf dem Kerbholz haben, zu verdecken. Das wird ihnen ebensowenig gelingen, wie den Sozialdemokraten und den übrigen Feinden der proletarischen Genossenschaftsbewegung. Die Genossenschaftsmitglieder und die Hallischen Arbeiter werden auch mit diesen Kläffern fertig werden.

Schlachtfest in der Hauptbahnhofswirtschaft. Herr H. Buchholz, Inhaber der Hauptbahnhofswirtschaft Halle, veranstaltet am Donnerstag, dem 5. Februar, in den beim Publikum sehr beliebten Gaststätten unseres Hauptbahnhofes wieder ein Schlachtfest.

Die SPD ringt um die nationale Volksseele

Nationalistischer Konkurrenzkampf mit Biergläsern und Stuhlbeinen

Mit marktschreierischer Reklame führen die Sozialdemokraten und ihre Presse einen Feldzug gegen den Nationalsozialismus zur Rettung des „wahren Nationalismus". Beide faschistische Parteien sind bemüht, ihren Nationalismus, d.h. ihre Verdienste auf dem Gebiete der Rettung des kapitalistischen Deutschlands und der Niederknüppelung der revolutionären Arbeiterschaft in den Jahren 1918—19, nach allen Regeln der Kunst unter Beweis zu stellen. Gestern konnte man in Halle wieder einmal das ergötzliche Schauspiel eines

nationalistischen Wettrennens zwischen der äußerlichsten Sozialdemokratie und den Predigern des Dritten Reiches,

den Nationalsozialisten erleben. SPD, Reichsbanner, reformistische Gewerkschaften, sozialistische Studentenschaft riefen das Volk auf, um in einer gemeinschaftlichen Kundgebung den beklagten Nationalismus der Sozialdemokraten reinzuwaschen. Die sozialfaschistischen Deutschlandretter riefen und das nationalistische Gesocks jeglicher Färbung kam angelaufen. Mit Ausnahme vielleicht weniger SPD-Arbeiter waren alle Besucher, die den monarchistischen Major Anker gestern im Neumarktlichtspielhaus hören wollten, von echter nationalistischer Begeisterung beseelt. Natürlich waren auch die Nazis vertreten.

Das Thema, über das der Major Anker, ein kleines, aber schneidiges Männchen, sprach, besagte sich mit der Frage „Wer sind die wahren Novemberverbrecher?". Der Parteisekretär Petsch begrüßte der neugebackenen sozialdemokratischen Major, der sogar im Nachrichtendienst des Großen Hauptquartiers tätig gewesen sein soll und stellte ihn der versammelten nationalistischen Meute mit tutschem Händedruck vor. Dann legte der Major los, um die „historische Lüge über die sozialdemokratischen Novemberverbrecher von 1918 zu zerrücken. Dieser kleine Major Anker ist in der Tat ein strammer Militarist, auf den der Holzhacker Wilhelm II. sicherlich stolz gewesen ist. Heute sind die Sozialdemokraten stolz auf ihn. Daß Major Anker die Tradition des alten Kaiserreiches hochhält, bewies seine Erklärung,

daß er das „alle Nest", wo er herkomme, nicht beschmutzen wolle.

Na, das wäre ja auch nicht schön gewesen, wenn der tapfere Major oder einer seiner sozialdemokratischen Gesinnungsgenossen auf das alte monarchistische Nest — pfeifen würde. Er verteidigte die heldenhafte Haltung der Sozialdemokraten während des Krieges und nach dem Kriege im Dienste unseres „lieben deutschen Vaterlandes". Nur mit Mühe und Not habe die SPD die neue republikanische Reichsform schaffen können. Es sei auch nicht schön, die Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen" zu bezeichnen. Ein Redner zischte: „Für Crispien gibt es kein Vaterland". Major Anker dieser

Irrtum Crispiens von Anker sofort richtig gestellt.

Crispien habe das selbstverständlich nicht so gemeint, er habe zum Ausdruck bringen wollen, daß er für ein Vaterland eintreten, dem man sich wohlfühlen könne. So erhielten die vom Nationalismus aufgeblähten sozialdemokratischen Spießer zum Gesinnungsgenossen Nazis und ihrer Majorgenossen eine Kostprobe feige noch der anderen. Von welchem Schrot und Korn diese Major ist, das beweist auch seine Aeußerung, daß die Sozialdemokratie 1918 und 1919 „viel zu milde" vorgegangen sei. Der alte der Meinung, daß die Bluterbeit Rosa Luxemburgs, Liebknechts und Rosa Luxemburgs nicht genügt haben. Er schloß seine ruhmreichen Ausführungen mit dem Hinweis, daß man alles tun werde, damit die „gesamte Volksseele" in den Dienst der Gesundung des Volkstaates gestellt werde. Die nationalistische Meute jubelte wie besessen Beifall.

Am Schluß der Versammlung argumentierten dann die Nationalsozialisten und die sozialdemokratischen Nationalisten mit Biergläsern und Stühlen. Es kam zu einer wüsten Schlägerei, in der sich selbstverständlich die Nazis besonders hervortaten. Die Hatz hatte sich noch eine Rotte Nazis versammelt, um den nationalistischen Konkurrenten einen Angriff durchführen zu können. Plan scheiterte aber durch das Dazwischengreifen der Polizei. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

So hatte die Sozialdemokratie wieder mal ihre „nationale Seele" gerettet.

Selbstmord zweier Frauen

Gestern gegen 11 Uhr wurde eine 55jährige Witwe in ihrer Wohnung in der Leipziger Straße tot aufgefunden. Sie hat sich mit Gas vergiftet. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Gegen 12.30 Uhr stürzte sich eine 45jährige Ehefrau aus Bitterfeld, die sich hier bei ihrem in der Delitzscher Straße wohnhaften Vater besuchsweise aufhielt, aus der im 4. Stock gelegenen Wohnung auf den Hof. An den Verletzungen starb sie.

Eine neue Niederlage der Antibolschewisten in der ADK

Die antibolschewistische Liga innerhalb der ADK Halle, bestehend aus den reaktionären Unternehmervertretern mit dem Syndikus Grübler an der Spitze, dem christlichen Vorsitzenden und Morphinisten Paul Zwanzig und dem Sozialfaschisten Fischer, hat gestern wieder eine fürchterliche Niederlage einstecken müssen. Nachdem der pompös aufgezogene ADK-Prozeß gegen Pfeifer und Kleemann wie ein Kartenhaus zusammengebrochen war und mit einer unterirdischen Blamage der politischen Schieber innerhalb der ADK endete, mußte es sich vor einigen Tagen der Musterschütz Paul Zwanzig gefallen lassen, vom bürgerlichen Klassengericht wegen Vergehens gegen das Opfergesetz verdonnert zu werden.

Das war die zweite Niederlage, die dieses antibolschewistische Konsortium einstecken mußte. Die dritte Niederlage holten sie sich gestern vor dem Amtsgericht in Halle, vor dem sich der kommunistische Abteilungsvorsteher, Genosse Kölz, wegen Vergehens gegen den Paragraph 141 der Reichsversicherungsordnung zu verantworten hatte. In diesem Prozeß waren 12 Zeugen geladen. Genosse Kölz sollte unter Bruch des Amtsgeheimnisses für den „Klassenkampf" einen Artikel geschrieben haben, der sich mit der Krankheit des Zeugen Lauschk, der diese Anzeige gegen den Genossen Kölz erstattete, befaßte. Lauschk gab vor Gericht zu, daß er den Genossen Kölz angezeigt habe, auf Grund seines Gesundheitszustandes dafür eingesetzt zu werden, er (Lauschk) als Leiter des Erholungsheimes nach Bodkwitz geschickt werden möge. Dieser Lauschk wußte als verantwortlicher Leiter der ADK genau, daß an keine Einweisung nach Bodkwitz zu denken ist, selbst wenn auch nur von seiten des Arztes die Feststellung für Tuberkulose vorhanden ist. Und dieser Mann kommt bei dem Genossen Kölz privat um die Stelle als Bodkwitz.

Nach seiner gestern vor Gericht zum Ausdruck gebrachten Ansicht soll dieses Ansinnen kein privates, sondern halbamtliches gewesen sein. Lauschk wurde später von dem „dicken Mann" auch Kölz, dem gelben Landkrankenkassendirektor Langer, der seine anderen Firma für Draufschein kann, als wie die Residenz Cöthen, um Ausweisung des Genossen Kölz kommandiert, da er den Bestätigungsschein „privater-halbamtlicher" Angestellter bei der ADK erhielt. Langer als Zeuge auftretende Lauschk scheint es mit seinen eidlichen Aussagen auch nicht allzu genau zu nehmen. Wenn es angeblich das Bestreben auch für Lauschk verständlich ist, warum er sich nur Genossen Kölz Politur haute, um ein obiegendes Urteil gegen Kölz zu erwirken, mußten die Auslagen der Zeugen Ebeling und Klaus nicht erst für ihre Personen zahlt.

Besonders hervorgetan haben sich die Renegaten Claus und Ebeling, der sich in Gemeinschaft mit Lauschk schon schriftlich bemühte, der ADK um die Uebertragung der Stelle des Genossen Kölz bemorben hat, versuchte diesen noch besonders zu belasten, indem er behauptete, Kölz sei tagtäglich nach der Produktivgenossenschaft gegangen und habe auch Angestellte der Kasse dazu benutzt, Artikel für „Klassenkampf"-Redaktion zu überbringen. Dieser Schnüffler wird wohl bald seinen wohlverdienten Orden von der faschistisch-gelben Koalition unter Führung von Zwanzig erlangen. Der Mann Wohlwollen der Unternehmer hat er sich ebenfalls schon durch rücksichtslose Eintreibung der Beiträge erworben. Die Rechnung durch den humanen Claus'schen Beitragseinzug gehen in die Tausende. Ein großer Teil der Rückstände ist vom Vorstand unerbittlich niedergeschlagen worden. Gegenüber dem ARB hat die schärfsten Halsabschneidermethoden durchdrücken wollen.

Den Gipfel der Niedertracht bildete ein von der SPD-Fabrikzeitung „Protokoll", welches für den Ausschluß der Genossen Kölz und Wiechmann als Begründung dienen sollte. In dem Protokoll behauptet, daß die Genossen Kölz und Wiechmann angeblich „Klassenkampf"-Artikel geschrieben zu haben. Das Protokoll ist plumper Schwindel. Trotzdem behaupteten fast sämtliche der ADK beschäftigten Belastungszeugen, daß die Ausführungen des Protokoll der Wahrheit entsprächen. Die der Betriebsrat angehörenden sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder wollten jedoch diese Behauptungen der Mustergewerkschaftler bei Eid nicht, daß selbst im Urteil festgestellt werden mußte, daß die Bestrebungen der Gegnerschaft unter den ADK-Angestellten zu finden waren, die die Gegnerschaft zu dem Genossen Kölz zum Ausdruck gebracht haben. Genosse Wiechmann konnte nicht vernommen werden, weil er das famose Protokoll ebenfalls der Täterschaft bezichtigt wurde.

Der Gauleiter Kühler, der jedenfalls keine Lust hatte, mit Lauschk, Ebeling und Claus Sympathien zu schüren, hatte es vorgezogen, sich für sein Nichterscheinen zu entschuldigen. Der Prozeß endete, wie auch nicht anders zu erwarten war, mit einem Freispruch des Genossen Kölz und mit einer Riesenblamage der Kommunistenfresser in der ADK.

Der Genosse Kölz brandmarkte bei seiner Verteidigung nicht die Gewerkschaften, die nicht nur mißliebige Gewerkschaftler ausschalten, sondern die Ausschlußverhandlungen zu einem Hochverratsgericht entwickeln, absichtlich gefälschte Protokolle nicht nur zur Belastung an die Zentralleitung leiten, sondern auch bei Ausschlußverhandlungen positiv mit diesen Protokollen belasten.

Arbeiterinnendelegierte!

Heraus zur Delegiertinnenversammlung des Ortskomitees werktätiger Frauen am Dienstag, dem 3. Februar, 20 Uhr, im Produktivsaal. Thema:

Anklage gegen den Sozialfaschismus!

Erscheint restlos!

Ortskomitee werktätiger Frauen, Halle.

Ein neuer Angriff gegen die Hallischen Mieter

Die ausgesteuerten Erwerbslosen sollen um einen Teil ihrer Lohnsteuerrückerstattung geprellt werden

Wie wir in Erfahrung gebracht haben, bereitet der Magistrat der Stadt Halle eine Reihe von Maßnahmen vor, durch die vor allem die Mieter und die ausgesteuerten Erwerbslosen betroffen werden sollen. Der Magistrat plant eine Erhöhung der Mieten für die städtischen Wohnungen. Bekanntlich ist für alle die Wohnungen, die in den Jahren von 1918 bis 1923 geschaffen worden sind, ein Mietzins von 5 Mark pro Quadratmeter festgelegt worden. Jetzt soll dieser Mietzins von 5 auf 6 Mark pro Quadratmeter erhöht werden. In den Wohnungen mit Kachelöfen soll der Mietzins 6,50 Mark betragen. Auch die Sozialdemokraten sind für diesen neuen Anschlag gegen die Mieterschaft der städtischen Wohnungen. Der Vorschlag der SPD geht dahin, die Erhöhung der Mieten allgemein von 5 auf 6 Mark vorzunehmen. Das würde bedeuten, daß die Mieter der städtischen Wohnungen jährlich bis zu 70 Mark mehr Miete bezahlen müssen. Die Sozialdemokraten sind bereit, der werktätigen Bevölkerung Halles jede Neubelastung aufzubürden, damit es gelingt, den Hungeretat für das Jahr 1931/32 zu balancieren. Die Mieter der städtischen Wohnungen müssen gegen diesen neuen Anschlag, den der Magistrat mit Unterstützung des Bürgerblocks und der SPD gegen sie vorbereitet, entschieden Front machen!

*

Wenn die ausgesteuerten Erwerbslosen auf die Zurückerstattung der zuviel gezahlten Lohnsteuer für das Jahr 1930 rechnen, dann haben sie diese Rechnung ohne den Hallischen Magistrat gemacht. Der Magistrat befaßt sich nämlich mit der Absicht, allen den ausgesteuerten Erwerbslosen, die Wohlfahrtsunterstützung beziehen, einen Teil der Lohnsteuerrückerstattung abzuknöpfen und gleich bei der Auszahlung derselben einzuziehen. So will man mit den Aermsten der Armen verfahren, die sich in der verzweifeltsten Notlage befinden und damit rechnen, mit den paar Mark Lohnsteuerrückerstattung sich einmal richtig satt essen oder einige dringende Anschaffungen machen zu können.

Der reaktionäre Rive-Magistrat und seine getreuen Helfer aus dem Lager des Bürgerblocks und der Sozialdemokraten wollen eben den Werktätigen den letzten Groschen aus der Tasche ziehen.

Das Young-Elend wird durch die räuberische Praxis dieser Arbeiterfeinde in den Gemeinden auch verschärft. Der finanzielle Zusammenbruch des Reiches, der Länder und vor allem der Gemeinden soll auf Kosten der werktätigen Massen aufgehalten werden. In den Gemeinden, die bankrott sowieso pleite sind, werden die Vertreter der werktätigen Bevölkerung, die sich gegen die Ausraubung und Ausplünderung der Arbeitermassen wenden, ihrer Funktionen enthoben, gemaßregelt und verurteilt, damit die Bahn für die rücksichtslosteste und brutalste Belastung der minderbemittelten Bevölkerung freigemacht wird.

Die Antwort der Arbeiter und Angestellten, Beamten und Kleingewerbetreibenden auf diese Bankrott- und Hungerpolitik muß lauten: schärfsten Kampf dem reaktionären Magistrat und seinen sozialdemokratischen Lakaien!

Heute, 20 Uhr, öffentliche Versammlungen:

Massen heraus!

Lindenhof, Cröllwitz. Referenten: Franz Dietrich und Bernard Ko
Wintergarten. . . . Referenten: Erich Behnke und Karl Erl
Produktiv-Saal. . . Referenten: Ella Seidel und Otto Härtel,

Schaumburg, Möller und Peters werden aufgefordert, sich zu verantworten

Kampfbund gegen den Fasc

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310203-19/fragment/page=0006

Sozialdemokratische Korruption im Saalekreis

Die Korruptionsfälle sozialdemokratischer Posten-
in den Gemeinden nehmen von Tag zu Tag zu. Nach den
von der Verkom-missen in Brachwitz und Schleitau hat man
von der Gemeinde Mötzlich allerlei. Hier hat der alt-
Amts- und Gemeindevorsteher Paul Heinrich bis zum
vorigen Jahres auf Kosten der Gemeindesteuerzahler ein
schaftliches Regiment geführt. Paule, der „alles Kinnande und
Schlimme" handelte zum Beispiel bei der Vergebung der Ar-
zum Teich-schlemmen nach selbstfundenen Methoden. Er
dabei aber das Pech, daß, nachdem die Gemeindekasse um
Mark leichter gemacht worden war, sämtliche Belege über die
dieser Arbeiten auf „geheimnisvolle" Art und Weise
kamen. Von den anderen Mitbewerbern, die bei der
der Arbeiten nicht berücksichtigt worden waren, sind
sämtliche Unterlagen noch vorhanden. Auf Antrag
Fraktion in der Gemeindevertretung ist Herr Heinrich, der
als Amtsvorsteher fungiert, beim Landratsamt
worden. Aber der Herr Landrat Streicher hat als „Ge-
des guten Heinrich ansheinend Interesse daran gehabt, daß
Angelegenheit im Sande verläuft. Heinrich, der dann als Ge-
vorsteher abgelegt worden ist, stellte sich noch schützend vor
Paule, der nämlich sogar die Gemeinde übervorteilt
Die Sache ist dann dem Gericht überwiesen worden. Auch hier
die kommunistische Gemeindevertreter-Fraktion auf dem Stand-
daß nicht der Unternehmer, von dem auf Grund eingegan-
Verbindungen kein Pfennig zu holen ist, fordern der ehe-
Gemeindevorsteher für den zuviel gezahlten Betrag zu
hat. Dies um so mehr, als ein Gemeindeschöffe vorbestraft
wegen Betrugs bei irgendwelchen Unstimmigkeiten die Vertretung
Schluß zu machen mit der SPD, der Partei der Kor-
und der Arbeitervertrats. Alle klassenbewußten Arbeiter und
Parteimen gehören in die Kommunistische Partei!

Diemitzer Einwohner brandmarken Renegaten

In der Gemeindevertretersitzung in Diemitz wurden im
Tagesordnungspunkt die Wahlen für die Ausschüsse vorgenommen.
Genossin Hennsdorf wurde Genosse Hein, in den Wohlfahrtsausschuß
Fritz und in den Wirtschaftsausschuß Genosse Hingst gewählt.
wie man durch die Verschärfung der Geschäftsordnung, durch
Einladungen beitreten ist, die wertätigen Wähler von
fernzuhalten, war man auch bemüht, in die Ausschüsse
wenig Kommunisten hineinzunehmen. Eine schändliche Rolle
auch der aus der Kommunistischen Partei ausgeschiedene und
Vertreter am revolutionären Proletariat gewordene Renegat
Arbeiterfeind hat sich jetzt restlos entlarvt. Bei
Wahlen zu den Wahlen der Ausschußmitglieder prangte Silber-
der Wahlvorschlagslisten der bürgerlich-reaktionären Arbeitsgemein-
Während Silberberg sich weigert, sein Amt als Schöffe nieder-
so er ja nur durch die Kommunisten in das Gemeindeparlament
wurde, verbündet er sich mit den Sozialfaschisten und dem
bürgertum. Das ist der Weg aller Renegaten.

Die Diemitzer öffentliche
Einwohnerversammlung nahm zu diesem Fall Stellung.
Allen Anwesenden wurde das schändliche Verhalten Silberbergs
Scharfste verurteilt. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur
Die versammelten Diemitzer Einwohner protestieren aufs schärfste
das Verhalten des ehemaligen kommunistischen Gemeinde-
und jetzigen Schöffen Karl Silberberg. Silberberg hat durch
Zusammengehen mit der arbeiterfeindlichen Fraktion der Arbeits-
bewiesen, daß er sich zum Handlanger der Sozialfaschisten
und reaktionären Bürgertums entwickelt hat. Die Versammlung
Silberberg auf, das ihm von der Kommunistischen Partei auf-
Mandat sofort niederzulegen, da er nicht mehr das Vertrauen
revolutionären Arbeiterschaft von Diemitz besitzt."

Wieviel wollen und können die Negersteuer nicht bezahlen?

Der Magistrat der Stadt Halle und die ??000 Einsprüche gegen die Negersteuer — Werktätige, löst das Zahlenrätsel, indem ihr massenhaft Einsprüche gegen die Negersteuer erhebt

Die Pressestelle des Magistrats läßt der Redaktion des „Klassenkampf" folgende Mitteilung zugehen:

„Sie sprechen verschiedentlich von 15 000 Einsprüchen gegen die Negersteuer. Abgesehen davon, daß die Zahl unrichtig ist, handelt es sich gar nicht um Einsprüche, sondern um gesetzlich begründete Anträge auf Befreiung, mit denen von vornherein gerechnet worden ist. Letztere wiederum nehmen Bezug auf die in der Notverordnung aufgezählten Befreiungsgründe."

Was will nun der Magistrat mit dieser äußerst merkwürdigen Richtigstellung überhaupt sagen? Die Meldung von den 15 000 Einsprüchen gegen die Negersteuer erschien zuerst in der bürgerlichen Presse und wurde dann auch von einer bürgerlichen Nachrichtenagentur weiterverbreitet. Die „Hallischen Nachrichten" z. B. schrieben sogar davon, daß die Einsprüche gegen die Bürgersteuer täglich zunehmen und die Zahl 15 000 bald überschritten sein werde. Diese Mitteilungen sind unwidersprochen geblieben. Erst, nachdem der „Klassenkampf" die Tatsache einer derartig hohen Zahl von Einsprüchen gegen die Negersteuer dazu benutzt hat, um

die wertätige Bevölkerung Halles zum weiteren verschärften Kampf gegen die Diktatursteuern aufzufordern,

sah sich der Magistrat, dem es anscheinend sehr unwohl zu Mute geworden ist, genötigt, der Presse obige originelle Mitteilung zugehen zu lassen. Im Grunde genommen sind wir dem Magistrat für diese Mitteilung sehr dankbar. Denn sie ist eine Bestätigung dafür, daß in Halle viele Tausende von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Kleingewerbetreibenden keine Negersteuer bezahlen können.

Es fragt sich nun bloß, in welcher Form die Anträge auf Befreiung von der Negersteuer gestellt wurden und wie hoch sich die Zahl der Antragsteller beläuft. Hört es sich nicht geradezu komisch an, wenn der Magistrat feierlich erklären läßt, daß es sich gar nicht um Einsprüche gegen die Negersteuer handelt, sondern daß es lediglich „gesetzlich begründete Anträge auf Befreiung" seien, mit denen man „von vornherein gerechnet" habe. Nun, es wäre ja auch allerhand gewesen, wenn sich der Magistrat eingebildet hätte, daß alle Steuerzahler im Sturmschritt angelaufen kommen, um dem Magistrat die Negersteuerbeträge auf den Tisch zu legen. Wie sieht es aber nun mit den Einsprüchen? Nach dem unerschrockenen Rückzug des Magistrats sollen die Anträge auf Befreiung von der Negersteuer auf einmal keine Einsprüche sein. Ja zum Teufel noch eiemal, welcher Unterschied besteht denn überhaupt zwischen einem Einspruch und einem gesetzlich begründeten Antrag auf Befreiung?

Ob Einspruch oder Antrag auf Befreiung, es bleibt nicht gehüpft wie gesprungen?

Die „gesetzlich begründeten" Anträge, warum werden sie denn überhaupt gestellt? Weil die Antragsteller entweder kein Geld haben, um die Negersteuer bezahlen zu können, oder aber auch, weil sie diese reaktionäre Steuer nicht bezahlen wollen. Wenn jemand noch so viel Einkommen hat, daß er gerade zum der Hand in den Mund leben kann, dann ist doch bei weitem noch nicht gesagt, daß er die Negersteuer ohne weiteres zu bezahlen gewillt ist, etwa weil er an ihr Gefallen findet? Für so töricht sollte der Magistrat die Steuerzahler nicht halten, denn auch für diese Steuerzahler bedeutet

die Negersteuer eine unerträgliche Belastung.

Und gerade deshalb stellen auch sie Antrag auf Befreiung von der Negersteuer oder erheben gegen sie Einspruch. In diesen Fällen muß allerdings die „Gesetzmäßigkeit" nicht anerkannt. Und dann stellt sich der Magistrat hin und posaunt in die Welt hinaus, daß es sich gar nicht um Einsprüche handele und die Zahl 15 000 auch nicht stimme. Sollen es etwa keine 15 000 sein? Wieviel sind es denn, werter Magistrat! Warum wird denn die richtige Zahl der gestellten Anträge nicht genannt? Wenn es nicht viel sind, dann kann man sie doch schnell einmal durchzählen. Das geht doch fix und erfordert keine große Mühe.

Sind es aber sehr viel, dann macht es schon einige Schwierigkeiten, um die richtige Zahl festzustellen, zumal, wenn täglich neue Anträge einlaufen, was offenkundig der Fall ist. Übrigens geht aus der Aeußerung des Magistrats, daß „die Zahl 15 000 nicht stimme", keineswegs hervor, ob die Zahl nun in Wirklichkeit niedriger oder höher ist. Wenn die Zahl niedriger wäre, dann hätte man sie sicherlich genannt.

Die Zahl 15 000 scheint aber bereits schon weit überschritten zu sein, denn der Appell der kommunistischen Kommunalfunktionäre, den Eintreibern der Diktatursteuern Schwierigkeiten zu bereiten, hat unter der werktätigen Bevölkerung gewaltigen Widerhall gefunden.

Uns werden neuerdings auch Fälle bekannt, bei denen der Magistrat gesetzmäßig gestellte Anträge auf Befreiung von der Negersteuer als „unbegründet" zurückweist. Auf diese Weise kann man allerdings erreichen, daß die Zahl der anerkannten Einsprüche gegen die Negersteuer nicht ins Riesenhafte steigt.

Wie dem auch sei: Der Hallische Magistrat ist über die zahlreichen Einsprüche gegen die Negersteuer äußerst ungehalten. Er wird der Hallischen bürgerlichen Presse wohl sehr böse sein, weil sie durch die Veröffentlichung der Zahl verursacht hat, daß vor allem durch die Propaganda der Kommunisten

der Widerstand der Massen gegen die Diktatursteuern immer größer wird.

Wir stellen das mit äußerster Befriedigung fest und wünschen nur, daß sich der Magistrat bei der Erledigung der unbeziehungsvollen Anträge auf Befreiung von der Negersteuer recht wohlfühlt und als Lohn für den Schweiß und die Mühe möglichst — nicht zu den Steuergeldern kommt!

Polarfüchse im Zoo

Bei der großen Bedeutung, die dem Pelzhandel in der Jetztzeit zukommt, ist es nicht verwunderlich, daß sich die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die für Pelzgewinnung wichtigen Tierarten richtet. Immer neue Tierarten werden in Farmen gehalten und gezüchtet, da die Ausbeute in der freien Wildbahn schon lange nicht mehr den Bedarf decken kann. Auch in Zoologischen Gärten wird eine ganze Reihe von Pelztieren gehalten, so bei uns außer deren auch der Silberfuchs und der durch Kreuzung des Silberfuchses mit dem Rotfuchs entstandene Kreuzfuchs, beide sehr wertvolle und geschätzte Pelzfellerzeuger. Zu diesen und den ebenfalls vorhandenen einheimischen Rotfüchsen ist jetzt ein Paar der seltener gezeigten Polarfüchse gekommen, und zwar handelt es sich um Eis- oder auch Weißfüchse, die den Blaufüchsen entweder sehr nahestehen oder nach Ansicht anderer Autoren nur eine Farbvariation von ihnen darstellen. Bemerkenswert ist an den Weißfüchsen, daß sie im Sommer eine bräunlich-graue Farbe aufweisen und erst im Winter ihr prachtvolles schneeweißes Fell bekommen. Die Tiere sind nicht sehr scheu, selbst in der Freiheit sollen sie sich durch große Dreistigkeit den Menschen gegenüber ausgezeichnet.

Wohnungseinbrecher geschnappt

Am Nachmittag des 26. Januar wurden aus einer Wohnung Am Steintor durch Einbruch mehrere Anzüge gestohlen. Dieser Einbruch wurde aufgeklärt und ein Teil der gestohlenen Sachen, die in Halle sofort versetzt worden waren, wieder herbeigeschafft. Die Täter sind Magdeburger, die sich hier einige Tage besuchsweise aufgehalten haben. Sie sind in Magdeburg festgenommen worden und geständig.

Einmaliges Gastspiel Paul Wegener im Stadttheater. Am kommenden Mittwoch gastiert Paul Wegener und sein eigenes Ensemble im Stadttheater in Friedrich Hebbels Bürgerlichem Trauerspiel „Maria Magdalene". Paul Wegener, der den Meister Anton spielen wird, dürfte in Halle von seinen früheren Gastspielen der noch in bester Erinnerung stehen.

Die Organisationen rufen!

Internationale Arbeiter-Hilfe

Nordhausen, am Dienstag, dem 3. 2., 20 Uhr, im Gasthof „Hoffnung", Auftreten der „Kolonne Links". Referent Genosse Dornberger.

Bülzdorf-Reideburg, am Dienstag, dem 3. 2., 17 Uhr, im Lokal Schröder, Filmvorführung für Kinder, veranstaltet von der Kindergruppe der IAH. Referent Genosse Füllner.

Hoff, am Mittwoch, dem 3. 2., 20 Uhr, bei Wiegel, Unterburg 12, große Funktionärsitzung aller Ortsteile von Hoff. Tagesordnung: Kampf gegen Faschismus, Reichstagswahlen, Bericht von der Sozialkonferenz usw. Referent Genosse Dornberger.

Halle, am Mittwoch, dem 4. 2., 20 Uhr, im „Volkspark", Auftreten der Berliner Agitprop-Truppe „Kolonne Links". Referent Genosse Dornberger.

Bitterfeld, am Mittwoch, dem 4. 2., 20 Uhr, im „Roßhaus", Mitgliederversammlung. Um 19 Uhr Funktionärsitzung. Referent Genosse Winkler.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit

Bitterfeld, Montag, 2., 17 Uhr, Lokal Volkshaus.

Halle a. S., Mittwoch, 4., 18 Uhr, Lokal Volkspark.

Teplitz, Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet in der Gemeindeschänke unsere Mitgliederversammlung statt. Alle Mitglieder haben restlos zu erscheinen. Referent anwesend.

Rundfunk-Programm

Dienstag, 3. Februar

10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.10 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.45 Uhr: Gartenturnübungen im Februar. 11 Uhr: Wirtschaftsnachrichten anschließend das Programm des Mitteldeutschen Rundfunks-AG. Anschließend: Schallplattenkonzert. 12 Uhr: Eine Stunde Franz Lehar (Schallplatten). 13.55 Uhr: Hausner Zeitzeichen (Schalt 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervorausage. Presse- und Wirtschaftsdienst. Anschließend bis 14 Uhr: Mittagskonzert (Schallplatten). Funkkapelle um 4. Februar 1931 (Schallplatten). 14.15 Uhr: Musikalische Feuerschlummern. 15 Uhr: Gymnastik für turnerischen Kinderunterricht. 15.40: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Bericht und Reise: Bergsteigen Reisen in Innerindien. 16.30 Uhr: Romantische Musik. 17.30—17.35 Uhr: Wettervorausage und Zeitangabe. 17.35 Uhr: 28 tschechoslowakischen 18.05 Uhr: Frauenfunk. 18.30 Uhr: Sprachkunst: Französisch. 18.50 Uhr: Wir lesen Auslunft — 19 Uhr: Zum 10. Todestage Carl Hauptmann. Frau Maria Hauptmann liest. 19.30 Uhr: „Reichsmannschaftsdienst". 20.30 Uhr: Ich war dabei: Deutschland tritt in den Völkerbund ein. (Tonfilm-Wochenschau in Genf im September 1926.) 21 Uhr: Arien- und Duettsänge. 22.10 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 23.30 Uhr: Unterhaltungskonzert.

Mittwoch, 4. Februar

10 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.10 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.50 Uhr: Musik der Hausfrau. Gymnastiken im Haushalt. 11 Uhr: Wirtschaftsnachrichten außerdem das Programm der Mitteldeutschen Rundfunk-AG. 11.45 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12 Uhr: Lieder und Balladen (Schallplatten). 12.55 Uhr: Hausner Zeitzeichen (Schalt 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervorausage. Presse- und Wirtschaftsdienst. Anschließend Operetten und Tanzmusik (Schallplatten). 14 Uhr: Wie soll man neue Musik hören? 14.30 Uhr: Jugendfunk. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Für Stenographen und Tippbrüder. 16.15 Uhr: Eine Viertelstunde Verkehrsunfälle. 16.30 Uhr: Kenaris. 17.30: Wettervorausage und Zeitangabe. 17.35: Wirtschaftsnachrichten. 18 Uhr: Pädagogischer Funk. 18.30 Uhr: Sprachkunst. 18.50 Uhr: Wir geben Auskunft. 19 Uhr: Die Stellung der Landwirtschaft in der deutschen Volkswirtschaft. 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.15 Uhr: Kurz kleine Spiele. 21 Uhr: Vom Tage. 21.10 Uhr: Kurt Thomas Studie. 22 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 24 Uhr: Barnabas von Geczy spielt mit seinem Orchester. Dazwischen: Die Comedian Harmonists.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und Feuilleton. Bruno Kühne, Halle, für Lokales und Sport; Otto Geidel, Halle, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebs- und Gewerkschaftsteil; Arthur Buxtorf, Halle, für Anzeigenteil.

Theater, Konzerte, Vorträge

Stadttheater: „Kater Lampe"

Komödie in vier Akten von Emil Rosenow. — Spielleitung: Ella Rochel-Müller.

Rosenows literarische Tätigkeit währte nur kurze Zeit. Er starb mit 40 Jahren, erst 35jährig, als sozialdemokratischer Abgeordneter des Reichstags. Es ist deshalb unmöglich, über seine Werke ein endgültiges Urteil fällen zu können. In dem sozialen Drama „Die Schatten leben" machte er den Versuch, die Not und die Leiden des Proletariats dichterisch zu gestalten. Dieses Werk gewann eine führende Rolle — aber Rosenow vermied dabei ebenso jede Stellungnahme in seinem mit großem Schwung und Verlogenheit geschriebenen „Webern" ängstlich jedwede politisch-tendenziöse Stellungnahme. Es fehlte die revolutionäre Absicht das Leiden der Ausbeutung und Unterdrückung nicht nur zu zeigen, sondern auch dessen Beseitigung zu fordern. So blieb Rosenow in seinen Webern im wesentlichen ein vortrefflicher Milieuschilderer.

Eine Komödie „Kater Lampe" spielt in einem Dorfe der Spielzeitindustrie des sächsischen Erzgebirges. Rosenow, damals in Berlin, als sozialdemokratischer Redakteur tätig, lernte das Elend und die Sorgen der Proleten der Spielwarenindustrie kennen. In dieser Komödie verfolgt er es, das ärmliche Leben dieser Arbeiterfamilien, die durch mühsame Arbeit, zu der auch die Kinder angezogen werden müssen, ihr tägliches Brot verdienen, mit lebendigen Farben zu zeichnen. Es ist aber gleichzeitig auch eine aussagekräftige Satire auf die vor 30 Jahren in dieser Gegend herrschenden Verhältnisse. Die „Staatsgewalt" wird hier durch einen verbitterten, aber sich in der Würde seines Amtes gefallenden Gemeindevorstehers und eines vertrottelten im Dienste des Gemeindevorstehers Kartoffel schälenden Gemeindediener verkörpert. Aber trotz aller sozialen Lebensunterschiede ist der Spielwarenindustrie gibt es hierbei fei-erlei Unterschiedungen. Der „soziale Konflikt" zwischen den Arbeitern und Pächtern und dem profitsüchtigen Kapitalisten entbrennt. Der Unfall des ein einem armen Drechslergesellen geborenen trunkenen Kater anrichtet.

Es kommt alle in der Hauptsache ein amüsantes und beschwingtes Unterhaltungsstück heraus, das durch gute schauspielerische Leistungen in seiner Wirkung noch erhöht wird. Fritz Hellmann gab mit einem prachtvollen Gemeindevorstand, der in all seiner Schlichtheit und Wichtigkeit zum Gepöbel der Dorfbewohner wird, Kater Lampe. Die nette Sicht Anni Collini-Senden als Frau Grimsicker die mit ihrem herben Mundwerk manchen Witz heraushaut. Den schlafmützigen und vertrottelten Diener hätte wohl kaum einer wirkungsvoller wiedergeben können als Robert Jung? Rudolf Massias als gegen die Spielwarenunternehmer (Alfred Durra) rebellierender Hardwerksmeister, seine vor Sorge und Gram verhärmte Frau (Halte Helfer) und die tragische Gestalt des Dreschergesellen (Wolf Lieber, schien für diese Rolle geradezu geboren), dessen einziges Wesen, an dem er mit Liebe hängt, er, neben durchaus echte und humoristische Gestalten Wagners flatschsüchtige Frau des Gemeindedieners waren ebenfalls vortreffliche Leistungen. Einen urfidelen Landbriefträger verkörperte Otto Tiedemann.

Elsa Rochel-Müllers Spielleitung brachte eine flüssige Aufführung zustande. Die Bühnenbilder, die das soziale Milieu des Stückes treffend unterstrichen, stellte Peter Krausen.

— zh —

Walhalla-Theater: Die „Fischingslee"

Die in Halle weilenden Gäste des Wiener Apollotheaters verhalfen auch dieser Operette wieder zu einem Erfolg. Der Beifall setzt schon während der ersten Szenen ein. Die Musik von Emmerich Kalman tut das ihrige, um das Publikum in die rechte Stimmung zu versetzen. Walter Swoboda wird, wie immer, gleich bei seinem Erscheinen mit Beifall begrüßt, dem er wieder durch seine unwiderstehliche dermaßen Beweglichkeit und seinen glänzenden Humor gerecht wird. Auch Mimi Brix in der Hauptrolle gefällt, wenn auch der Text manchmal bedrohlich die Grenze des Kitsches streift. Ihr Partner, Viktor Norbert, als „akademischer Maler" dürfte gerade in diesen Situationen weniger süßlich sein. Ein wenig mehr Zurückhaltung wäre am Platze, sonst wird die Sache zu unwahrscheinlich; wie das Bemerkungen aus dem Publikum beweisen. Paul Guttmann, der die Operette in Szene setzte, und Hans Bergmann heimsen in ihren komischen Rollen wieder beträchtlichen Beifall ein, weil sie für die genügende Dosis Humor sorgen. Zum Schluß wollen wir noch Dolly Falbe erwähnen, die auch in einer Nebenrolle sich zu behaupten weiß, inrühend und temperamentvoll als die kleine Choristin in chronischer Eifersucht.

Das Ganze unterstützt mit dem Walhalla-Orchester Kapellmeister Max Kirr, der zum Schluß ebenfalls vor die Rampe gerufen wird, durch den Beifall des ausverkauften Hauses.

Ki.

Neuerwerbungen der Städtischen Bücherei Hallmarkt

Erzählende Literatur. Thieß: Abschied vom Paradies. — Treller: Das Kind der Prärie. — Walser: Die Geschichte der Anna Walser. Roman aus der Wende des 17. Jahrhunderts (Grisch). — Tolstoi: Gesamtausgabe der dichterischen Werke. 14 Bde. — Ausgewählte Werke der Kodelpreisträger. Bd. 1—4. — Wildgans: Gesammelte Werke. Bd. 1—3.

Belehrende Literatur. Tout: Das Biographisches Jahrbuch. Bd. 5. Das Jahr 1928. 1930. — Krieg: Indianerleben. Bilder aus dem Gran Chaco. 1929. — Melaer: Malaria, Gold und Opium. Mit Stähnerz bei lang Klang-Expedition in die unerforschte Mandjaland. 1929. — Blitzard: Fusian Ghost. 1930. — Knoll: Klima und Klimabeobachtung. 1930. — Schäfer-Cohn: Die Chemie im täglichen Leben. 1930 — Edari-Raigabar: Ein Führer durch das Schrifttum der Gegenwart. Aufl. 5. 1930. — Fehr: Die englische Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts mit einer Einführung in die englische Frühromantik. — Das Che-Buch: Eine neue Sammlung im Zusammenfang der Stimmen führender Kulturgenossen. 1926. — Mitefat: Die Befreiung des Sinnes. 1927. — Kritzmann: Die heroische Periode der großen russischen Revolution. Ein Versuch der Analyse des sowjetrussischen „Kriegskommunismus". 1926. — Reichert: Young Plan, Finanzen und Wirtschaft. 1930. — Weber: Reparationen, Young-Plan, Weltwirtschaft. 1930. — Bultmann: Ethos und Gesellschaft in Proverbia. Eine Paralleline des ethischen Gesamtlebens. 1929. — Roß: Traum für alle? 1929. — Bergshofen: Wirtschaft als Schicksal und Aufgabe. 1930. — Auenhofl: Der furchtlose Mensch. Eine Lehre vom Wachstum der Seele. 1930. — Stehert: Die Grundlagen der Charakterlehre. 1930 — Goldbeck: Die Welt des Knaben. 1928. — Ritter: Der Wasser-Ski-Sport. 1930. — Schmelina: Wir leben — wir lieben. 1930. — Miller: Jungerer Joseph. Mesfier Bathsebar Degenhart.

Werbt für den „Klassenkampf"

Rund um den Erdbal

Die Sachverständigen im Berliner Mordprozeß Ulbrich

Zur blutigen Mordtat getrieben ...

Durch Wirtschaftsnot und Wohnungselend zu „Verbrechern" geworden

Das Interesse der Oeffentlichkeit für den Mordprozeß gegen Lieschen Neumann, Stolpe und Benziger besteht unvermindert fort. Wie an allen bisherigen Verhandlungstagen, so war auch in der Frühe des Montagmorgens das sensationswütige Publikum auf den Beinen, um noch einen Platz im Zuschauerraum zu ergattern. Die ersten Zuschauer sammelten sich vor dem Eingang ins Gerichtsgebäude bereits nachts um 12 Uhr und warteten dort geduldig in der bitteren Kälte bis gegen 9.45 Uhr der Zuschauerraum geöffnet wurde. Es sind dies ausgehungerte Erwerbslose, die ihre Hungerunterstützung dadurch vermehren, daß sie ihre Plätze im Zuschauerraum an die reichen „Arbeitslosen", die mit ihren eleganten Automobilen gegen 10 Uhr vorfahren, verkaufen. Preise von 6 Mark und mehr werden gezahlt.

31 Händler wollen Stolpe helfen

Daß Stolpe nicht der schlechte Junge ist wie ihn die Sensationspresse der Satten und Nichtstuer hinstellt, geht aus einem Schreiben hervor, das von 31 Berliner Markthändlern des Wochenmarktes Badstraße unterschrieben ist. Stolpe war Kutscher auf diesem Wochenmarkt und die 31 Händler schätzten ihn als einen gutmütigen, zuvorkommenden, arbeitsamen und fleißigen Menschen. Sie haben, um diesem Jungen helfen zu können, die Unterschriften gesammelt und einen Händler als Leumundszeugen zum Prozeß entsandt.

Den größten Teil des vierten Verhandlungstages nahm das ausführliche Sachverständigengutachten Dr. Leppmanns in Anspruch. Von seiner Aussage hängt im wesentlichen das weitere Schicksal der Angeklagten ab, hinter denen drohend die Gestalt des Henkers steht, das mordende Beil in der Hand.

Bei allen drei Angeklagten ist das Hauptmotiv zur Tat wirtschaftliche Notlage, enge häusliche Verhältnisse, der Hunger nach einem besseren Leben. Alle drückte die Armut, hat zu Hause. Lieschen sagte mehrmals in der Verhandlung: „Wenn wir Geld gehabt hätten, dann ...". liegt das Leitmotiv zu ihrem Verbrechen. Hätten gehabt, brauchten sie nicht hungern, entbehren, die ungeschehen geblieben. Sie sind nicht schlechter als Jugendliche, deren Leben, genau so wie das ihrige, und Arbeitslosigkeit ist, die alle unter dem Joch des Young zu leiden haben.

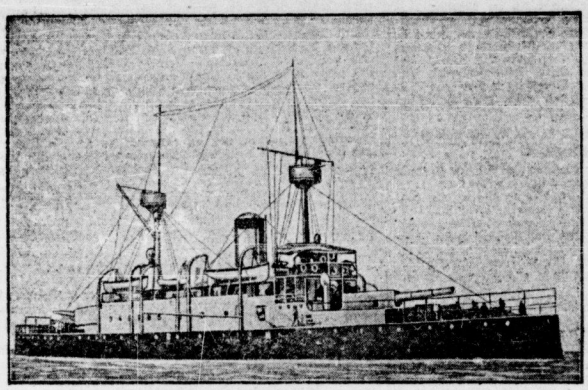
Sachverständige für Benziger

Benziger, der kleine, gutmütige Junge, dem wandten und Bekannten nie eine solche Tat zugetraut er ließ sich zu dieser entsetzlichen Tat hinreißen aus Lieschen feige zu erscheinen. Und diese Angst, als geiten, ließ die Angst vor der grauenvollen Tat überwinden. Er ist, wie sich der Sachverständige Abraham drückt, zu einer Tat getrieben worden, die nicht seine eigene. Ihm fehlt die volle Einsicht für die Strafbarkeit seines deins.

So einfach das Persönlichkeitsbild des Angeklagten ist, so schwer ist ein solches für die sechzehnjährige Lieschen zu den. Bei ihr wechselt Stimmung und Charakter in Sekunden auch die Verhandlungen mehr als einmal zeigen. Ebenso fließen ihr Tränen der Reue, der Angst und der Verzweiflung über die Wangen, schon lacht sie wieder und blickt interessiert sich. Dr. Leppmann faßt ihre Charaktereigenschaften in einen Satz zusammen: „Das einzig Beständige in ihrem Leben ist die Unbeständigkeit". Ihr muß man freie Willensbildung absprechen.

Im Gutachten schneidet Stolpe, als treibende Kraft bei Ermordung des Uhrmachers, am schlechtesten ab. Sein Gewissen ist so gut wie besiegelt. Er braucht keine Gnade zu erwarten. Man wird ihm volle Verantwortung für seine Tat zubilligen.

Mexiko verramscht seine „Kriegsflotte"



Die Pazifisten aller Länder stimmen zur Zeit ein großes Triumphgeschrei über den Verkauf der mexikan. Kriegsflotte an. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge so, daß Mexikos einzigstes Kriegsschiff, also der hier abgebildete 3200 Tonnen große Küstenpanzer „Anahuac" infolge seines respektablen Alters überhaupt keinen Gefechtswert mehr besitzt und darum als altes Eisen verkauft werden soll. Also mit dem Abrüsten der Imperialisten ist es wieder einmal nichts!

Ein ganzes Leben unschuldig hinter Zuchthausgittern

40 Jahre als Mörder festgehalten

Auf Grund von „Indizienbeweisen" vom Klassengericht seinerzeit verurteilt

Dessau, 2. Februar. Die bürgerliche Klassenjustiz, die bereits in unzähligen Fällen durch sogenannte „Indizienbeweise" Unschuldige zu langjährigen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilte oder sogar dem Henker überantwortete, ist jetzt wiederum durch das Eingeständnis eines Mörders gezwungen, ein körperlich und geistig vollständig gebrochenes Opfer der „Rechtspraxis" nach Verbüßung einer 40jährigen Zuchthausstrafe als völlig unschuldig entlassen.

Dieses kaum glaubliche Justizverbrechen ist in dem Dorfe Drosa im Kreise Cöthen geschehen. Dort war nun vor 40 Jahren ein junger Mann namens Thermann auf Grund von „Indizienbeweisen" zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden, weil er „überführt" war, eine Frau ermordet zu haben.

Als Indizien galten den Klassenrichtern von damals einzig und allein die Tatsache, daß er der Erbe der Ermordeten war. Es nützte ihm nichts, daß er seinerzeit leidenschaftlich immer wieder und jeder seine Unschuld beteuerte und als Täter seinen Pflegevater, einen Gastwirt in Neupzig, bezeichnete. Tatsächlich wurde der Gastwirt verhaftet. Doch der beteuerte ebenfalls seine Unschuld und führte drei Zeugen an, die bekunden sollten, daß er zur Zeit des Verbrechens in seiner Wirtschaft beschäftigt gewesen sei. Zwei der Zeugen beschworen, überhaupt nicht in der Wirtschaft gewesen zu sein. Der dritte Zeuge jedoch sagte unter seinem Eid aus, der alte Theermann sei in der Wirtschaft gewesen. Und auch die beide anderen Zeugen wären in der Wirtschaft gewesen, doch da der Besuch dieses Gasthauses den Angestellten der Domäne verboten sei, wollten sie es nur nicht eingestehen.

Daraufhin wurde der Gastwirt Theermann freigesprochen und die beiden Zeugen erhielten wegen Meineid längere Gefängnisstrafen. Nun erschien den Klassenrichtern von damals die Blutschuld des jungen Theermann einwandfrei erwiesen. Das Verfahren gegen ihn wurde wieder aufgenommen und endete mit seiner Verurteilung zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Nunmehr, nachdem er über 40 Jahre hinter Zuchthausgittern geschmachtet hatte, gestand ein Einwohner des Dorfes Schönebeck, der Mord an der Frau in Drosa verübt zu haben. Doch was nützt dieses Mordgeständnis noch dem durch die lange Zuchthausstrafe völlig körperlich und geistig zusammengebrochenen Theermann? Nichts. Ein bedauernswertes Opfer der „Rechtspraxis" der bürgerlichen Klassenjustiz ist also der „goldenen Freiheit" zurückgegeben worden. Zeitig genug, um — in „Freiheit" zu sterben.

Schneestürme in England

London im dichten Nebel

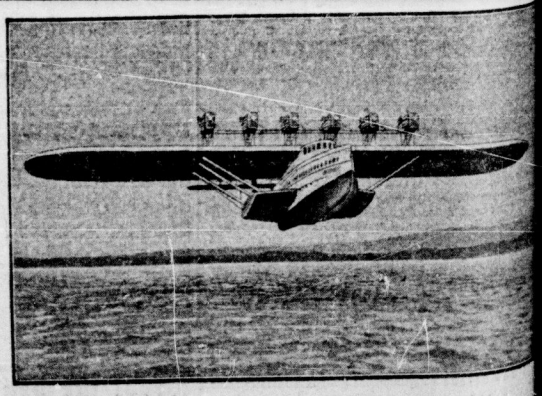
London, 2. Februar. Schottland und der Norden von England hatten während des Wochenendes unter schweren Schneestürmen zu leiden, die erhebliche Störungen im Verkehr hervorriefen.

Der Expreßzug von Inverneß nach London hatte eine Verspätung von dreizehn Stunden, da die Strecke vollständig verschneit war.

Gegen die Mittagstunde setzten sich plötzlich so dichte Nebelschwaden über London, daß die Straßen in völliges Dunkel gehüllt waren. Die seltsame Naturerscheinung dauerte etwas über eine Stunde.

Do X in Las Palmas

Das Riesenflugzeug Do X der Dornierwerke, das sich zur Zeit auf der Fahrt nach Südamerika befindet, hat die erste Etappe seines Ozeanfluges in Las Palmas beendet. Eine grobe Dünung, die sogar großen Dampfern das Auslaufen unmöglich machte, verhinderte am Sonntag den Start des Do X zur Weiterfahrt.



Plakatkrieg um Remarque-Film

„Diplomatische Beziehungen" zwischen Saarbrücken und Forbach abgebrochen

Saarbrücken, 2. Februar. Die Stadtväter von Saarbrücken einerseits und von Forbach in Lothringen andererseits haben die diplomatischen Beziehungen um den Remarque-Film „Im Westen nichts Neues" abgebrochen.

Zur Zeit tobt auf beiden Seiten ein heftiger Plakatkrieg. Der Oberbürgermeister von Saarbrücken hatte einem Kinobesitzer von Forbach die Plakatierung des Remarque-Films mit der Begründung verweigert, daß städtische Plakatsäulen nicht für „minderwärtige" und „ausländische" Filme Reklame machen dürften. Der Bürgermeister von Forbach beantwortete nun diese Provokation mit der Ankündigung des Verbots aller Saarbrücker Plakate. Der Wirtschaftskrieg zwischen dem saarländischen Saarbrücken und dem französischen Forbach ist also entbrannt. Selbstverständlich wird die Arbeiterschaft der beiden Städte versuchen, den von dem nationalistischen Oberbürgermeister von Saarbrücken inszenierten „Grenzkrieg" in proletarischem Sinne zu beenden.

Zwei Kinder beim Rodeln getötet

Ein mit vier Kindern besetzter Rodelschlitten fuhr am Sonntag in Gleidorf, im Westfälischen Kreise Meschede, einem Wintersportlern besetzten Auto, auf stark abschüssigem Wege die Flanke. Zwei Kinder wurden auf der Stelle getötet, den beiden anderen Kindern, Geschwister des einen getöteten Kindes, erlitt das eine einen schweren Schädelbruch, das andere eine Gehirnerschütterung.

Zum Frauenmord in Chemnitz

Zu dem von uns bereits gemeldeten furchtbaren Frauenmord in Chemnitz meldet die Kriminalpolizei, daß es gelungen sei, die Persönlichkeit der Ermordeten festzustellen. Es ist eine Kellnerin Hilma Hofmann, die in Prostitution verkehrte. Am 27. Januar abends ist sie zuletzt gesehen worden. Bis auf Arme und Beine der Ermordeten konnte der Leichnam, wie bereits gemeldet, geborgen werden.

Ein Riesendiamant in Westtransvaal gefunden

Zwei Diamantengräber, die seit Monaten in Westtransvaal vollkommen ergebnislos Diamanten gesucht und ihren letzten Pfennig verzehrt hatten, fanden einen zweikarätigen Diamanten, der als der größte gilt, je in diesem Gebiete gefunden wurde. Fachleute schätzen den Fund auf die riesige Summe von über 2 Millionen M.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310203-19/fragment/page=0008

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Polizeiterror im Sangerhäuser Stadtparlament

Einer kommunistischer Stadtverordneter aus dem Sitzungssaale geschleift

In der ersten Stadtverordnetensitzung, die in diesem Jahre in Sangerhausen stattfand, ergab sich bei der Wahl des Präsidiums eine Einheitsfront von Bürgerlichen, Sozialdemokraten und der sogenannten „Kommunistischen Opposition", die durch die Bank für den sozialdemokratischen Vorsitzenden stimmten. Um diese Einheit nicht zu stören, forderte der kommunistische Stadtverordnete „stören" zu [illegible] der Stadtverordnetenvorsteher einen Ordnungsruf nach dem andern. Schließlich wurde der kommunistische Stadtverordnete [illegible] Beck, der sich wegen einer Lähmung kaum bewegen kann, für die Dauer von drei Sitzungen ausgeschlossen und als er seinen Platz nicht räumte, von Polizeibeamten gewaltsam entfernt.

Die sozialdemokratische „Mansfelder Volkszeitung" schreibt in ihrer [illegible] Ausgabe — obwohl die Sozialdemokraten offensichtlich als Steigbügelhalter der Reaktion in Erscheinung getreten sind — daß die Sitzung für die Arbeiterschaft nicht ohne Erfolg verlaufen ist. [illegible] wird mit der Verhöhnung der Werktätigen allerdings [illegible]

Herwegener Waffendiebstahl in Leipzig

In der Nacht zum Sonnabend, kurz vor 2 Uhr, wurde das Schaufenster einer Waffenhandlung in Leipzig, Gottschedstraße, eingeschlagen. Aus den Auslagen wurden nach vorläufiger Feststellung zwölf Mauserpistolen und verschiedene dazu gehörige Munition gestohlen. Der Einbruch war von einem Hause von der gegenüberliegenden Seite der Straße aus beobachtet worden. Er hatte gesehen, wie eine Limousine vom Platze kommend her angefahren kam und kurz vor dem Waffengeschäft hielt. Aus dem Kraftwagen war ein Mann gestiegen, der in aller Schnelligkeit die Scheibe eingeschlagen, die Waffen zusammengerafft hatte und sofort in den Wagen zurückgesprungen ist. In diesem Augenblick war die Schaufensterscheibe auf die Straße gestürzt. Der Kraftwagen hatte sich mit seinen Insassen wieder in Bewegung gesetzt und war in Richtung Frankfurter Straße in schnellem Tempo davongefahren. Ein eben vorbeifahrender Kraftdroschkenführer nahm die Verfolgung auf, die mit seinem Wagen bis in die Bitterfelder Straße mit großem Tempo durchführte, obwohl auf ihn mehrfach geschossen wurde. Es gelang den Einbrechern, bei denen es sich vermutlich um Berufsverbrecher handelt, die Limousine stehen und setzten unter mehrfachen Schüssen auf ihre Verfolger die Flucht zu Fuße fort. In der Richtung nach der Hamburger Straße konnten sie entkommen.

Kumpelmord

Todessturz von der Leiter

In der Brikettfabrik der Grube „Paul" bei Luckenau stürzte ein Arbeiter von einer Leiter. Zunächst verspürte er zwar keine Schmerzen, mußte aber bald darauf ins Krankenhaus gebracht werden, wo er an einer Gehirnerschütterung verstarb.

Wie denen die Biersteuer bekommt

Die Aktienbrauerei Köthen (Anhalt) genehmigte in ihrer Generalversammlung die hübsch zurecht gestutzte Jahresrechnung und beschloß die Ausschüttung einer Dividende von 8 Prozent. Es sind 2 Prozent mehr als im Vorjahre.

Die Brauerei hat also trotz Biersteuer und alledem äußerst gut den Proleten verdient.

Eine Großfeuer brach in diesen Tagen in der Fabrikanlage der westfälischen Grubenholz-Einkaufsgesellschaft bei Roßlau aus. Nicht nur der Holzplatz und das Maschinenhaus, sondern auch Schmiede fiel dem Feuer zum Opfer.

Die Mansfelder Arbeiter sprechen:

Ein vernichtendes Urteil über die SPD-Genossenschaftszerstörer

Am 29. Januar fand in Oberröblingen a. d. S. eine von über 400 Personen besuchte Versammlung der Verteilungsstelle 48 des AKV statt, die zu dem augenblicklichen Stand des roten Konsumvereins Stellung nahm. Nach einem Referat des Genossen König wurde in der Diskussion zum Ausdruck gebracht, wie die Arbeiter über

das arbeiterverräterische Verhalten der Schaumburg und Konsorten urteilen.

Es wurde nachgewiesen, daß nicht nur gegen die Konsumvereine gewütet wird, sondern daß deren schändliches Verhalten auch in den Gemeindeparlamenten und in den gewerkschaftlichen Organisationen zum Ausdruck kommt.

Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die dagegen den schärfsten Protest erhebt, daß die Sozialfaschisten den roten Konsumverein mit absolut kapitalistischen Mitteln und die in 40 Jahren mühsam ersparten Arbeitergroschen für ein Butterbrot an sich reißen wollen. Der Geschäftsführung des AKV wird das volle Vertrauen ausgesprochen und die Hoffnung, daß es ihr gelingen werde, auch diese schwere Situation zu überwinden.

Weiter wurde auf die Maßnahmen hingewiesen, die jetzt getroffen sind, um den berechtigten Forderungen der Sparer bei den kommenden Vergleichsverhandlungen in vollstem Maße Rechnung zu tragen.

Wenn die Arbeiterschaft in Oberröblingen gemeinsam

mit der Arbeiterschaft ganz Mitteldeutschlands einig und geschlossen

marschiert, dann muß es möglich sein, den Angriff der Sozialfaschisten gegen die roten Konsumvereine erfolgreich zurückzuschlagen.

Die Sozialfaschisten kneifen feige

vor der Abrechnung wegen ihres Konsumverbrechens

In Wehlitz fand am 31. Januar eine von rund 200 Personen besuchte öffentliche Versammlung statt, die zu dem Vorgehen der Sozialfaschisten gegen den AKV Stellung nahm. Nach dem Referat des Genossen R. wurden die anwesenden Gegner der revolutionären Arbeiterschaft und ihrer Organisationen aufgefordert, ihre Auffassung zu vertreten.

Die führenden Größen der Sozialfaschisten am Ort waren durch ein Schreiben besonders eingeladen. Aber alles schwieg!

Feige kniff jene Gesellschaft, die sich nur unter dem Schutz der Reichsbanner-Rollkommandos und der Polizeiknüppel sicher genug fühlt, ihre verleumderischen Angriffe gegen den AKV zu richten.

Einstimmig wurde dann nach kurzer Aussprache, insbesondere über die zur Erfassung der Sparer getroffenen Maßnahmen, folgende Entschließung angenommen:

„Die von der Verwaltung des AKV einberufene öffentliche Versammlung verurteilt auf das schärfste die verbrecherischen Maßnahmen der sozialfaschistischen Genossenschaftsbürokratie gegen den Allgemeinen Konsumverein Halle. Die Versammelten bekunden ihr

volles Vertrauen zur Kommunistischen Partei und zu den Maßnahmen der Verwaltung des AKV,

die alles tut, um die Mitglieder des roten Konsumvereins und die Sparer vor den Verlusten zu schützen, die ihnen durch das Treiben der Sozialfaschisten bereitet werden sollen. Der rote Konsum muß erhalten bleiben. Die Versammelten verpflichten sich, in jeder Beziehung den vom sozialfaschistischen Terror bedrohten Mitgliedern und Sparern des AKV die vollste Solidarität und Unterstützung zu gewähren."

Ab morgen

veröffentlicht der „Klassenkampf" an dieser Stelle laufend eine Artikelserie über den

Nazi-Korruptionsstall und Hinkler-Fall

Konsum-Funktionäre verzichten auf Rückvergütung

Ein Beispiel wahrer Solidarität

erhalten wir aus Wandersleben, einem Verteilungsstellenort des Bezirkskonsumvereins Gotha. Als das Signal des unerhörten Schandstreiches gegen den Konsumverein Halle ertönte, haben die Funktionäre der Verteilungsstelle sofort dazu Stellung genommen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Durch unsere Unterschrift bekunden wir das Bewußtsein, als Funktionäre der proletarischen Genossenschaftsopposition und des Konsumvereins Gotha zu kämpfen.

Nach Informierung der schändlichen und verräterischen Methoden und die gemeine Kampfesweise der reformistischen Genossenschaftsbürokratie im engen Bündnis mit der Bourgeoisie gegenüber unseren Genossen in Halle legen wir den schärfsten Protest ein.

Gleichzeitig senden wir unseren Genossen die heißesten Kampfesgrüße und erklären ihnen unsere vollste Sympathie.

Zur Stärkung unseres Kampfes gegen diese sozialfaschistischen Verbrecher verzichten wir auf die Auszahlung unserer Rückvergütung, die im Februar zur Auszahlung kommen sollte und beantragen, sie ganz als Geschäftsanteil einzutragen. Gleichzeitig fordern wir alle Mitglieder unserer Verteilungsstelle auf, sich in die Kampffront einzureihen. Des weiteren geloben wir, jetzt erst recht alles daranzusetzen, um den Kampf der Genossenschaftsopposition siegreich durchzuführen.

(Folgen elf Unterschriften)."

Eine Genossenschaft, die solche Funktionäre als Trägerin hat, kann mit den kühnsten Erwartungen ihre Aufgaben erfüllen.

Die Zukunft liegt bei der proletarischen Genossenschaftsopposition; sie liegt bei allen jenen Hunderten von Funktionären, die in ganz Mitteldeutschland so denken und handeln wie das Aktiv in Wandersleben.

Der neue Ober von Zeitz

wird die alterprobte Hungerpolitik des bisherigen SPD-Bürgermeisters fortsetzen

In der Zeitzer Stadtverordnetensitzung am vergangenen Freitag wurde als Oberbürgermeister der vom Bürgerblock vorgeschlagene Regierungsrat Nerger mit 17 gegen 15 Stimmen gewählt, die auf den bisherigen sozialfaschistischen Oberbürgermeister Löffler entfielen. Die kommunistischen Stadtverordneten gaben ihre Stimmen für einen eigenen Kandidaten, den Genossen Gutjahr, ab. Der Zeitzer „Volksbote" ist darüber in höchste Wut geraten, weil den Sozialfaschisten der Brotkorb einmal wieder etwas höher gehängt wurde. Die bürgerliche Presse verkündet andererseits frohlockend, daß „ihr Mann" auf 12 Jahre gewählt worden sei.

Sie können beide beruhigt sein. Der neue Herr Ober wird die 12 Jahre nicht „abzusitzen" brauchen, denn — ob Faschisten oder Sozialfaschisten — die Werktätigen werden bis dahin längst den ganzen Plunder ausmisten.

Die Straße ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Fortsetzung.

„Die Tatsachen, die uns in diesen fünfzig Tagen in so einen entscheidenden Kampf gedrängt haben, sind erstens, daß die Sozialfaschisten Partei in der Reichstagswahl die entscheidende Mehrheit genommen hat; zweitens, die Gefahr, die immer noch durch die Krise der Banken droht, und drittens, der Rücktritt des Ministers aus den obengenannten Gründen."

Nakai unterbrach seine Ausführungen, weil er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß jemand ins Zimmer wolle.

„Hallo!"

Zwei Männer traten herein. Der älteste, ein dicker Mann mit kurzgeschnittenen Haaren, war Oda, der Vorsitzende des ZK., der junge Mann im europäischen Anzug war der beste Redner der Gewerkschaft, und der dritte, in schmutzigen japanischen Kleidern, Mitamura von der Druckereigewerkschaft Osaka.

„Hallo, du eine gute Reise gehabt?"

Nachdem sie sich wortlos die Hände gedrückt hatten, sagte Oda und Mitamura allen gutmütig zu:

„Einen Moment, vor der Begrüßung möchte ich etwas [illegible]."

Takagi als Versammlungsleiter war einverstanden.

„Ich habe eine kleine Neuigkeit gehört: sämtliche Buchdruckereiunternehmer sind aus dem Schlichtungsausschuß ausgetreten."

Die Leute saßen sich an. — Schlechte Komödianten! Haglunds Stoppen zuckten verächtlich.

Der Bericht über die gestrige Zusammenkunft Okawas und Nakaias erledigte alle Zweifel.

„Englisch!" brummte Takagi.

Nakai starrte auf ein zerrissenes Loch in der Decke.

„Ent—schei—den—der—Kampf!" stand allen sichtbar in der Luft geschrieben und hielt sie in ihrem Bann.

Front

1. Verhaftung

Der eisige Wind stieß von beiden Seiten tobend in das Tal zwischen dem Shimizudanihang und dem Hakuanwald herunter und stieg wie eine Fontäne wieder über die nassen, schmutzigen Dächer der Mietkasernen, die wie altes Papier im Regen lagen.

„Hallo, Essen kommt", schrie eine Frau im roten Wollunterrock an der Wasserleitung der ersten Baracke und schwenkte die Kindermindeln, die sie gewaschen hatte. Sie sah den Lastmagen, der seinen Hintern hochspringen ließ wie ein Pferd, als er über die Straßenbahnschienen in die Straße einbog.

Dieser Lastmagen, mit langen Fahnen behangen, war mit Reissäcken, Shoju* und allem, was nötig war, beladen. Aus den Baracken kamen eilends fünf oder sechs Frauen und einige Kinder in dünnen Schlafhemden.

„Wartet, wartet — das ist — das ist...", schrie Otatsu die geschwätzige Alte, sich vordrängend, „das ist der Lastmagen unseres Bundes, der Genossenschaft in Kanto."

Die alte Otatsu, die die Schriftzeichen ihres eigenen Namens nicht zu lesen verstand, kannte schon die Inschriften der Fahnen auf dem Auto.

„Bravo, sie leben — hoch!"

Die Männer auf dem Wagen erhoben ihre Fäuste.

„Bravo!" antworteten die Weiber und Kinder.

„Siehst du, unsere Genossenschaft ist immer noch obenauf, wenn die Kleinhändler auch vom Streik schon pleite gehen."

An diesem Morgen war Okawa mit blassem Gesicht aufgestanden. Immer wieder mußte sie in diesen Tagen an Miatji denken, als sie unter dem Herd Feuer machte, als sie sich ihr Gesicht wusch, immer, das Bild Miatjis kam nicht aus ihren Gedanken.

Der Kopf war ihr schwer, ihre Brust schmerzte, und obwohl sie sich zusammennahm, fühlte sie eine Müdigkeit in allen Gliedern, als wollten die Gliedmaßen auseinanderfallen. Die Schwester meinte, das sei der natürliche Zustand der Schwangerschaft und tröstete sie. Okayo wollte der Schwester keine Sorgen machen, sie scheute sich, vor der tatkräftigen Schwester zu klagen.

Sie fühlte in diesen Tagen die ersten Bewegungen des Kindes. Das kleine Wesen, dessen Dasein sie vor einem Monat noch nicht geahnt hatte, wuchs unaufhörlich in ihrem Leibe. In ihren leeren Gedanken empfand sie diese ersten Bewegungen des Kindes wie Stöße und wurde selbst verzagt wie ein Kind. Während sie gemeinsam mit ihren Kollegen in ihrem Streikkokol arbeitete, trat auf ihr junges Gesicht mit der Momomare-Frisur plötzlich der Ausdruck eines Erschreckens, in dem Freude und Leid nicht zu unterscheiden waren.

Aber ihr Schicksal war nur eine belanglose Episode an der revolutionären Front. Unaufhörlich warteten neue Aufgaben, sie mußte noch in der Straßenhandels- und in der Verpflegungsabteilung arbeiten.

Seit gestern war eine Resolution im Lokal der dritten Streikgruppe, zu der Okayo gehörte, angeschlagen.

Resolution

Es muß jedem japanischen Arbeiter jetzt klar sein, daß die Unternehmer den Streik der Daido-Druckerei ausnutzen wollen, um, wie die Gesellschaft es schon im Frühjahr geplant hat, die Gewerkschaften zu vernichten.

Dieser provokatorische Angriff der Gesellschaft ist zweifellos der erste Hieb, den die herrschende Unternehmergesellschaft gegen die proletarische Klasse geführt hat. Die Verbrechen der Unternehmerklasse haben jetzt die unrettbare politische und wirtschaftliche Katastrophe verursacht, und nun wollen sie alle Lasten dieser Katastrophe der proletarischen Klasse aufwälzen und die werktätigen Massen in Arbeitslosigkeit und Hunger stoßen.

Jetzt haben wir Proletarier klar zu erkennen, daß wir die Streikenden der Daido-Druckerei vor der Gefahr der räuberischen Offensive der Unternehmer unterstützen müssen. Alle müssen der Bedeutung dieser großen Aufgabe bewußt werden.

Das erste erweiterte ZK. des Rates der japanischen revolutionären Gewerkschaften ruft alle angeschlossenen Gewerkschaften Japans auf, mit aller Kampfkraft den Streikenden der Daido-Druckerei zu helfen. In den kommenden Kämpfen müssen wir einen entscheidenden Sieg erringen. (Streikdokument S. 38.)

Das erste erweiterte Zentralkomitee des Rates der japanischen revolutionären Gewerkschaften.

Diese Resolution hatte der Vorsitzende Oda mitgebracht, als er vorgestern von Osaka kam. Der Kampf war in eine dritte Etappe eingetreten und hatte das schon ermattende Feuer der ermüdeten Streiker von neuem entfacht.

(Fortsetzung folgt.)

* Japanisches Maggi.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310203-19/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Machtvolle Kundgebung der Naumburger Arbeiterschaft

Der größte Saal Naumburgs wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen

A.-K. Naumburg. Was keiner einzigen Partei möglich ist, in Naumburg die Massen zu mobilisieren, das hat die KPD zweimal kurz hintereinander fertig gebracht. War schon bei der LPL-Feier der große „Ratskeller" zu klein und konnte die Massen, die Einlaß begehrten, nicht fassen, so mußten bei dieser Veranstaltung Hunderte wieder umkehren.

Die IAH hatte zu einer Massenkundgebung aufgerufen und die Ortsgruppe Naumburg der KPD übernahm die Propaganda für diese proletarische Organisation. Die Massen folgten dem Rufe der KPD. Ein Beweis, daß die Massen der KPD, als ihrer Führerin, bei den kommenden Auseinandersetzungen mit dem Faschismus und der Hungerdiktatur ihr Vertrauen schenken, trotz reformistischen Renegatengesindels mit verkalktem Hirn. Das mögen sich diejenigen merken, die da glaubten, die Massenkundgebung sabotieren zu können.

In nahezu dreistündiger Aufführung gab die „Kolonne Links" in ihrer Glossierung der politischen Vorgänge und Charakterisierung der Führer der Arbeiterfeinde ihr Bestes her. — Der spontane herzliche Beifall bewies, daß die Bühnenagitatoren den Weg zu den Herzen und Hirnen der Massen gefunden hatten. Und ihre Bemühungen waren von Erfolg gekrönt.

69 Aufnahmen für die revolutionären Organisationen konnten sie als Erfolg ihrer Agitation in Naumburg buchen.

62 Aufnahmen für die IAH und 7 für die KPD. Ebenso tätigten sie einen Massenumsatz ihrer revolutionären Schlagerlieder und Postkarten für das Kinderheim der IAH. Ferner wurden die Anwesenden noch durch den Mandolinenklub der „Naturfreunde", der unsere revolutionären Lieder vortrug, erfreut. Die Genossin Zeitschel sang mit voller Hingabe das „Wolgalied" und „Ein Kind des Volkes". Die Sängerin erhielt für ihre Liedervorträge ebenfalls den herzlichen Beifall der anwesenden Massen.

Das Fazit: „Kolonne Links", Berlin, ist wieder fort von Naumburg. Schüren wir die revolutionäre Glut, die die Kolonne in Naumburg entfacht hat, weiter bis zur hellen Flamme!

Auf, Proletarier von Naumburg, die letzte Frau, den letzten Mann heranzuholt für die KPD, die IAH, die RH und die anderen Massenorganisationen der Sport- und Kulturbewegung.

Werbt unermüdlich Leser für den „Klassenkampf", und der Tag ist dann nicht so fern, wo auch in Kappstadt-Naumburg, der Stadt der „alten Ekel", das revolutionäre Banner, mit Hammer und Sichel geschmückt, von Palästen und Hütten uns grüßt.

Renegat Fickert auf dem Wege zur SPD

Einhundert Proleten kommen zur KPD

A.-K. Naumburg. Alle Voraussetzungen über Fickert treffen ein. Nachdem er seine Lagerhalterstelle höher einstellt als die Aufgaben der Partei (die Partei hätte kein Recht, sich über den Konsum zu kümmern), trat er 1. aus der KPD aus, um dem Kampf gegen die Genossenschaftsbürokratie auszuweichen und somit sein Lagerhalterpöstchen zu erhalten; 2. bekämpft er die KPD in den überparteilichen Massenorganisationen und fühlt sich als berufener Vertreter der Brandler-Opposition. Seine verleumderischen Argumente stammen von ihr. 3. Sabotiert er die Veranstaltungen der revolutionären Arbeiterschaft. Er hintertrieb die Mitwirkung des Gesangvereins „Hammer und Sichel" an der IAH-Kundgebung. 4. Bestellte er den „Klassenkampf" ab, welcher ihn beleidigt haben soll!

Mit Verachtung wenden sich die Arbeiter von diesem Vertreter des Overlantentums.

Seit seinem Austritt aus der KPD wurden 76 Neuaufnahmen vollzogen. In der IAH-Kundgebung wurden über 55 neue Mitglieder für die IAH geworben, 9 für die KPD.

Der Massenzustrom zur KPD muß sich weiter fortsetzen. Die revolutionäre Arbeiterschaft von Naumburg muß die KPD in ihren Aufgaben tätig unterstützen in 1. der dauernden Bearbeitung der Neumarbeiter, damit das Neumarkt zur roten Hochburg wird, 2. der Loslösung aller Arbeiterelemente von der Nazibewegung, 3. der Liquidierung des Massenrestbestandes der SPD, 4. der Liquidierung der SAJ, 5. der Bildung der Einheitsfront mit dem sozialdemokratischen Arbeitern und den proletarischen Reichsbannermitgliedern zum Kampf gegen die faschistische Diktatur, für die Errichtung eines Arbeiterstaates!

Die Arbeiterbewegung erstarkt nach der Entfernung der Renegaten

A.-K. Naumburg. Die Massenveranstaltung der Internationalen Arbeiter-Hilfe am 29. Januar, welche der Partei und der IAH einen großen Erfolg erbrachte, sollte noch den München der Renegaten der KPD einen Schlag versetzen. Fickert fixierte den Gesangverein von der Massenkundgebung, indem er vorgab, am fraglichen Abend nach Weißenfels zur Lagerhalterfitzung zu müssen und somit, da er Vorsänger seines Schlages abkommandierte, den Gesangverein „Volkschor" für nicht gesangsfähig zu erklären. Die Kontrolle ergab, daß in Weißenfels überhaupt am Abend keine Sitzung stattfand und er damit die Sänger schmählich anlog.

In der darauffolgenden Singstunde waren auf einmal die Abkommandierten wieder erschienen, auch hatte Fickert den aus der KPD ausgeschlossenen Keil mitgebracht. Fickert ließ sich durch diese zusammengeschobene Versammlung, knapp drei Wochen nach der Generalversammlung, das Vertrauen aussprechen. Die Abwesenheit unserer Genossen machte sich Fickert zunutze und belog und betrog die Versammlung des Gesangvereins, um die Wahrheit seines Fernbleibens am Donnerstag zu verwischen. Eine Genossin, welche im „Ratskeller" aufgetreten war und ihre Aufnahme im Gesangverein wieder erwirken wollte, wurde durch einen demagogischen Zug Fickerts nicht aufgenommen.

Fickert, absolut nicht imstande, sich politisch zu rehabilitieren, geht jetzt schon den Weg aller Renegaten, Beschimpfungen, Verleumdungen aller Art läßt er zur Zeit auf die Parteifunktionäre und -mitglieder herabprasseln.

Die Partei und die IAH, welche seit der Beurlaubung Fickerts 100 Prozent an Mitgliedern gewonnen haben und hinter den Ortsleitungen stehen, passen Fickert nicht in den Schlag.

Wir stellen fest, wenn Fickert eher desertierte und nicht wartete, bis es mit ihm nicht mehr ging, daß die revolutionären Organisationen noch mehr Erfolge zu verzeichnen gehabt hätten. Die Parteimitgliedschaft, desgleichen auch die der überparteilichen Organisationen werden alles wettzumachen wissen, um sich zu organisieren gegen alles Renegatentum, gegen National- und Sozialfaschismus.

Ein Betrüger sucht zu landen

Die Arbeiterschaft straft ihn mit Verachtung

A.-K. Naumburg. Mit was für einer zynischen Frechheit sich erlauben, Renegaten und politisch korrumpierte Gesellen aufzutreten, zeigt folgendes. Der sattsam bekannte Panse vom DBB, welcher seinerzeit aus der KPD verschwand und nicht schnell genug in der SPD landete, glaubt, unsere Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition zu seinem Eigennutz mißbrauchen zu können. Bekanntlich hat Panse unseren Genossen Rößling vom Hauptvorstand des DBB wegen faktionseller Tätigkeit auf ein Jahr aus den Versammlungen werfen lassen. Panse wurde 1929 infolge seiner schäbigen Rolle als Sozialfaschist nicht wiedergewählt und treibt bis zum heutigen Tage im Spruchausschuß des Arbeitsamtes sein unheilvolles Wesen und stimmt gemeinsam mit den Unternehmern für die Verschlechterungen der Lebenslage der Erwerbslosen.

Scharfe Auseinandersetzungen in Versammlungen halten zur Folge, daß der Rücktritt Panses gefordert wurde, leider dieser ohne Erfolg, da Panse an der bezahlten Position, welche er vom Gewerkschaftskartell erhalten hatte, festklebt. Jetzt glaubte nun Panse, zur Generalversammlung des DBB wieder seine Zeit für gekommen, und er sandte anonym ein Schreiben an den Genossen Rößling, und forderte zugleich, unter Mißbrauch der Zentrale der KPD, daß er von der Opposition als Vorsitzender aufzustellen ist. Die RGO durchschaute Panses bekannte Manöver, und was geschah noch? Panse erschien überhaupt nicht in der Generalversammlung des DBB. Er erwartete in einer SPD-Kneipe, während seiner Abwesenheit von der Generalversammlung, gewählt zu werden. Panse dachte, was seine sozialfaschistischen Freunde nicht fertig bringen, das ist durch einen Betrug der RGO zu erzwingen. Aber weit gefehlt, Betrüger Panse! Die RGO geht sicher ihren Weg und weiß, was sie will, zur gegebenen Zeit läuft du samt deinen Sozialfaschisten davon. Sende deine Briefe an deine Freunde und lasse revolutionäre Arbeiter unbehelligt, sie sind keine Denunzianten und Schaukelpolitiker, die RGO kämpft gegen das Renegatentum und gegen den National- und Sozialfaschismus.

An die Mitglieder der KPD und des KJVD von Merseburg

Genossen der Betriebszellen und Straßenzellen

Mittwoch, den 4. Februar, 20 Uhr, in der „Zu[illegible]

Außergewöhnliche Parteiversammlung

Tagesordnung: Die Plenartagung des Zentralkomitees, Streikbewegungen, Lage in den Massenorganisationen.

Nur Partei- und Jugendmitglieder haben Zutritt.

Mitgliedsbücher als Ausweis mitbringen, sonst Einlaß.

Achtung, Einwohner von Zeitz und Umgegend!

Heute Dienstag, 20 Uhr, spricht in der Reichshalle der Genosse Gujahr in einer öffentlichen Versammlung über das Thema:

Wer sind die Verräter an der werktätigen Bevölkerung?

In dieser Versammlung werden die kommunistischen Stadtverordneten sprechen über:

Warum haben wir nicht den Oberbürgermeister Löffler gewählt?

Arbeiter, Arbeiterinnen, Beamte, Gewerbetreibende, erscheint massenhaft!

KPD Zeitz. KJVD Zeitz.
Kampfbund gegen den Faschismus.
Kampfkomitee gegen Faschismus und Kriegsgefahr.
IAH Zeitz. RH Zeitz.

Ein ehemaliger Nazimann schreibt:

Wenn alle Naziproleten wüßten, was sich hinter den Namen NSDAP verbirgt

A.-K. Kötschau. Mit 14 Jahren wurde ich von Vaters Seite zum Eintritt in die nationalsozialistischen Vereinigungen Deutscher Herold, Schutz- und Trutzbund und Christlicher Verein junger Männer gezwungen. Später dann in den Jungstahlhelm. Mein Vater selbst ist ein Kriegskrüppel (rechtes Auge fehlt und rechter Arm steif), ist aber Mitglied vom Militärverein und der Deutschen Turnerschaft. (Ihm ist es wahrscheinlich noch nicht genug, was er abgekriegt hat.)

Sieben Jahre lang hat man mein Hirn mit nationalen und religiösen Phrasen verkleistert.

In Leipzig wurde ich 1928 zum erstenmal arbeitslos. Bekanntlich half da die NSDAP den betroffenen Mitgliedern zu einer neuen Arbeitsstelle. Da ich nun eine gute Handschrift hatte, machte man mir den Vorschlag, einen Schreiberposten zu übernehmen. Für den Hundelohn von — 80 ganzen deutschen Rentenmark sollte ich den ganzen Monat schuften. Ich nahm das nicht an, da ich besser daran war, wenn ich stempeln ging. Von da an war ich mit den Zielen und der Idee der NSDAP schon nicht mehr recht einverstanden; ich kam zum Nachdenken. Ich sagte mir, wenn du jetzt schon für den Hundelohn arbeiten sollst, was soll dann erst werden, wenn Hitler sein Drittes Reich durchführt? Und so besuchte ich Versammlungen jeder Partei, um mir klar zu werden, wo ich hingehöre und welche Partei meine Interessen wirklich und ernst vertritt.

Und so gewann ich immer mehr die Ueberzeugung, daß eine NSDAP die Interessen der gesamten Arbeiterschaft niemals vertreten kann.

Sehen wir uns schon die Mitglieder und Führer der unter dem Deckmantel NSDAP segelnden „Arbeiterpartei" an. Prinzen, Generäle, Majoren, Kapitalisten, Bankhyänen usw. Die NSDAP versucht durch krasse Lügengewebe und Versprechungen, die sich nichts überlegenden Massen an sich zu ketten.

Die NSDAP würde ja in die Brüche gehen, wenn alle ihre Mitglieder wüßten, wieviel Phrasen und Arbeiterfeindlichkeit sich hinter dem täuschenden Namen „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" verstecken.

Ueberlegt euch, Proleten, wo gehört ihr hin? Laßt ab von der NSDAP. Laßt euch nicht von ihren Häschern einfangen. Die NSDAP braucht Massen nur, um im entscheidenden Moment stark genug als Schutztruppe der Kapitalisten und Profitschlemmer dazustehen. Heraus aus der Kirche! Laßt das Geld, was ihr den Pfaffen in den Rachen schmeißt, den Arbeitslosen und Notleidenden zugute kommen. Ein Pfaffe hat schlecht gerechnet pro Tag 30 Mark. Also im Monat 900 Mark. Und was habt ihr? Ein kärgliches Mahl, keine Kleidung, kein geschütztes Schuhwerk. Macht es wie ich! Organisiert euch in der RGO, im Kampfbund gegen den Faschismus. Helft mit allen Kräften die Sache des Proletariats fördern. Nur dann seid ihr einer anderen und besseren Zukunft sicher. Jetzt heißt es bei mir: Rot Front!

Werner L.

Sozialfaschist Brand-Reuden schändet den letzten Wunsch eines Toten

A.-K. Mutschau. Die revolutionäre Arbeiterschaft Mutschaus hat vor einigen Tagen ihrem Klassengenossen Robert Holz das letzte Geleit gegeben. Genosse Holz war ein unermüdlicher und tapferer Kämpfer für die Sache des Proletariats. Wie so mancher Prolet hat er, niedergedrückt und verzweifelt, zum Strick gegriffen. Seine Genossen aus Mutschau und Zeitz gaben ihm zahlreich das letzte Geleit. Der Freidenkerpfaffe Brand sprach. Er hielt eine schmalzige Rede, die sich von der Grabrede eines wirklichen Pfaffen fast gar nicht unterschied.

Als der Genosse Nelk als Beauftragter der KPD am Grabe sprechen wollte, leistete sich der durch seinen Arbeiterverrat genügend bekannte Sozialfaschist Brand eine noch nie gekannte Frechheit. Er verbot dem Genossen Nelk, am Grabe zu sprechen, da der Verstorbene nicht mehr Mitglied der KPD gewesen sei. Genosse Holz hat einige Wochen seinen Beitrag nicht zahlen können, weil er wirtschaftlich nicht mehr in der Lage dazu war. Er stand aber in unseren Reihen.

Das schändliche provokatorische Verhalten Brands hat in der gesamten Arbeiterschaft Mutschaus eine ungeheure Empörung ausgelöst. Die Arbeiterschaft von Mutschau fordert, daß der Freidenkerverband Thüringens diesen würdigen Freidenkerpastor als Grabredner zurückzieht und ihn an die evangelische Kirche abtritt. Da wäre er am rechten Platze!

Sozialfaschisten für Massensteuern und Ausplünderung der Werktätigen

A.-K. Wählitz. Im Schwindelboten riefen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Wählitz zur Teilnahme der Arbeiterschaft an der Gemeindevertretersitzung auf. Die Arbeiterschaft solle kommen und sehen, wer ihre Interessen vertritt. Das hat nun die Arbeiterschaft an Hand der letzten Gemeindevertretersitzung wieder einmal gesehen. — Nach dem Verlesen des Protokolls prangerte Genosse Winkler scharf an, daß im Protokoll nichts von den KPD-Antrag, welcher 40 Mark Lohnerhöhung für die Schulreinemachefrau forderte, enthalten ist. Die Genossen der kommunistischen Fraktion erhoben Einspruch gegen das Protokoll.

Die Annahme der Nachtragsumlage des Kreises erfordert, daß 8000 Mark wieder durch neue Steuern von den Einwohnern Wählitz eingetrieben werden mussten. Der Vertreter der kommunistischen Fraktion kennzeichnete die Methode, durch welche im Kreistag Steuertreibung von 650 000 Mark ohne jede weitere Abstimmung beschlossen wurde. Die Sozialfaschisten Winkler, Neubert und Gi[illegible] verteidigten aber diese Schiebermethoden noch. Sie sind bereit, alles um und zu verteidigen, um nur dieses System zu erhalten. Bei der Wahl konnten auch diese Lakaien nicht laut genug schreien: „Nieder gegen alle Massensteuern!" Jetzt aber schlucken sie, nur um ihren Posten zu sichern, eine Massensteuer nach der andern.

Die erhöhte Biersteuer wurde beschlossen, weil sie angeblich gegenüber der Negersteuer ein „kleineres Uebel" sei.

Kennzeichnend für den Sozialfaschisten Neubert ist es, wenn er erklärt, ein Ausgesteuerter hat so noch mehr wie die Arbeitslosen zu arbeiten. Auf die scharfen politischen Angriffe der Genossen Winkler und Schindt antworteten die sozialfaschistischen Gemeindevertreter mit noch mehr persönlichen Verleumdungen und Schmähungen. Als in der die Vorgänge im NSV Halle noch herbeiholten, um Angriffe gegen die KPD anzubringen, wurden sie in der gebührenden Weise von den kommunistischen Genossen zurechtgewiesen, so daß sie erschrocken verstummten.

Besonders müssen wir noch auf die erbärmlichen Machenschaften des Sozialfaschisten Neubert hinweisen, der den Wählitzern ins Fangen einfach die Steuern von der Unterstützung pfändet. Die Zuhörer in der Gemeindevertretersitzung waren über Neubert und Winkler, der ein ganz bekannter Ueberstundenschieber ist, am Schluß der Sitzung so empört, daß diese Verräter es vorzogen, schleunigst zu verschwinden.

Einwohner von Wählitz! Die Lügenhaftigkeit und Großsprecherei des „Volksboten" hat sich wieder einmal gezeigt. **Ihr habt aber gesehen, wer eure Interessen wirklich vertritt. Besucht weiterhin die Gemeindevertretersitzungen. Kämpft mit den Kommunisten gemeinsam gegen Massensteuern und Massenausplünderung! Schließt die Reihen und stellt euch in Kampfreihe gegen den Faschismus.**

Kreissteuernachtragsumlage und Biersteuer von SPD und Bürgerlichen angenommen

A.-K. Zembschen. In der Gemeindevertretersitzung in Zembschen wurde zu der Kreissteuernachtragsumlage Stellung genommen. Zum Erstaunen seiner Genossen sprach sich auch ein Vertreter der Sozialdemokraten gegen diese Steuerbelastung aus. Er machte seinen Parteiführern den Vorwurf, bisher immer bei einer solchen Kreisfinanzierungspolitik geholfen zu haben. Der kommunistische Vertreter legte in klarer Weise den Standpunkt der kommunistischen Fraktion dar, begründete die Ablehnung aller Massensteuern durch die Kommunisten. Scharf prangerte er das Verhalten des Fraktionsführers der SPD an, der erklärte: „Wir wählen lieber das kleinere Uebel."

Das Abstimmungsergebnis zeigte, daß sowohl im sozialdemokratischen wie auch im bürgerlichen Lager eine große Zerrissenheit herrscht. Bei der Annahme der Kreissteuernachtragsumlage und für erhöhte Biersteuer waren drei SPD-Leute und ein Bürgerlicher. Dagegen die übrigen kommunistischen Vertreter, ein SPD-Mann und ein Bürgerlicher. Es stand also 4:4. **Der SPD-Gemeindevorsteher gab mit seiner Stimme den Ausschlag und die Umlage wurde angenommen.**

Den SPD-Arbeitern muß dieses ganze Ergebnis zu denken geben. Zwei Stimmenthaltungen bei der SPD-Fraktion: Die Vertreter, der offen gegen die SPD auftritt! Das zeigt doch, daß bis in die Kreise der sozialdemokratischen Fraktionen hinein die Erkenntnis gedrungen ist, daß der Weg der SPD die Arbeiterschaft in den Abgrund führt und nur die KPD imstande ist, einen Weg aus Not und Elend zu zeigen.

Als der zweite Punkt, die Biersteuererhöhung, beraten wurde, nahmen die kommunistischen Vertreter den Fraktionsbeschluß der SPD beim Wort und erinnerten ihn daran, daß er es war, der sie immer als den schärfsten Gegner einer Biersteuer bezeichnete, und darangesetzt hat, seinen Genossen klarzumachen, daß nur die Bürgerlichen bei dieser Steuer die Leidtragenden seien. Was tut er heute? Er befürwortet diese Steuer, um ja nicht unangenehm bei den oberen Behörden aufzufallen. **Die beiden SPD-Vertreter enthielten sich der Stimme.**

Wir rufen diesen Arbeitern zu: Warum seid ihr nicht [illegible] bekennt offen, daß ihr dagegen seid? Zieht doch die Konsequenzen eurer Erkenntnis, daß eure Partei auf einem falschen Wege ist.

Geht heraus aus dieser Partei! Schließt euch der KPD an. Werbet Leser des „Klassenkampfes"! Laßt euch nicht mehr durch den Schwindelboten benebeln.

Dasselbe, was wir den beiden SPD-Gemeindevertretern [illegible] gilt natürlich auch für alle Arbeiter und Arbeiterfrauen in Zembschen. Sie alle müssen mithelfen, die geschlossene Einheitsfront des Proletariats zum Kampfe gegen den erstarkenden Faschismus und [illegible] Ausbeutung der Arbeiterschaft zu schließen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310203-19/fragment/page=0010

Nordhausen

Wieder erleben die Nazis eine Pleite

A.-K. Heringen. Die SPD hatte zu einer öffentlichen Volksversammlung eingeladen. Thema: „Die Nationalsozialisten auf der Anklagebank." — Es sei von vornherein betont, daß eigentlich auch die Führer auf die Anklagebank gehören, denn sie waren es, welche die Verelendung des Proletariats, den RZB, zerschlagen haben. Die Versammlung, in welcher die hiesigen Arbeiter in Massen erschienen waren, war getragen vom Kampfgeist gegen den Faschismus. Die anwesenden Nazijünglichen hatten sich Verstärkung von Nordhausen kommen lassen. Ihr Diskussionsredner versuchte in Erinnerung zu bringen, daß er bei der Versammlung zu sprengen. Aber an der Geschlossenheit der Arbeiterschaft prallten alle Provokationen ab, und so schlich er mit seinen Getreuen davon. Der Genosse Ludwig zerfetzte die triefenden Beiträge der verlogene Maske der Nazis auf. Auch die große Mitschuld der NSDAP-Führer an den bestehenden Verhältnissen wurde der gesamten Zuhörerschaft vor Augen geführt. Er forderte auf, die antifaschistische Front zu stärken und für die Lebensinteressen des Proletariats zu kämpfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Landarbeiter und Kleinbauern, stärkt die antifaschistische Front, kämpft gegen den Faschismus!

Jugendgenossen von Nordhausen!

Kampf dem Faschismus ist unsere Losung!

Deshalb alle am Mittwoch, 20 Uhr, zur gemeinsamen Kampfdemonstration gegen den Faschismus.

KJVD Nordhausen.

Erwerbslosen-Versammlung in Bleicherode

A.-K. Auf Veranlassung mehrerer Erwerbslosen fand am Montag, 26. Januar eine Erwerbslosenversammlung statt. Genosse Beck eröffnete um 14 Uhr die Versammlung und begrüßte die zahlreich Erschienenen im Namen der KPD und erteilt dem Genossen Ludwig (Nordhausen das Wort zu seinem Referat: „Brüning-Regierung will Unterstützungsraub!" Die Ausführungen des Genossen Ludwig wurden mit großem Beifall aufgenommen. Zum Schluß wurde aufgefordert zur Bildung eines Erwerbslosenrates und Eintritt in den Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft.

Sechs Arbeiter erklärten ihren Eintritt in die Kommunistische Partei.

Zu Sozialisten wurden verkauft und ein „Echo"-Leser gewonnen.

Vorwärts, zur Organisierung der Arbeiterschaft!

A.-K. Buhla. Die Kommunistische Partei hielt hier in den letzten Tagen eine öffentliche Einwohnerversammlung ab. Der Genosse Fricke aus Nordhausen war als Referent erschienen. Das Thema lautete: „Volksrevolution gegen Faschismus". An Hand der Reparationsfrage Genosse Fricke die faschistischen Maßnahmen der Brüning-Regierung und das weitere Erstarken des Faschismus, ferner die große Mitschuld der Sozialdemokratie an den bestehenden Verhältnissen. Der Redner ging dann scharf und deutlich mit allem Nachdruck darauf hin, daß es nur einst jeden revolutionären Arbeiters, einer jeden Arbeiterfrau sein müsse, diese Zustände zu beseitigen und sich in der Kommunistischen Partei, der Partei des Klassenkampfes, zu organisieren. Die Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen. In der Versammlung waren 70—80 Arbeiter aus Buhla anwesend, die erkannten, daß es nur einen Weg aus allem Druck und Elend gibt, nämlich den Weg zu gehen, den die russische Arbeiterschaft gegangen ist. Die Schaffung der Einheitsfront der Werktätigen zum Kampf bis zur Beseitigung des kapitalistischen Systems ist notwendig. **Arbeiter Buhla — vorwärts! Kämpft für ein Arbeitervaterland!**

Faschismus im Stadtparlament Sangerhausen

KPD-Stadtverordneter wird durch Polizei aus dem Sitzungssaal geschleift — Die Vertreter der Arbeiterschaft werden mundtot gemacht

A.-K. Am letzten Freitag tagte in Sangerhausen die erste Stadtverordnetensitzung in diesem Jahre. Schon beim ersten Punkt der Tagesordnung offenbarte sich das gute Einvernehmen zwischen Bürgerlichen, Sozialdemokraten und Renegaten. Bei der Wahl zum Vorsteher wurde von bürgerlicher Seite Fröschle vorgeschlagen, während die kommunistische Fraktion den Genossen Beck vorschlug. Genosse Beck erhielt 8 Stimmen, Fröschle 20 Stimmen.

Sozialdemokraten und Renegaten stimmten für den Bürgerlichen.

Für diesen Liebesdienst erhielten die Sozialdemokraten den Stellvertreter als Judaslohn. Zeigte sich hier, daß die Einheitsfront von Sozialdemokraten, Renegaten und Bürgerlichen die Posten schon vorher unter sich verschachert hatten, so mußte man feststellen, daß bei den Ergänzungswahlen für Deputationen und Kommissionen die 1400 kommunistischen Wähler für sie überhaupt nicht da waren. Der Renegat Franzke entpuppte sich hier als einer der schlimmsten Arbeiterfeinde. Nicht genug damit, daß dieses politisch verkommene Subjekt mit den Bürgerlichen durch Thick und dünn geht, er läßt sich sogar von ihnen zu den einzelnen Posten vorschlagen. Ausgerechnet der Reaktionär Gertz wurde hierzu beauftragt. Auf diese Weise hat man die Kommunisten aus den Kommissionen gänzlich entfernt. Der unvermeidliche SPD-Waldmann — in der Stadt wird erzählt, er hätte 97 Aemter zu bekleiden — meldet sich zum Wort und erklärt wörtlich: **„Meine Herren, wir sind Demokraten und hätten gern gesehen, daß auch Kommunisten in die Kommissionen gewählt worden wären, aber weil die Bürgerlichen erklärt haben, mit den Kommunisten nicht zusammen zu verhandeln, so stimmen wir den Vorschlägen zu."**

Wer lacht da? Seine „Arbeitervertreter" diese Leutchen. Auf den energischen Protest unseres Genossen Beck hatten sie jedenfalls nicht gerechnet. Genosse Beck erklärte mit Recht, daß hier ein ganz erbärmliches Schachergeschäft betrieben worden wäre. Dafür erhielt er eine Reihe von Ordnungsrufen und wurde schließlich von der Polizeiaus dem Saal geschleift und für weitere drei Sitzungstage ausgeschlossen. Der Renegat Franzke war immer der erste, der für all diese Schandtaten stimmte. Er mag sich dies hinter die Ohren schreiben. Vor der Arbeiterschaft hat er sich gänzlich entlarvt.

Werktätige von Sangerhausen! Jetzt macht endlich Schluß mit diesem Spuk. Erkennt die Gefahr des Faschismus und schließt euch zusammen zu einem Block, jagt die Faschisten mitsamt ihren Lakaien zum Teufel.

Erscheint alle am Sonnabend, dem 7. Februar, 20 Uhr, in der öffentlichen Versammlung im „Tivoli", um gegen die Mundtotmachung der proletarischen Wählerschaft zu protestieren.

Sozialdemokraten gegen die Wiedereinsetzung kommunistischer Funktionäre

Arbeiter, folgt den zielklaren Parolen der KPD!

A.-K. Leibra. In der am 28. Januar stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung, wurden als Vorsteher unsere in Vorschlag gebrachten Genossen durch Los gewählt. Die SPD hatte, nachdem sie eine Anfrage an unsere Fraktion gestellt hatte, ob die im vorigen Jahr getroffenen Vereinbarungen noch bindend seien und Genosse Schröter ihnen eine Absage erteilte, sich der Stimme enthalten. Die Vorgänge des letzten Jahres haben uns gelehrt, daß die SPD-Führer hier am Ort genau so korrumpert sind wie ihre Genossen in den Regierungspositionen. Mit allen Mitteln haben sie versucht, den heutigen bankrotten Staatsapparat zu erhalten.

Als Schriftführer wurden ebenfalls unsere Genossen gewählt, so daß das Büro von Kommunisten besetzt ist. Gleich im nächsten Punkt, betreffs des Antrages der KPD, **auf Wiedereinsetzung des Genossen Gerlach als Beigeordneter in seine Funktionen,** zeigte die SPD ihre Verbundenheit mit der heutigen faschistischen Diktatur.

Geschlossen stimmten sie gegen den Antrag, während sich die Bürgerlichen der Stimme enthielten.

Den Antrag auf Verlegung bzw. Vergrößerung des Sportplatzes lehnte die SPD, wegen einer Mindereinnahme für die Stadt von jährlich 15 Mark, ab.

In voriger Sitzung versuchten sie einem Freund für ein Stück Land einen Preis zuzuschanzen, der nicht im geringsten dem Wert entsprach. Für die Erhöhung des Darlehns für die Gartenstraße, sowie für die Nachbewilligung des über den Kostenanschlag gehenden Betrages in Höhe von fast 3000 Mark stimmen Bürgerliche und SPD, während die kommunistische Fraktion sich auf den Standpunkt stellte, daß die Nachforderungen zu hoch sind.

Bei der Aussprache über den Ausbau der Bangestraße wurde der Magistrat beauftragt, bei den höheren Instanzen vorstellig zu werden wegen Leistung von Zuschüssen. Die Bangestraße, eine Durchgangsstraße, ist das Schmerzenskind unseres Ortes. Eine Beschüttung derselben mit einem Teerverfahren hat sich nicht bewährt. Ferner wurde der neue Stromlieferungsvertrag mit Bretleben abgelehnt.

Mansfeld-Sangerhausen

„Der „Klassenkampf" schreibt die Wahrheit"

Das muß sogar der Nazi-Gemeindevorsteher zugeben

A.-K. Gehofen. In den letzten Tagen des Januar fand hier eine Gemeindevertretersitzung statt. Ueber diese Gemeindevertretersitzung werden wir später noch ausführlich berichten. Heute wollen wir nur schreiben, wie sich der Herr Gemeindevorsteher Zimmermann, der ein bekannter Rasimann ist, stellte. In seinem ganzen Auftreten zeigte er sich als Diktator. Alle seine Anordnungen brachte er in einem Kasernenhofton vor, so daß die anwesenden Gemeindevertreter nicht mehr wußten, ob sie sich schon im Dritten Reich oder in einem Dösjenstall befanden.

Eines müssen wir aber hervorheben. Zimmermann mußte — wenn auch ungern und nur mit Heulen und Zähneklappern — zugeben, daß der „Klassenkampf" die Wahrheit schreibt. Der Herr G. jammerte über die Artikel im „Klassenkampf". Wir fragen die Einwohner von Gehofen: Haben wir nicht als Arbeitervertreter unsere Schuldigkeit getan, indem wir die Mißstände in der Gemeinde anprangerten? — Nun sollen die Angelegenheiten in einer geschlossenen Sitzung behandelt werden. Wir als Kommunisten fordern, daß alle Angelegenheiten, die die Gemeinde betreffen, öffentlich unter Kontrolle der Einwohner beraten werden!

Delitzsch-Torgau

Arbeiter, heraus aus der Kirche!

A.-K. Hohenleipisch. Vor Weihnachten erhielt die Familie Klinke von hier die Nachricht, daß die Tochter Berta, die in Berlin in Stellung war, verschwunden ist. Nach wochenlanger Nachforschung erhielt die Familie jetzt die Nachricht, daß man das Mädchen tot aufgefunden hat. Die Eltern gingen zum Pfarrer und baten ihn, bei der Beerdigung, die in Hohenleipisch stattfand, die Grabrede zu halten. Der Herr Pastor aber lehnte es ab, am Grabe zu sprechen. Es könnte auch nicht geläutet werden. Als dann der Vater noch einmal zum Pastor ging, erklärte der Herr Pastor, daß erst eine Kirchenvorstandssitzung stattfinden müsse, wo beschlossen werden sollte, ob die Tochter der Familie K. mit kirchlichen Ehren begraben werden sollte. Nun wurde es auch den verzweifelten Eltern zu dumm, und sie beschlossen, überhaupt nicht mehr an den Pfaffen heranzugehen.

Am Grabe sprach jetzt ein Genosse der Kommunistischen Partei und er wies darauf hin, daß auch die Kirche, die immer von Nächstenliebe erzählt, in ihren Taten alles andere zeigt wie Nächstenliebe. Genosse Haberland rief am Grabe allen Anwesenden zu, den Kampf gegen alle Mächte der Reaktion, für eine bessere Gesellschaftsordnung aufzunehmen. Die schwergeprüften Eltern und alle die Arbeiter und Arbeiterfrauen, die diese Vorgänge in den letzten Wochen verfolgt haben, **haben erkannt, daß sie Schluß machen müssen mit der Kirche.**

An der nächsten Zeit wird eine öffentliche Versammlung der proletarischen Freidenker stattfinden. Wir hoffen, daß sich dann eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterfrauen finden werden, die schon ihren Kirchenaustritt erklärt haben und sich dann in die Reihen der proletarischen Freidenker einreihen werden.

Eilenburg. Der Postkraftverkehr nach Burzen eingestellt. Die Oberpostdirektion Halle hat sich entschlossen, die Kraftpostlinie Eilenburg-Burzen am 1. Februar einzuziehen. Der sächsische Teil der Linie Thallwitz—Burzen wird auch weiterhin bedienen werden, und zwar von sächsischen Wagen, die nach jeder Richtung dreimal täglich verkehren.

Weißenfelser Stadtverordneter als Stimmzettel-Schmuggler

Ein SPD.-Stadtverordneter den Kandidaten einer anderen bürgerlichen Fraktion zum Vorsteher, gar einen Nazi wählte, sollte versucht werden

Bei der letzten Stadtverordnetenversammlung in Weißenfels fand die Wahl des Vorstehers statt. Drei Vorschläge waren eingereicht. Die Bürgerlichen kandidierte der bisherige Vorsteher Schütze, die Sozialdemokraten Saupe. Die kommunistische Fraktion nahm für den Genossen Willi Geiling. Der Vorschlag der bürgerlichen Fraktion erhielt 19 Stimmen. Da die bürgerliche Fraktion 20 sämtliche Nazi nur 18 Sitze hat, und die Kommunisten reichten ihre Stimmen ihrem Kandidaten gaben, der Vorschlag der SPD nur 8 Stimmen erhielt, obwohl sie über 10 Mandate verfügen, so ist

bei ein sozialdemokratischer Stadtverordneter seine Stimme dem Kandidaten der anderen Bürgerlichen gegeben hat. Bei der Stellvertreterwahl stimmte ein sozialdemokratischer Stadtverordneter für den Nazi.

Als Folge dieses Stimmergebnisses war ein großes Durcheinander in der SPD-Fraktion. Keiner von den 10 Sozialdemokraten wollte für die anderen bürgerlichen Kandidaten gestimmt haben. Alle zehn gaben ihr Ehrenwort, den sozialdemokratischen Kandidaten Saupe gewählt zu haben. Ein neues Rätselraten begann. Keiner traute den anderen. War es Gersbeck, der erst vor kurzem von der bürgerlichen Fraktion gemaust wurde? War es Bühnert? Oder war es Saupe, der aus Angst vor einer Unlauterkeit gegen sich selbst stimmte?

Man kam zu keinem Ergebnis. Also mußten neue Wege und Mittel gesucht werden, um die Einheit der SPD-Fraktion vor der Lächerlichkeit zu retten. Der Sozialdemokrat Bühnert bekam, mit Zustimmung sämtlicher SPD-Stadtverordneten ausgerüstet, den Auftrag, die abgegebenen Stimmzettel nachzuprüfen. Als Verwaltungsoberinspektor im Städtischen Bauamt war es ihm leicht, sich mit Hilfe des sozialdemokratischen Verwaltungsinspektors Bühnert die Umschläge mit den abgegebenen Stimmzetteln zu verschaffen. Sofort begann die Prüfung. Wer der Uebeltäter sein könnte, blieb natürlich der Oeffentlichkeit unbekannt.

Die beiden Sozialdemokraten wollten aber plötzlich entdeckt haben, daß statt neun zehn Stimmzettel für Saupe vorhanden waren.

Es aber bei dem Stimmzettelauszählen in der Stadtverordnetenversammlung Sozialdemokraten als Beisitzer fungierten, und diese bei dem Zählen der Stimmen auch nur 9 gezählt haben,

so daß Bühnert einen Stimmzettel für die anderen Bürgerlichen verschwinden lassen und einen für die SPD hineingeschmuggelt haben.

Nach weiteren Mitteilungen der Presse, die diesen Streich der Stadtverordneten bekanntgibt, sollen Untersuchungen angestrengt worden sein; ein Disziplinarverfahren soll schweben.

Wir erklären in aller Oeffentlichkeit, wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß ein sozialdemokratischer Stadtverordneter seine Stimme den Bürgerlichen gegeben hat. Wir zweifeln nicht daran, daß die SPD durch Schiebung versucht, diese Tatsache, die ihre Betrügerrolle als angeblicher Anwalt der werktätigen Massen wieder einmal entlarvt, aus der Welt zu schaffen. Mag die SPD aufstellen, was sie will: immer mehr erkennen die Arbeiter, die ihr bisher folgten, daß sie von dieser Partei des Verrats sich abwenden, daß sie sich eingliedern müssen der proletarischen Kampffront unter Führung der KPD.

Wittenberg. Achtung! Die „Kolonne Links" spielt nicht im Gewerkschaftshaus, sondern in „Muths Festsälen".

SPD unterstützt Deutsche Turnerschaft

Die letzte Stadtverordnetensitzung in Hohenmölsen — Auch bei anderen Tagesordnungspunkten Einheitsfront der SPD mit den anderen Bürgerlichen

Die Espedisten stellten vor Beginn der Tagesordnung einen Dringlichkeitsantrag, der sogar allen bürgerlichen Vertretern für selbstverständlich erschien. Man solle bei der Sonderunterstützung seitens des Kreises sämtlicher Ausgesteuerten gedenken.

Es ist selbstverständlich, daß auch diejenigen Erwerbslosen in Frage kommen müssen, welche so nebenbei mitunter einige Hungergroschen verdienen. Genosse Otto stellte nach Anerkennung der Dringlichkeit obigen Antrages eine Anfrage wegen des von der kommunistischen Fraktion im Oktober vorigen Jahres gestellten Antrages,

daß man die amtlichen Bekanntmachungen seitens der Stadt nicht nur im „Volksboten" und in der „Hohenmölser Zeitung", sondern auch im „Klassenkampf" veröffentlichen soll.

Er verlangte, diesen Antrag als dringlich mit zu behandeln. Mit Hilfe der Sozialdemokraten wurde die Dringlichkeit dieses Antrages abgelehnt.

1. Punkt der Tagesordnung: Vorstandswahl. Die KPD schlug Genossen Otto als Vorsteher vor, der die KPD-Stimmen auf sich vereinigte, aber in der Minderheit blieb. Als die SPD merkte, daß ihren kleinen Mussolini Heine aus der Nordstraße nicht durchbrachte, gab sie bei den übrigen Wahlen zum Vorstand weiße Stimmzettel ab und sicherte auf diese Art der bürgerlichen Fraktion sämtliche Positionen zu.

Punkt 4: Ankauf der Reinichenschen Scheune. Sie ist ein Verkehrshindernis und soll der Stadt zum Abbruch zum Preise von 8000 M. verkauft werden, wovon der Kreis 50 Prozent übernehmen will. Genosse Otto schätzt die Summe von 3000 M. zu hoch ein und vertritt den Standpunkt, daß 1500 M. vollkommen genügen würden, um diese Lehmmauern zu erwerben. Wenn man die Unkosten des Abbruchs und Abfahren des Schuttes in Betracht zieht, so kann man behahe mit 4000 M. rechnen.

Bei Punkt 5 verlangten die Deutschen Turner die Bürgschaftsübernahme seitens der Stadt für eine Summe von 800 M., die sie vom Deutschen Turnerbund bekommen hätten. Ausgerechnet der bundestreue Vorsitzende der Turner von Hohenmölsen sprach zu dieser Angelegenheit.

Obwohl er etwas von Lehrern und bessergestellten Leuten im Deutschen Turnverein sprach, die sehr gut in der Lage wären, eine Bürgschaft für 800 M. zu übernehmen, sicherte er die Zustimmung der SPD.-Fraktion zu mit der Begründung, daß man den Sport (den bürgerlichen Sport) nicht untergehen lassen kann. Auch dieser Punkt wurde in holder Einheitsfront mit den anderen Bürgerlichen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Unsere Genossen verlangten unter Kenntnisnahme, daß man endlich einmal üblähe an dem Fuhrwerk der verkäufterten Oststraße schaffen soll. Es handelt sich um den Weg nach der Siedlung. Der große Richard von der SPD merkte, daß es sich hier um Arbeiterfamilien drehte. Er sprach von wenig Geld. Die Kommunisten forderten immer und wüßten nicht, wo das Geld herkäme.

Diese Stadtverordnetensitzung hat wieder Beispiele für die Arbeiterfeindlichkeit der SPD in Hülle und Fülle gebracht. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter, die bisher der SPD folgten, auch aus ihrer Stadtverordnetentätigkeit die einzig mögliche Folgerung ziehen: Heraus aus der SPD, fort von ihr! Hinein in die rote Klassenfront!

Werbe mit Funktionen überlastet —

Es sagen viele Genossen! Sorgt für Abhilfe! Es sind genug Kräfte da! Helft mit sie zu schulen! Sammelt für die Funktionärinnenschule der Partei.

Reicht die Sammellisten schnell ab.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310203-19/fragment/page=0011

PROLETARISCHES FEUILLETON

Der Fasching von Berlin

Von Hedda

Sechshundert Menschen stehen im Hof. Es schneit. Der Hilfsregisseur ruft die Namen auf. Verteilt die Honorarscheine. Alles drängt vor, schiebt, stößt. Frauen jammern.

„Wem's nicht paßt, der kann ja wieder gehen!" Aber keiner geht.

Mit dem eroberten Schein über den Hof, zur Garderobenausgabe.

Karnevalskostüme: Harlekins, Bäuerinnen, Pagen, Zeitungsjungen, Dominos, Fantasiekostüme; jeder bekommt so ein paar Fetzen in die Hand gedrückt. Dazu Kopfschmuck und Larve. Alles wird auf dem Schein notiert.

Viele „Nacktkostüme", das heißt, nur Büstenhalter und kurze Höschen. Beine, Arme und Bauch bleiben nackt. Alle wehren sich dagegen, denn sie wissen: das bedeutet schwere Erkältungen, wenn nicht schlimmeres! Doch bald sind keine anderen Kostüme

mehr da, die letzten müssen sie nehmen, oder —" da müssense eben gehn, es hält sie keiner!" Niemand geht, es gibt 15 Mark zu verdienen.

Mit den bunten Fetzen in die Garderobe. Wenn man das „Garderobe" nennen kann? Einfach ein Teil des Ateliers, durch Vorhänge abgeteilt.

Kalt, schmutzig. Lange Tische mit Bänken davor. Alles überfüllt. Viele können sich nicht mal setzen. An den Wänden eingeschlagene, rostige Nägel für unsere Kleider. Ueberall Spinnweben; fingerdick liegt der Staub.

Die Solisten haben schöne, helle Garderoben mit Warmwasser, Schrank, Tisch und bequemer Couch. Ebenso einige Komparsinnen: Weißgardisten aus der Russenbörse, die Schoßkinder der deutschen Filmindustrie.

„Alles zur Aufnahme in die Dekoration!!"

Aus Eisestälte in Gluthitze.

„Die Faschingsfee" wird gedreht.

Ein großer Festsaal, an der Seite Galerien, unten ein paar Logen; sonst alles Tanzfläche. Ueberall hängen Lampions, Papierschlangen, silberne Kugelketten. Der ganze Boden ist bedeckt mit Konfetti. Komische Tiere baumeln von der Decke herunter, groteske Faschingsfiguren aus Pappmache stehen in allen Ecken. Von überall her glitzert, funkelt, flimmert's! Hunderte von Farben leuchten durcheinander!

Die Musiker stimmen die Instrumente.

Konfetti, Papiermützen, Wurfschlangen und anderes Zeug wird noch schnell verteilt, dann geht's los.

Die Kapelle intoniert einen reißerischen Two-step.

Einige lassen sich sekundenlang mit fortreißen, vergessen einen Augenblick lang, wo sie sind, lachen sogar froh . . .

Aber da ertönt auch schon die harte Stimme des Regisseurs: „Meine Herrschaften, ich brauche von Ihnen eine ausgelassene Faschingsstimmung! Sie haben nur zu tanzen und fröhlich zu sein, haben Konfetti und P„„erschlangen zu werfen, weiter nichts! Aber daß mir alle mitmachen, ich habe fünfundachtzigtausend Spione hier, die mir alles berichten!"

Das letzte soll scherzhaft klingen. Aber . . .

Die riesigen Scheinwerfer zischen und glühen schneeweiß auf. Sie verbreiten sofort eine ungeheure Hitze.

Und wir tanzen . . . tanzen . . . tanzen . . .

Berge von Papierschlangen werden von zwölfhundert Beinen hin und hergeschleift. Staubwolken wirbeln hoch, legen sich schwer auf die Lungen. In den ausgetrockneten Mund kommt ein sandiger Geschmack. Widerlicher Geruch, ein Gemisch aus billigem Parfüm und Schweiß lagert über allem. Die Fußsohlen beginnen wie Feuer zu brennen. Die Knöchel schwellen an und schmerzen.

„Lustiger, meine Herrschaften, viel lustiger! Ausgelassener!! He, Sie da hinten — ja, Sie meine ich! — wenn Sie Geld beansprüchen, müssen Sie auch was dafür leisten! — Die Aufnahme nochmal, bitte!"

Ein paar können kaum noch: unterernährte, greilgeschminkte, arme Mädels. Aber sie reißen sich zusammen, lachen krampfhaft und verzweifelt, schwanken hin und her . . und die Musik peitscht . . . „Sab' Sonne im Herzen!" hat einer mit großen Lettern hinten auf seinem Kostüm stehen . . .

Wenn minutenlange Pausen kommen, werfen sich die meisten, wie sie gehen und stehen, auf die zusammengebalkten Haufen Papierschlangen; nur ein paar versuchen, die Galerie zu stürmen. Aber dort sind alle Sitzgelegenheiten längst besetzt. Viele lehnen kraftlos, todmüde an den Dekorationssäulen ringsum. Aber nicht lange. Nach knapp zwei Minuten ertönt schon wieder das Kommando: „Aufnahme!"

Signalpfeifen schrillen grell, die Musik peitscht wieder los: „Tanzen! Tanzen!"

Tanzen . . . bis einem die Sinne vergehen! Man sieht und hört fast nichts mehr, Schwindel und Uebelkeit packt einen. Wie im Schlaf taumelt man automatisch hin und her, im Kreise herum, wieder hin und her . . .

Im Kopf ein hohles, dumpfes Brausen . . . nur von ganz weit her Musik . . . eine Pauke hält sich in rhythmischer Bewegung . . . „Tanzen!"

Bis wieder die scharfe Stimme des Regisseurs dazwischenfährt: „Sie schlafen ja alle, meine Herrschaften! Lustiger! Fröhlicher! Lebendiger! Beschwingter! Ich brauche frohe Gesichter — keinen Trauerzug!"

Um zwei Uhr — nach sechs Stunden Tanz! — die erste Pause, „Mittagessen!"

Die Kälte wird jetzt als Wohltat empfunden. Bis die Zähne plötzlich klappern . . . draußen schneit es noch immer.

Ueber den zugigen Hof in die Kantine.

Die faßt kaum vierzig Menschen.

Aber sechshundert schieben und drängen hinein. Es wird verschüttet. Man kommt durch die Menschenmauer nicht durch. Viele gehen leer aus. Denn schon nach einer kurzen Stunde geht's weiter.

Zuschauer haben sich eingefunden: Bekannte, Freunde, Regisseurs oder des Geldgebers . . . sie wollen ein bißchen Faschingsfest sehen, wollen einen Vorgeschmack bekommen von den Faschingsfesten, die sie bei sich, im eleganten Westen, nächst feiern werden.

Noch schärfer werden wir gedrillt.

Tanzen, fast ohne Pausen — keuchen — schwitzen — und — lachen mit verzerrten Gesichtern: „Im Fasching, Fasching, da nimmt man's nicht so schwer . . ."

Wenn es doch bloß schon aus wäre . . . aber . . . noch Stunden . . . noch fünf . . . noch vier! „Wie die Zeit rennt!"

Die von der Russenbörse bekommen für die gleiche Arbeit fünf Mark mehr, manche sogar zehn! Das erzählen sie Frauen, Brüsten sich noch damit!

Haß steigt hoch: „Schweine!" Und: „Der Potsdamer Stahlhelm kriegt auch mehr!" — „Die Russen immer!" — „Gefrieren!"

Wer? Nur die? Wer ist denn schuld daran? „Ja, meine Herrschaften! Tanzen! Los, los, immer munter!" Wer ist denn schuld? Wer?! Doch nur die da oben, die „Fröhliche Gesichter will ich sehen!" — Die Ausbeuter, Unternehmer! — „He, Sie da! Schlafen Sie nich beim Tanzen!"

Musik — Musik — Tanzen — — alles ringsum wird . . . du kannst nicht mehr denken. Nur noch das: „Zwei Stunden . . . noch eine . . . eine halbe . . . aus!"

Elf Stunden getanzt.

Elf Stunden Fasching „gefeiert": Komparsen . . . Proletarier . . .

Viele begreifen es noch nicht, wie das alles zusammenhängt. Aber etwas ist auch heute wieder hängen geblieben: „Sie lassen uns tanzen, die Herren . . . wozu?"

„Und wenn wir eines Tags nicht mehr wollen?"

Dann ist der Fasching — ihr Fasching — zu Ende

Dann — — tanzen sie . . .

Brösicke und Maudack

Von Gertrud Ring

Otto Brösicke zieht seine dicken Fausthandschuhe an, Minna die Filzschuhe mit den Lederkappen und dann ziehen beide mit einem Sack über dem Arm los. Der Winterhimmel hängt voll von grauen Schneetüchern, die Kleinbahn pustet ihren schwarzen Dampf heraus. Als die rote Mütze des Stationsvorstehers auf dem Bahnhof in Eichhorst vom letzten Wagen zur Lokomotive rennt, steigen Brösickes aus, stampfen an Kiefernkuscheln und zugedeckter Winterfaat vorbei, bis das Dorf im Halbkreis vor ihnen liegt. Einige Minuten später klopfen sie an die Küchentür einer mit Stroh gedeckten, moosbewachsenen Dorfkate.

„Na, Loscheken, kannste all an die Klinke greifen. ick seh dir noch mang die Karnickel am Boden krabbeln. Vater zu Hause, Mutter da?" Loschekens Wollbeine rennen in die Stube, dort sitzt die ganze Familie Maudack um den Holztisch herum und vespert Kaffee mit Schmalzstullen.

„De Berliner stehn draußen", ruft das kleine Mädchen, hebt den Barchentrock an beiden Seiten hoch und tanzt wie ein aufgezogener Brummkreisel.

„Dat is jut, dat ihr da seid. Da werden unsere Rotkohlköppe wenigstens mal ufgerüttelt und müssen sich umdrehen. Dat jeht woll doll zu in Berlin, wat?"

Maudack packt Otto am Kopf, schüttelt ihn so kräftig wie eine Sparkasse, die ihren Inhalt vollständig ausspucken soll.

„Nu, laß doch den Mann erst mal zu Ruhe kommen, sind doch nicht alle so verrückt uff Politik wie du", schimpft Mutter Maudack, nimmt behäbig zwei Kufseln mit Bliemchendufft aus der Röhre und säbelt von dem Landbrot breite Scheiben herunter.

„Dat hat nen halwegen Schnitt", meint Brösicke und wiegt das Brotmesser in der Hand, „wenn jetzt een Schupo käme, hätt ick mir schon wieder jegen det Republikschutzgesetz verjangen."

„Schneid man nich so uff, Oller", mischt sich Minna Brösicke ein, „det is doch bewiesen, det der Dolch zum Brotschneiden uff'n Tisch liegt."

Det kümmert die da oben viel, wat bewiesen is, die sitzen so tief in de Tinte drin, det se nich mehr durchkucken können durch det schwarze Paragrafengitter. Bloß noch mit Notverordnungen und Maschinengewehre halten sie sich am Ruder. Wenn een Kahn schon uff det Loch Wasser zieht, sackt er bald ab." Otto stippte den Löffel in den Kaffee und nimmt einen kräftigen Schluck.

„Jut süß is er," meinte Mutter Maudack, son Pfund Zucker is bei uns reene nischt, det is dat eenzige, wat man sich noch leisten tut. Det andere hängt als frommer Wunsch in'n leeren Schornstein. Det is lange her, dat da Speck und Würschte baumelten."

„Habt Ihr det ooch jelesen, wie billig de Lebensmittel ohne Zoll und Verteilungsstellen wären?" fragt Minna; „Zucker noch nich sieben Pfennige, der Bohnenkaffee zweiunddreißig und det jute Fleisch fünfundfuffzig Pfennige! Da könnten wir leben, wat?"

Brösicke schiebt den Frauen den Schmalztopf rüber und fragt: „Sind de Nazis hier ooch hochjekommen?"

„Meenst du de Söhne von de großen Bauern wollen nich det dritte Reich feiern und den Landarbeitern de roten Schnauzen zerschlagen? — Bloß alleene traun sich die reichen Mußklöße nischt zu, mußten erst zwee Lastautos mit Hakenkreuze anfahren, eh se in den Entenpfuhl rin „Heil Hitler" gebrüllt haben. Det janze Dorf hat an de Zaunlatten jestanden und die beiden jemustert. Wie die Staffel jemerkt hat, det de Sozis hier man lose in'n Boden stecken, sind lose uff Lieber nich abgeschwenkt, sondern haben bloß von oben runter mit ihren Jeungsplänen jestiert. Det is det große Sündenbock, der an alles Schuld jeben soll. Als ob det in die Länder, die de Jeungsleder inne Mappe wille beser is, da fliegen ooch keene jebratenen Jänse durch die Luft."

„Aber Deutschland is det Glied von de kapitalistische Kette, wat am meisten durchgescheuert is, da springt de Kette uff, wenn det Krise so weiterläuft, und det dut se. Wir sind die, die det ausbaden müssen, und dürfen nich nach andre Länder rüberschauen, ob't da vorher noch dicker kommt."

„Du packt ja ne schöne Verantwortung uff unser Dach," wirft Minna ein.

„Det is doch so, det muß man sich klar machen und darf nicht verpassen! Her mit de Einheitsfront jegen den Faschismus; det janze Volk muß mitjerissen werden."

„Du kannst det schön sagen, Otto," ruft Maudack, „aus de Zeitung kann man sich noch son richtjes Bild machen, da stehen se große Sätze, aber wie sich det so im Kleenen abspielt, det müßte mehr rauskommen. An son Blatt müßte man jeden merken, wat in de Arbeiterschaft vorjeht. Wir sitzen hier jekeilt zwischen große Jüter und nen breiten Wolfsfuch und kucken zu wie de Hasen durch den Mondschein loofen."

„Habt Ihr denn keene Ortsgruppe vom Kampfbund?"

„Platzt Dir det Hemde nich bei de dämliche Frage. Da wo wir so knorke dastehn! Von Reichsbanner kommen wir uns rüber. Doch sor de Erwerbslosen haben wir nur ranjeholt aus't Jemeinde-Amt. Aber man will doch weiter, wenn det siebert eenen doch in de Finger, ick darf den Angriff jar mehr in de Hand nehmen!"

„Kriegste ooch nich," trumpft Mutter Maudacken auf, hat mit de wieder de janze Nacht vor Wut in de Stube rumjerannt und Loscheken mir fragt, ob se Vatern wat int Bier jetippt haben."

„Mich Dir nich immer in, Olle, laß uns mit Deine Familienjeschichten in Ruh, wir sind hier bei't ernste Thema. Wat meenst Du, Otto, wat nu wird, det Hitler uff'n Gaul nich wissen wir....."

„Na bis jetzt hat det Pferd für die germanische Führerrasse stalt, die se zwar von ne tschechische Mutter losgeerbt haben, noch nich jenug Hafer gefressen. Er probt vorläufig noch die Jangarten von de „Hohe Schule" uff de Reitbahnen dat, wo ihm die adligen Großköpfe mit Jeld glattharken. Wir jehn uns doch nich u'fft Kanapee und warten ab bis det det Mussolini anfängt zu diktieren.

„Otto, Du mußt uffhören, der Zug fährt uns weg. Du hast doch heute Abend in Berlin noch wat vor," warnte Minna.

„Ja weeste Maudack, da kommen son paar von de SPD zusammen, die kenn ick noch von früher und muß se mit reden mal vorknöppen, det is wichtig!"

Brösickes sitzen im Bahnhof auf der Wartebank und Otto brummt: „Nu lauern wir hier ne jeschlagene Stunde uff den Kleenbahn, de janze Sache mit de NSDAP hätt ick Mordsmäßig in die Zeit auseinandergeplitt. Ick will doch nich mehr so hinjehn und uff Dir hören!"

„Der wees ooch ohne dir Bescheid, det jagt sich doch jeder, det er Hitlers Gaul futtert, wenn er sich nich [illegible] in de antifaschistische Front!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310203-19/fragment/page=0012